



19. September 1932

WILL KÖNEMANN - ZWISCHEN DEN WAHLEN

BEDURFTE es noch eines Beweises, wie tief heute in Deutschland das Parlament in seiner realen Existenz (nicht der demokratische Parlamentarismus als politisches Prinzip) auf der Stufenleiter politischer Macht rangiert, dann hat ihn der 12. September 1932 erbracht. Man kann heute noch nicht exakt feststellen, welche Fernwirkungen er haben, und wie er sich im politischen Bewußtsein der Massen auswirken wird. In dem Wettkampf zwischen der Regierung von Papen und dem Herrschaftsanspruch der Nationalsozialisten ist die Regierung Siegerin geblieben. Wie lange sie es bleiben, und in welchem Umfang es ihr gelingen wird ihre auf die Präsidialgewalt gestützte Machtstellung zu halten und auszubauen, das steht jetzt zur Entscheidung. Die neuen Wahlen, die für den 6. November ausgeschrieben sind, dürften Ansatzpunkte erkennen lassen, in welcher Richtung die politischen Kraftfelder sich weiter verschieben. Unter diesem Gesichtspunkt ist jetzt auch das Wahlergebnis vom 31. Juli 1932 zu betrachten, obwohl der an diesem Tag gewählte Reichstag so schnell von der politischen Bildfläche verschwunden ist. Ob den bisherigen Resultaten des parteipolitischen Umformungsprozesses der letzten Jahre eine längere Dauer zugesprochen werden kann, erscheint mehr als zweifelhaft; doch läßt sie sich in dem Wesen und der innern Struktur der Parteien wie in ihrer Stellung im staatlichen Leben anbahnende Wandlung eine Rückbildung unwahrscheinlich erscheinen. Jedenfalls ist die unmittelbare (und an sich durchaus begrüßenswerte) Folge der Entwicklung der letzten Jahre eine weitgehende Vereinfachung unseres Parteiensystems und eine Konzentration der politischen Willensbildung. Während 1930 auf die 5 stärksten Parteien (Sozialdemokratie, Nationalsozialisten, Kommunistische Partei, Zentrum und Deutschnationale Volkspartei) nur 77,7 % aller Stimmen entfielen, waren es im Juli 95 %. Ebenso wie der Liberalismus vermag heute auch der Konservatismus offenbar keinerlei parteibildende Kraft aufzubringen. Die Anlässe eines erneuerten, nicht doktrinären und die Verfassungsgrundlagen aner kennenden Konservatismus, der sich 1930 als Neue Rechte konstituierte, und auf den auch Heinrich Brüning so starke Hoffnungen gesetzt hatte, sind vollkommen verschwunden. Man wird daher auch den Plänen einer konservativen Präsidialpartei, wenn derartige Absichten bei der Regierung vorhanden sein und Gestalt gewinnen sollten, nur mit Skepsis gegenüberstehen können.

Wenden wir uns nunmehr einer Betrachtung des zahlenmäßigen Ergebnisses der Wahl am 31. Juli zu. Die folgende Tabelle gibt eine allgemeine Übersicht des prozentualen Anteils der 5 stärksten Parteien an der Gesamtstimmenzahl in den einzelnen Wahlkreisen. Für die politische Wertung kommt es weniger auf die absolute Stimmenzahl an als vielmehr auf die Größe und Zu- oder Abnahme des Anteils einer Partei an allen abgegebenen Stimmen. Bei den 3 ersten Parteien bedeutet die 1. Ziffernkolonne den Prozentplatz der gültigen Stimmen, die auf sie am 31. Juli entfielen, die 2. Kolonne die prozentuale Änderung gegen die Wahl vom 14. September 1930; bei den beiden anderen Parteien ist nur der erstgenannte Prozentplatz angegeben. (In der Kolonne für das Zentrum bedeuten die 4 mit einem Stern versehenen Zeilen die Zahlen für die Bayerische Volkspartei, die in jenen Kreisen das Zentrum vertritt.)

Wahlkreis	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	Sozialdemokratische Partei	Kommunistische Partei	Zentrum	Deutschnationale Volkspartei
Ostpreußen	47,1 + 126,7	19,6 + 0,9	12,9 + 18,4	7,7	9,5
Berlin	24,6 + 77,6	27,9 - 7,7	33,4 - 6,5	4,6	6,6
Potsdam II	33,0 + 101,5	26,3 - 3,5	20,3 + 4,6	5,2	10,9
Potsdam I	38,1 + 123,2	26,7 + 2,4	20,1 + 10,2	3,0	9,0
Frankfurt Oder	48,1 + 120,3	23,4 - 8,6	9,6 + 7,1	6,3	9,2
Pommern	47,9 + 115,5	21,0 - 7,5	10,7 + 33,3	1,5	15,8
Breslau	43,5 + 89,5	24,4 - 12,4	8,8 + 19,5	14,7	5,6
Liegnitz	48,0 + 145,5	26,3 - 12,3	7,6 + 33,3	7,2	6,9
Oppeln	29,3 + 92,9	8,7 - 2,8	17,0 + 6,8	34,6	6,9
Magdeburg	43,9 + 132,8	32,2 - 10,4	11,1 + 14,3	2,0	7,5
Merleburg	42,6 + 112,5	19,8 + 4,1	24,3 - 0,6	1,6	8,1
Thüringen	43,4 + 136,6	22,1 - 9,3	16,8 + 16,4	4,7	4,7
Schleswig-Holstein	51,0 + 110,6	26,1 - 2,2	10,7 + 12,3	1,2	6,5
Wefer-Ems	38,4 + 101,8	22,4 - 0,5	7,9 + 35,6	18,3	7,9
Ostthannover	49,5 + 158,7	24,5 - 6,2	8,2 + 17,6	1,4	8,4
Südthannover-Braunschweig	46,1 + 101,6	31,5 - 15,1	8,1 + 58,3	4,9	5,1
Westfalen Nord	25,7 + 127,2	18,0 - 3,3	13,0 + 22,5	32,9	5,7
Westfalen Süd	27,5 + 109,1	18,7 - 7,2	20,6 + 27,9	23,6	4,7
Hessen-Nassau	43,5 + 125,9	22,4 - 6,3	10,5 + 12,8	15,0	4,0
Köln-Aachen	20,2 + 46,7	14,6 + 8,7	17,5 + 27,9	40,5	3,7
Koblenz-Trier	28,9 + 111,1	8,8 + 3,8	8,6 + 47,8	46,1	4,7
Düsseldorf Ost	31,6 + 90,2	12,3 - 8,6	26,2 + 3,1	20,6	4,9
Düsseldorf West	27,0 + 68,3	10,2 - 10,4	19,8 + 18,0	34,0	5,9
Oberbayern-Schwaben	27,1 + 76,4	15,3 - 15,8	8,9 + 53,2	36,7*	3,5
Niederbayern	20,4 + 79,8	11,2 - 7,8	8,2 + 82,4	48,0*	1,5
Franken	39,8 + 109,7	21,2 - 9,8	6,9 + 57,1	24,7*	4,1
Pfalz	43,7 + 126,8	17,6 - 7,5	10,7 + 20,4	23,8*	1,1
Dresden-Bautzen	39,3 + 153,1	31,1 - 7,3	14,3 + 18,7	2,1	5,5
Leipzig	36,1 + 159,2	33,1 - 4,4	18,6 + 9,2	1,1	4,5
Chemnitz-Zwickau	47,1 + 107,4	22,4 - 16,8	19,6 + 11,5	0,7	3,8
Württemberg	30,3 + 223,8	17,6 - 12,6	11,0 + 18,0	21,8	3,8
Baden	36,9 + 106,4	13,6 - 18,1	11,2 + 26,0	29,1	3,0
Hessen-Darmstadt	43,1 + 164,4	26,2 + 2,7	10,2 + 1,9	14,8	1,9
Hamburg	33,7 + 75,8	31,7 - 0,8	17,7 - 1,3	2,1	5,2
Mecklenburg	44,8 + 142,8	31,3 - 3,0	9,4 + 19,2	1,2	9,6
Reich	37,4 + 114,9	21,4 - 7,3	14,6 + 16,8	15,7	5,9

Die Nationalsozialisten erzielten mit einem Anteil von 37,4 % die weitaus höchste Stimmenzahl. Sie haben gegenüber September 1930 um 115 % zuge-

nommen und sind jetzt in allen Wahlkreisen, außer den ausgesprochen katholischen und Berlin, die stärkste Partei. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß sich das Schwergewicht des Nationalsozialismus noch stärker als bisher in den nichtkatholischen und überwiegend oder rein agrarischen Bezirken konzentriert hat, mit Ausnahme der Bezirke Merseburg und Chemnitz-Zwickau. Man hat als eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der Wahl die Tatsache bezeichnet, daß der Nationalsozialismus im wesentlichen an den Grenzen seiner Ausdehnungsmöglichkeit angelangt sei. Für eine Reihe von Bezirken ist das zweifellos richtig. Vor allem trifft es für das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet zu. Hier zeigt eine genauere Untersuchung, daß der Nationalsozialismus nicht nur zum Stillstand gekommen ist sondern bereits zurückzugehen beginnt, bei gleichzeitigem Ansteigen der proletarischen Stimmen. Die Nationalsozialisten haben in diesem Gebiet einen großen Teil ihrer proletarischen Wähler wieder verloren und konnten diesen Verlust auch nicht durch Gewinnung bürgerlicher Stimmen oder durch die höhere Wahlbeteiligung ausgleichen. Ähnliche Vorgänge lassen sich in einer Reihe kleinerer Bezirke und in verschiedenen Städten feststellen. Auch unsere Tabelle läßt Anzeichen erkennen, daß der Vormarsch der Nationalsozialisten ins Stocken geraten ist. Während sie im Reichsdurchschnitt gegenüber 1930 um rund 115 % zunahm, ist dieser Prozentsatz in einer ganzen Reihe industrieller und katholischer Bezirke bedeutend niedriger; er betrug zum Beispiel in Köln-Aachen nur 46,7 %, in Düsseldorf West 68,3 %, in Hamburg, Berlin und Niederbayern um 77 %. Gleiches ergibt in einer Reihe von Bezirken ein Vergleich zwischen den Landtags- und den Reichstagswahlen. Doch soll aus diesen einzelnen Tatsachen kein genereller Schluß gezogen werden. Denn es fehlt auch nicht an Gegenbeispielen. Außerdem hängt die weitere Entwicklung des Nationalsozialismus von einer ganzen Reihe politischer und wirtschaftlicher Faktoren ab, die sich heute noch keineswegs übersehen lassen.

Für das *Zentrum* lag und liegt das Besondere der Situation darin, daß es keine politische Existenzberechtigung gegen die Ansprüche des Nationalsozialismus, dessen integraler Charakter keine andere Macht neben sich duldet, zu verteidigen hat. Seine politische Schlüsselstellung steht zur Entscheidung. Der 31. Juli hat noch einmal die Festigkeit des politischen Katholizismus, und der Katholikentag dieses Jahres seine weltanschauliche Geschlossenheit überzeugend dokumentiert. Zentrum und Bayerische Volkspartei haben zusammen um mehr als 600 000 Stimmen zugenommen und ihren Anteil von 14 % auf 15,7 % steigern können. Zweifellos stammt der größte Teil dieser 600 000 Stimmen von nichtkatholischen bürgerlichen Wählern, denen die eigene Partei nicht mehr "licher" genug erschien. In den katholischen Industriegebieten des Westens scheint außerdem auch eine nicht geringe Anzahl katholischer Arbeiter, die früher sozialdemokratisch gewählt haben, diesmal zum Zentrum zurückgekehrt zu sein. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Zentrum in einer Reihe von Wahlkreisen einen, wenn auch geringen anteilmäßigen Rückgang aufweist, nämlich in Breslau, Liegnitz, Oppeln, Koblenz-Trier (!), Franken, Pfalz und Baden. Die weitere Entwicklung wird in hohem Maß davon bestimmt werden, welche Stellung das Zentrum dem Nationalsozialismus gegenüber einnimmt. Jedes Paktieren birgt jedenfalls für das Zentrum die Gefahr in sich, daß die bisher scharfe Trennungslinie zwischen politischem Katholizismus und Nationalsozialismus verwischt wird, und dieser in die katholischen Reihen vorstößt.

Solange dem Nationalsozialismus der Einbruch in den politischen Katholizismus nicht gelingt, besteht für ihn auch keine Aussicht selbst mit Hilfe lärmlicher bürgerlichen Splittergruppen auf "legalem Weg" die Mehrheit zu erlangen. Man konnte dabei bereits vor einigen Monaten deutlich bemerken, daß die Nationalsozialisten ihre Werbemethoden und -parolen je nach dem betreffenden Bezirk umstellen. Wenn es ihnen darauf ankam proletarische Stimmen zu sich herüberzuziehen, betonten sie ihren "Sozialismus" und ihre angebliche Kampfstellung gegen das Monopolkapital. In katholischen Gegenden versuchte man den Gegensatz zum Katholizismus abzuschwächen. So wurde auf einem nationalsozialistischen Wahlplakat in katholischen Gegenden dargestellt, wie der Katholik Adolf Hitler mit fromm niedergeschlagenen Augen eine Kirche verläßt. Und Wilhelm Kube verkündete, daß der Nationalsozialismus nur »Deutsche protestantischer und katholischer Konfession« kenne. Daß diese Bemühungen der Nationalsozialisten nur einen vorübergehenden Erfolg hatten, haben die letzten Reichstagswahlen gezeigt.

Von der politischen und geistigen Geschlossenheit des Katholizismus ist die Arbeiterklasse weit entfernt. Wohl hat sie vor dem Katholizismus wie auch dem Nationalsozialismus (der auch geistig die heterogensten Elemente in sich vereinigt) die größere soziale Homogenität voraus. Aber ihre politische Spaltung und eine gewisse geistige Müdigkeit schwächen heute ihre Widerstandskraft und binden einen großen Teil der Energien, die zur Abwehr des Nationalsozialismus und in dem Kampf um die politische und soziale Neugestaltung so dringend notwendig sind. Das Bewußtsein der gemeinsamen Gefahr und die in jedem Sozialisten wache Hoffnung auf eine geeinte und wirklich sozialistische Arbeiterpartei führten, vor allem auf dem Land und in kleineren Städten, zu manchen Anfätzen einer "roten Einheitsfront". Es hat daher eine innere Berechtigung, wenn wir die Entwicklung der beiden proletarischen Parteien nicht nur getrennt und in ihrer Gegenfätzlichkeit betrachten sondern auch unter einem einheitlichen Gesichtspunkt. Denn diese beiden Organisationen der Arbeiterklasse bilden die Substanz für die Weiterentwicklung und Verwirklichung der sozialistischen Idee in Deutschland.

Das Verhältnis der Stimmenzahlen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei zu einander hat sich weiter zugunsten der Kommunistischen Partei verschoben. Es kommen nach den Wahlen vom 31. Juli auf je 100 sozialdemokratische Wähler 67 der Kommunistischen Partei. Bei den Preußenwahlen war das Verhältnis 100 : 60, im September 1930 100 : 54 und im Mai 1928 100 : 36. Der Gesamtanteil beider Parteien ist, trotz der Zunahme der Kommunistischen Partei, von 37,6 auf 36,0 % zurückgegangen. Dieser Verlust ist aber relativ geringer als der bei den Septemberwahlen 1930, wo der Anteil der proletarischen Stimmen von 40,4 auf 37,6 % sank. Absolut haben die sozialistischen Parteien sogar noch um 151 031 Stimmen zugenommen. Aber infolge der höhern Wahlbeteiligung, der vergrößerten Zahl der Wahlberechtigten konnte sich diese Zunahme nicht auch anteilmäßig auswirken. Die Wahlziffern zeigen, daß der Bewegung unserer Stimmen in den verschiedenen Bezirken keine einheitliche Ursache zugrunde liegen kann. Es ist keineswegs so, daß wir in industriellen Bezirken mehr als in agrarischen verloren hätten oder umgekehrt; auch verloren wir nicht etwa am meisten dort, wo am meisten Arbeitslose vorhanden sind. Sicher spielen hier eigne Fehler und Unterlassungen eine erhebliche Rolle, in der Aktivität, der Straffheit der Organisation oder den Methoden der Werbung.

Das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen stand in einem auffallenden Gegensatz zu den Tendenzen, die bei der Kommunistischen Partei bei allen früheren Wahlen festzustellen waren. Es mag sie selbst wohl am meisten überrascht haben, daß sie nach den schweren Einbußen im Frühjahr und nach einem ohne besondern Elan geführten Wahlkampf ihre Stimmzahl sogar über die für sie schon sehr günstigen Ergebnisse von 1930 hinaus hat steigern können. Der absolute Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei beträgt gegenüber 1930 773 824 Stimmen (einschließlich 87 026 Stimmen der Sozialistischen Arbeiterpartei) oder 16,8 %. Ihr Anteil stieg von 13,1 auf 14,6 % aller Stimmen und weist damit die bisher größte Stärke der Kommunistischen Partei auf. Bemerkenswert ist dabei, daß die Zunahme der Kommunistischen Partei sich nicht auf industrielle Bezirke beschränkt (hier hat sie sogar in Groß Berlin, Hamburg und Merseburg eine Abnahme zu verzeichnen) sondern in einer Reihe überwiegend agrarischer Bezirke anteilmäßig am stärksten ist, so in Pommern (+ 33,3 %), Wefer-Ems (+ 35,6 %), Südhannover (+ 58,3 %) und in den 3 rechtsrheinischen Wahlkreisen Bayerns.

Die Entwicklung der Kommunistischen Partei seit den Reichstagswahlen von 1930 zeigt verschiedene Stufen. Bis etwa Ende 1931 konnte man aus einer Reihe von Länder- und Kommunalwahlen den Schluß ziehen, daß sie auf Kosten der Sozialdemokratie zunahm. Bei den Präsidentschaftswahlen und den Landtagswahlen im April 1932 erfolgte ein Umschwung, ein auffallender Rückschlag in der Aufwärtsbewegung ihrer Stimmen. Es scheint auf den ersten Blick, als wenn diese Periode jetzt vorüber wäre und einem neuen Zutrom Platz gemacht habe. Doch wird eine so allgemeine Schlußfolgerung durch die Vergleiche mit den Stimmziffern vom Herbst 1931 widerlegt. Damals fanden in einigen Ländern Landtagswahlen statt, nämlich in Hessen, Anhalt und Hamburg. Aus ihnen geht hervor, daß die Kommunistische Partei im Herbst 1931 einen Höhepunkt erreicht hatte, unter dem auch die Ergebnisse der jetzigen Reichstagswahl noch weit zurückbleiben. Diese Tatsache gibt immerhin einen Hinweis, wie man diese Erfolge bei den Reichstagswahlen am 31. Juli zu bewerten hat. Unzweifelhaft trönten frühere Wähler der Kommunistischen Partei, die im Frühjahr ihre Stimmen den Nationalsozialisten gegeben hatten, zu ihr zurück. Ferner dürfte ein Teil der Jungwählerschaft, unzufriedene Sozialdemokraten und enttäufchte Nationalsozialisten, zu ihr gestoßen sein. Ein sicheres Urteil über die gegenwärtige Situation dieser Partei läßt sich deswegen schwer fällen, weil bei ihr, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die sich vor allem auf den festen Kern der Gewerkschaften stützen kann, der Wählerbestand viel weniger in sich gefestigt und stark fluktuierend ist. Wie groß allerdings der Austausch nationalsozialistischer und "kommunistischer" Stimmen an jenen Stellen ist, wo die Gegensätze sich berühren, entzieht sich exakter Feststellung und kann nur auf Grund sonstiger Beobachtungen überhaupt festgestellt werden. Jedenfalls darf man ihn in seiner Größe nicht überschätzen.

So war die parteipolitische Kräftegruppierung am 31. Juli. Unzweifelhaft werden diese Zahlen ein außerordentlich feines Vergleichungsmaterial für die bis zu den Neuwahlen zum Ausdruck kommenden Entwicklungstendenzen sein. Wichtiger aber noch als die Wahlarithmetik ist die Erkenntnis, daß es jetzt um weit mehr geht als um parteipolitische Umschichtungen. Die staatspolitischen und sozialen Ordnungsprinzipien, die der Weimarer Verfassung

zugrunde liegen, lösen sich auf. Es wäre Selbsttäuschung zu hoffen, daß nach der Überwindung der wirtschaftlichen Krise (wobei man anscheinend an einen deus ex machina glaubt) alles schon wieder in das richtige Gleise kommen wird. Nicht weniger verfehlt aber wäre es bewußt auf eine Rekonstruktion des Weimarer Systems des labilen Ausgleichs aller politischen und sozialen Machtfaktoren hinzuwirken. Wer das will, läuft Gefahr den "autoritären" Mächten, die augenblicklich die Geschicke Deutschlands bestimmen, völlig freie Hand zu geben, indem die demokratisch-sozialistischen und die sogenannten faschistischen Gruppen gegen einander ausgespielt werden, wie es bisher der Fall war. Die Aufgabe der Sozialdemokratie kann nicht darin bestehen sich in eine politische und geistige Haltung, wie sie etwa der Situation von 1880 entsprochen haben mag, hineinzumanövrieren. Mit dem Kampf gegen das "Kabinett der Barone" ist es nicht getan, wenn nicht die Umrisse einer neuen universalen Staats- und wirtschaftspolitischen Konzeption sichtbar werden. Die Sozialdemokratie hat die unvergleichliche Chance dem fast objektlosen politischen Aktivismus des Nationalsozialismus und den antidemokratischen Plänen der Regierung einen sozialistischen und demokratischen Aufbauplan entgegenzusetzen und dafür die immer führungsloser werdenden Massen zu gewinnen. Nur ein solcher positiver Einsatz kann dem Sozialismus die Machtstellung erkämpfen, die er in den kommenden Kämpfen um die Neugestaltung Deutschlands und Europas (die eine ist ohne die andere nicht denkbar) braucht. Über den kommenden Wahlen und der Entscheidung unseres weitem Schicksals steht mehr als je das Laßfallewort, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind.

CARL MIERENDORFF · DIE REPUBLIK VON MORGEN

IN atemraubendem Tempo marschieren die Ereignisse. Deutschland steht mitten in einer Umwälzung, die an Größe und Umfang dem Umsturz von 1918 gleichkommt. Am 20. Juli sind die Tore der preußischen Verwaltung hinter der Sozialdemokratie ins Schloß gefallen. Die Wahl am 31. Juli hat die Partei parlamentarisch auch im Reichstag offen in die schärfste Opposition gedrängt und ein Stimmenverhältnis von größter Gefährlichkeit geschaffen: die Aussicht, es könnte einen Reichstag geben, in dem Verfassungsänderungen auch gegen den Willen der Sozialdemokratie (und der Kommunistischen Partei) ganz legal durchführbar sind. Noch fehlten zwar diesmal rechnerisch dazu etwa 2 Dutzend Stimmen, aber man wird den Verdacht nicht los, daß gewisse Vertreter des autoritären Systems, die von der Zusammenfassung aller reaktionären Kräfte träumen, die beschleunigte Anberaumung von Neuwahlen auch deshalb so energisch betrieben haben, weil sie sich der Hoffnung hingeben, der 7. Reichstag der Deutschen Republik werde den gleichen Schönheitsfehler nicht besitzen und wenigstens in diesem Sinn besser und arbeitsfähiger sein als der 6. Der dürfte als parlamentarisches Kuriosum in die Geschichte eingehen. Er hat nur 2mal getagt und ist, ohne daß er überhaupt zum Arbeiten gekommen wäre, am 12. September unter sensationellen Formen aufgelöst worden. Die scharfe Kampfstellung, in der einerseits der Reichstag (der dem Kabinett von Papen mit 513 von 550 abgegebenen Stimmen das Mißtrauen ausdrückt) und andererseits die Regierung (deren parlamentarisches Gefolge nur 32 Stimmen ausmacht) sich gegenüberstehen, zeigt, daß es jetzt auf Biegen oder Brechen geht. Wir stehen vor einem Wahlkampf,

der beifpiellos fein dürfte, mehr noch wegen der heillofen Verwirrung aller politischen Kategorien als der Schärfe der parteipolitischen Gegenätze, die nachgrade nichts Erftaunliches mehr bedeuten. Die Nationalfozialiften, bisher rabiate Gegner des Weimarer "Systems" und aller "Parteienwirtschaft", find über Nacht zu Hütern der Verfaßung und fehr handfelten Verfechtern parteipolitifcher Machtanprüche geworden; der Reichskanzler von Papen andererseits kämpft knapp 4 Monate nach dem Amtsantritt der Regierung der "nationalen Konzentration" in offener Frontalfehlacht gegen die "nationale Bewegung" der Nationalfozialiftifchen Deutfchen Arbeiterpartei, die zu binden und zu produktiver Mitarbeit zu konzentrieren er in jenen Frühlingstagen ausgezogen war. Linker Hand, rechter Hand, alles vertaufcht.

Wie auch der Ausgang dieses Wahlkampfes fein mag, der in dem ganzen Prozeß nur eine Epifode bildet, die Umwälzung, die fich vor unferen Augen vollzieht, ftellt die größten und fchwerften Anforderungen an die Sozialdemokratie, ihren geiftigen wie organifatorifchen Beltand. Unfere Partei ftcht vor einem ganz neuen Abschnitt ihrer Gefchichte. Die Weimarer Verfaßung exiftiert in ihren wefentlichen Teilen nur noch auf dem Papier. Der Umschwung in den Machtverhältniffen hat fie von Grund auf revidiert. Wann und ob die neue Verfaßung auch einmal paragraphiert und kodifiziert wird, ftcht dahin. In einem folchen hiftorifchen Augenblick kann es nur eins geben: Erkennen, was *ift*. Die Ereigniffe, deren wir Zeuge find, fordern zur Bilanz auf. Weder der uns aufgezwungene Wahlkampf noch irgendwelche Refignation noch äußerer Opportunismus dürfen uns davon abhalten diese Bilanz zu ziehen und Klarheit über den Punkt zu fchaffen, an dem wir ftchen, die Entwicklung, die hinter uns liegt, forgfältig zu deuten, um damit zugleich den richtigen Ausgangspunkt für die Lösung der Aufgaben von morgen zu gewinnen. Eine Epoche ift zu Ende gegangen, die von uns auch geiftig liquidiert werden muß, damit die neu anbrechende nicht wieder mit einer Niederlage fondern mit dem Sieg der fozialiftifchen Bewegung endet.

Je gründlicher und aufrichtiger wir dabei uns felbft gegenüber zu Werk gehen, um fo fruchtbarer. Es gilt aus den Jahren 1918 bis 1932, die als ein hiftorifcher Abschnitt hinter uns liegen, die Lehre zu ziehen, dann find die Erfahrungen, die in dieser Zeit von der deutfchen Arbeiterklaffe unter fchweren Opfern gemacht wurden, nicht umfonft gewesen. Wohl denen, die diese Lehrjahre praktifch miterlebt haben. Kein Gefchichtsbuch vermag uns diese Schule zu erfetzen. Sie werden den Grundstein für den fchöpferifchen Aufbau des Sozialismus in der Epoche von morgen bilden, wenn wir das Fazit mit der Entfchiedenheit ziehen, die dessen große Idee von uns fordert.

Warum ging die Weimarer Republik verloren? Das ift die Frage, die heute offen aufgeworfen und offen beantwortet werden muß. Gewiß kann man einwenden, daß über Art und Umfang der möglichen Verfaßungsänderung noch kein klares Bild beftcht, weil die verschiedensten Kräfte im gegnerifchen Lager noch immer um den Vorrang ftreiten. Wie fich aber auch schließlich die Resultante zwischen diesen Kräfte gestalten mag: Wir müffen damit rechnen, daß der Eckpfeiler der Weimarer Verfaßung: das System des Parlamentarismus, bis auf weiteres der Gefchichte angehört. Die neue Aufgabe tritt vor uns hin: die Republik von morgen. Sie gilt es vorzubereiten, für fie gilt es zu kämpfen. Damit fie aber liegen kann, ift oberstes Erfordernis die Fehler zu erkennen, an denen die Weimarer Republik verloren ging.



ES sind 3 Fehlerquellen, die vor allem in die Erscheinung treten: 1. die außenpolitischen, 2. die verfassungspolitischen, 3. die wirtschaftspolitischen; eine Sache für sich bildet eine 4. Fehlerquelle: die falsche Methode bei der Handhabung der Politik. Gelingt es die Lehre aus diesen Fehlern zu ziehen, dann ist der Grundstein für das neue Werk, das es jetzt zu schaffen gilt, gut gelegt.

Die *außenpolitische* Lehre ist am leichtesten faßbar: Das Deutsche Reich war nach diesem Kriegsausgang allein auf weiter Weltenflur als Staat nicht zu halten. Es mußte sich außenpolitisch klar orientieren. War nicht die Niederlage im Weltkrieg der schlagende Beweis für die Unmöglichkeit einer isolierten Politik selbst in der sehr viel günstigeren Vorkriegskonstellation, Seite an Seite mit einem Kontinentalstaat von der Größe Österreich-Ungarns, ganz zu schweigen von der italienischen "Bundesgenossenschaft"? Trotzdem hat die Republik aus dieser Lehre des Kaiserreichs die einzig logische und für politisches Denken zwangsläufige Schlußfolgerung nicht gezogen. Es hätte zu einer entschlossenen Liquidierung der Außenpolitik des alten Regimes einiger Mut gehört; der Mut auch außenpolitisch auf den Boden der organisch gegebenen Tatsachen zu treten, die kontinentaleuropäische Einheit anzuerkennen und entschlossen die einzig sinnvolle Linie einer deutsch-französischen Europapolitik einzuschlagen, um die nach der Machtentscheidung im Weltkrieg nicht mehr revidierbaren Fakta so rasch wie möglich auf die höhere Ebene einer europäischen Neuordnung zu projizieren.

Die Außenpolitik der Weimarer Republik sah aber ganz anders aus. Die Geschichtschreibung wird im einzelnen zeigen, wie die deutsche Außenpolitik ein einziges großes Streben und ständiges Aufbäumen gegen die Anerkennung dieser natürlichen europäischen Tatsachen war, das gar nicht anders als, eine außenpolitische Sisyphosarbeit, mit einem negativen Ergebnis für Deutschland enden konnte. Dem Politiker, der sie miterlebt hat, sind die Phasen dieser Politik noch deutlich in der Erinnerung. So wie der Krieg schon bald nach seinem Ausbruch an der Marne endgültig entschieden wurde, so wurde über die Existenz der Weimarer Republik, die Chancen ihres Bestands und den Umfang ihrer Weltgeltung ebenfalls in den ersten Jahren ihrer Existenz entschieden, als es darauf ankam entschlossen die Konsequenzen aus den durch den Weltkrieg geschaffenen außenpolitischen Tatsachen zu ziehen. Wenn Deutschland heute augenscheinlich isoliert ist, wie noch kaum jemals, so darf uns das nicht überraschen. Und wenn die nationallistische Frankreichhetze heute das Feld beherrscht, so müssen wir uns ebenfalls selber fragen, was eigentlich geschehen ist, um sie durch Tatsachen schon im Keim zu ersticken. Auch bei der Sozialdemokratie hat ja leider der Irrtum geherrscht, man könne oder müsse solcher Art Nationalismus "den Wind aus den Segeln nehmen". Das Ergebnis ist der Orkan von heute, der ihr Schiff zu verschlingen droht. Trotz allen diesen Lehren und Erfahrungen wird aber noch immer der außenpolitische Vorstellungskreis in Deutschland von der Fiktion beherrscht, Deutschland hätte die Möglichkeit zwischen der kontinentaleuropäischen Orientierung an der Seite Frankreichs oder der angelsächsischen im Gegensatz zu Frankreich zu wählen. Es sei wiederholt: Deutschland hat keine Wahl sondern nur eine *Aufgabe*, und die heißt: Europa.

Die Sozialistischen Monatshefte haben die ganze Zeit über versucht den Blick zu weiten und dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen. In keinem

Augenblick war es, das betonten sie immer wieder, zu spät das Steuer herumzuwerfen. Ihre Warnungen sind im Wind verhallt und blieben genau so unbeachtet wie ihre Mahnungen und Bedenken gegenüber der *Verfallungspolitik* der republikanischen Parteien, der 2. großen Fehlerquelle der vergangenen Epoche. Sprechen wir nicht von der Entstehungsgeschichte der Weimarer Verfassung. Man würde ihrem geistigen Vater Hugo Preuß bitter unrecht tun, wenn man heute ihm die Schuld für ihr Verfallen in die Schuhe schieben wollte. Sein ursprünglicher Entwurf war zwar ganz aus dem Geist reinblütiger liberaler Staatsauffassung geboren. Aber seine Konzeption war doch aus einem Guß, sie hatte infolgedessen auch sehr viel mehr Aussicht auf praktisches Funktionieren. In der Form des Weimarer Kompromisses aber war die Verfassung nicht zu halten. Der Beweis der Arbeitsfähigkeit ist ihr nicht geglückt. Nicht, als ob das Verfallen der Verfassung ein Verfallen des guten Willens gewesen wäre. Es ist vor allem die Folge gewisser Konstruktionsfehler, die schon dem Preußischen Entwurf anhafteten, weil eben seine Grundauffassung der bürgerlich-liberalen Epoche entstammte (die Deutschland freilich noch nicht erlebt hatte, als die Weltentwicklung sie bereits überwand); durch den Verfassungsoportunismus, der die Nationalversammlung beherrschte, wurden sie noch in gefährlicher Weise verschärft und vermehrt. Kann ein Staat leben, bei dessen Konstruktion alles darauf abgestellt ist jede Machtkonzentration bei ihm als Staat zu unterbinden? Die Weimarer Verfassung erlaubte der Republik aber weder eine Machtentfaltung auf dem Gebiet der Verwaltung (nicht weniger als 16mal ist der Exekutivwille des Reichs gebrochen, dank der tiefen Kluft zwischen Reich und Ländern, die in der Verfassung offen gehalten worden ist), noch gab sie der Republik eine Macht in der Legislative. Das unglückselige Listenwahlsystem hat nicht nur in der Führerauslese verfaßt, es hat vor allem auch so kräftig an der Zersplitterung des politischen Willens gearbeitet, daß eine Willensbildung im Parlament schon seit Jahren überhaupt nicht mehr und vorher nur mit komplizierten Mitteln möglich war. Nimmt es da wunder, daß der einzige Träger von Staatsgewalt in der Verfassung, der auf eine Person und nicht auf politische Gruppen abgestellt ist, der Reichspräsident, als triumphaler Sieger aus diesem Durcheinander der widerstrebenden Kräfte hervorging? Es gehört zu den schweren Unterlassungssünden der republikanischen Parteien, daß sie zu einer Zeit, als alle diese Tatsachen schon offen zutage lagen, aber noch Zeit dazu war, nicht entschlossen an die Ausmerzung dieser Fehler herangegangen sind, um die Arbeitsfähigkeit der Weimarer Verfassung sicherzustellen. Ein unglückseliger Verfassungskonservatismus hat sie daran gehindert. Er hat dazu geführt den Buchstaben der Weimarer Verfassung für sakrosankt zu erklären, statt dafür zu sorgen, daß das demokratische Prinzip in der Form des parlamentarischen Systems nicht verloren ging, indem es sich durch Arbeitsunfähigkeit diskreditierte.

Grade im Kampf gegen den Nationalsozialismus wurde die Bedeutung einer solchen rechtzeitigen Verfassungsrevision immer deutlicher, denn nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände sind es, die den Nationalsozialismus groß gemacht haben. Die verfassungspolitischen Unzulänglichkeiten haben ihm nicht minder stark in die Hand gearbeitet und sein Anwachsen gefördert, weshalb eine aussichtsreiche Bekämpfung des Nationalsozialismus grade an dieser Stelle hätte einsetzen müssen. Am 16. März 1931 war hier zu lesen: »Die positive Zielsetzung zur Bekämpfung des Nationalsozialismus hat sich aber ebenso sehr auf die Überwindung der antiparlamentarischen Tendenzen

zu erstrecken. Die Lobung kann hier nur Reform der Demokratie heißen. Wenn auch immer [bei den Nationalsozialisten] vom Kampf gegen das "System" die Rede ist, so zeigt doch die nähere Betrachtung, daß diese Gegnerschaft auf Erscheinungen beruht, die keineswegs Wesensmerkmale der Demokratie und des Parlamentarismus an sich sondern in erster Linie Fehler seiner deutschen Erscheinungsform sind . . . Eine Analyse der Hauptschlagworte der nationalsozialistischen Propaganda bestätigt es. Die Begriffe Parteienstaat und Bonzentum sind hier typisch. Sie weisen zugleich auf die Wurzel des Übels; die Lähmungs- und Entartungsercheinungen der deutschen Demokratie als Folge der spezifischen Konstruktionsform des deutschen Parlamentarismus. Sie zielen auf die schweren und immer wieder kritisierten Mängel in der politischen Willensbildung, auf jene oft grotesken Fehler bei der Führerauslese und auf die Erstarrung des politischen Lebens im bürokratischen Organisationsbetrieb . . . Wenn darum der Forderung nach Reform des deutschen Wahlverfahrens eine besondere Bedeutung zukommt, dann gerade aus diesen Gründen; denn es ist kein Zweifel, daß das starre Listenwahlsystem mit seinen großen Wahlkreisen zu diesen Deformierungsercheinungen der deutschen Demokratie beigetragen hat. Die Reform der Demokratie wird sich aber auch auf die Reichsreform zu erstrecken haben. Hier liegen nicht weniger tiefgreifende Ursachen für die allgemeine Diskreditierung des parlamentarisch-demokratischen Systems. Oder glaubt jemand im Ernst, daß der in den deutschen Ländern betriebene Überparlamentarismus mit der damit verbundenen Abgeordneten- und Ministerinflation geeignet ist die Autorität dieser Körperschaften wie überhaupt unseres Systems zu erhöhen? Er muß genau so schädliche Reaktionen auslösen wie die oft bis zur Farce gehende Degradierung des Systems durch die Parlamentspielerei auch in den kleinsten Dimensionen der deutschen Länder.«¹ Es kann nicht im mindesten überraschen, daß die heutige Staatskrise gerade an diesen Stellen offen ausgebrochen ist und in den Mittelpunkt ihrer Zielsetzung Reichsreform und Wahlreform gesetzt hat, um von hier aus das ganze parlamentarische System aus den Angeln zu heben. Wäre es nicht besser gewesen vorbeugend einzugreifen, durch eine Verfassungsreform die Demokratie weiter zu entwickeln und damit die Weimarer Verfassung überhaupt erst aktions- und lebensfähig zu machen?

Der 3. Punkt, der deutlich hervorgehoben werden muß, betrifft die Unzulänglichkeit in der *sozialistischen Zielsetzung*. Es ist dem Sozialismus in Deutschland nicht gelungen eine Volksbewegung zu werden, obwohl die soziale Gliederung und die ökonomische Situation der Nachkriegszeit alle Voraussetzungen dazu in sich trugen. Es fehlte dazu das Haupterfordernis: die klare sozialistische Vision, die allein die Massen zu faszinieren vermag. Die Nationalsozialisten arbeiteten mit einer Zielsetzung, die zwar in ihrer Primitivität einer kritischen Würdigung nicht standhält, aber trotzdem die Massen mitzureißen und jedenfalls zu vernebeln vermochte. Schon lange stand es fest, daß die Hauptunterlegenheit der Sozialdemokratie im Kampf mit dem Nationalsozialismus in jenem Mangel bestand, und daß die Konkretisierung unserer Zielvorstellung die dringendste Aufgabe war, die von uns bewältigt werden mußte. In den Sozialistischen Monatsheften ist auf diese Notwendigkeit ob ihrer elementaren Bedeutung von Anfang an hingewiesen, sind auch in all den Nachkriegsjahren die Möglichkeiten einer Verkörperung des sozialistischen

1) Siehe Mierendorff Überwindung des Nationalsozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 I Seite 225.

Gedankens gezeigt worden². Erst jetzt, nach der Wahl am 31. Juli, wurde ein bescheidener Anfang gemacht: durch die Anträge der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf »Umbau der Wirtschaft«. Die Kritik aus den sozialistischen Reihen wird sich im einzelnen damit befassen müssen. Immerhin ist überhaupt ein Durchbruch zur sozialistischen Zielsetzung versucht worden. Mit jenen Unterlassungen hängt aufs engste die falsche Methode im politischen Kampf zusammen. Zu diesem Kapitel, das besonderer Beachtung bedarf, gehört unter anderem die chronische Unterschätzung der außerparlamentarischen Kräfte, die Gleichgültigkeit gegenüber massenpsychischen Tatbeständen, so der Sehnsucht nach Führerschaft als Vorbild und Heroentum (ein menschlicher Zug, dessen Amalgamierung im Sozialismus eine Lebensfrage für den Sozialismus ist), die Neigung den Massen die Politik immer nur in abstrakten und anonymen Formen anzubieten, während jede Volksbewegung gradezu triebhaft nach konkreten, sinnlich faßbaren Vorstellungen drängt. Dazu kommen psychologische Trugschlüsse, die jene falsche Vorstellung bewirkt haben, man dürfe eine Niederlage nicht eine Niederlage nennen, und jene falsch angebrachte Kameraderie, die immer wieder dazu geführt hat im angeblichen Interesse der Partei vor rückichtsloser Bloßstellung und Abschüttelung auch solcher Leute zurückzusehen, die es wahrhaftig verdienten.



US allen diesen Erkenntnissen müssen jetzt die Schlußfolgerungen gezogen werden. Um die Republik von morgen zu erobern, brauchen wir ein klares positives, bis ins letzte durchgearbeitetes sozialistisches Wirtschaftsprogramm, ein ebenso klares, aus sozialistischem Geist geformtes demokratisches Verfassungsprogramm, schließlich und vor allem ein Programm sozialistischer Außenpolitik.

Die tastenden Versuche, die in der neuen "sozialistischen Aktion" auf wirtschaftspolitischem Gebiet zurzeit gemacht werden, können, wie gesagt, erst einen Anfang bilden. Sie bedürfen des systematischen sorgfältigen Ausbaus des Bildes einer sozialistischen Wirtschafts- und Arbeitsordnung. Wenn sich der Sozialismus ehemals von der Utopie zur Wissenschaft entwickeln mußte, so steht die heutige Phase sozialistischer Entwicklung im Zeichen der Weiterentwicklung zur Topographie der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft mit Hilfe der wissenschaftlichen Erkenntnis. Während auf diesem Gebiet aber schon Ansätze vorhanden sind, und das Prinzip als solches immerhin anerkannt ist, liegen die Dinge auf dem Gebiet der Verfassungspolitik völlig im argen. Nichts wäre gefährlicher, als wenn die Sozialdemokratie sich gegenüber den brennenden Verfassungsproblemen des Tages in das undurchdringliche Schweigen des starren Verfassungskonservatismus hüllen würde. Der Kampf um die Weimarer Verfassung ist auf der ganzen Linie entbrannt. Es muß alles geschehen, um zu verhindern, daß die Verfassungsrevision von

2) Der Verfasser dieses Artikels hat sich auch an anderen Stellen bemüht der Sozialdemokratischen Partei die Notwendigkeit sozialistischer Zielsetzung vor Augen zu führen. So stellte er nach dem Leipziger Parteitag im Jahr 1931, auf dem dieses Problem keine Rolle spielte, in den Neuen Blättern für den Sozialismus fest: »Auch er [Tarnow] hörte, wie Breitscheid, leider dort auf, wo er eigentlich hätte anfangen müssen. Auch Tarnow gab lediglich Analyse der Wirtschaftskrise statt positiver Schlußfolgerungen. Aber er führte doch unmittelbar an den Punkt heran, von dem aus weiter vorgestoßen werden muß, um zu einer Konkretisierung der sozialistischen Zielvorstellungen zu gelangen. Wenn in Leipzig noch das Bestreben war die kapitalistische Wirtschaftsanarchie darzustellen, so wird es eben die Aufgabe des nächsten Parteitags sein müssen endlich das Gegenbild der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie durch Wirtschaftsplanung, durch planmäßige Bedarfswirtschaft plastisch herauszutellen. Wenn wir nicht klar und populär sagen können, was wir wollen, wenn wir nicht die sozialistischen Zielvorstellungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft herausarbeiten, werden wir den Faschismus nie überwinden.«

heute in reaktionärem Geist erfolgt. Nicht der Buchstabe von Weimar ist unser Kampf, sondern eine arbeitsfähige Demokratie, im Gegensatz zu einem Obrigkeitsstaat vorbismarckischer Prägung. Mit der Aktionsunfähigkeit der Weimarer Verfassung ist noch nichts gegen das Prinzip der parlamentarischen Demokratie an sich bewiesen. Das Verfassungsprogramm der Republik von morgen wird deshalb auf Grund der Lehren, die wir in der Weimarer Republik empfangen haben, die Konstruktion einer arbeitsfähigen Demokratie ausweisen müssen, und es wird dabei darauf ankommen den Begriff der Demokratie in sozialistischem Geist zu läutern, ihn von seinem liberalistischen Ursprung zu befreien, von der formalen zur substantiellen Demokratie vorzuschreiten. Unser Verfassungsprogramm muß klar und positiv sein und als leitendes Prinzip die Entfesselung der Schaffenskräfte erkennen. Das gleiche gilt von dem anzutrebenden außenpolitischen Programm. Wie dringend hier eine grundlegende Orientierung aus dem Geist sozialistischer Weltpolitik heraus erforderlich ist, hat die Aufrollung der Rüstungsfrage durch den Vorstoß der Regierung in der Frage der Wehrhoheit gezeigt. Die Kräfte, von denen sich der Reichswehrminister getragen fühlt, und als deren Sprecher er erscheint, sagen, man müsse Deutschland diese wehrpolitische Gleichberechtigung um seiner nationalen Sicherheit willen geben. Ganz gewiß, es geht um die Sicherheit Deutschlands wie aller Nationen des europäischen Kontinents. Aber die Sicherheit ist nicht einfach schon damit zu erzielen, daß man Deutschland grundsätzlich wehrpolitische Freiheit gibt, bis die anderen Nationen abgerüstet haben. Die internationale Sicherheit ist nur durch eine systematische Organisierung des Friedens zu erzielen.

Wenn die Sozialdemokratie in dieser klaren, grundsätzlichen, aus sozialistischem Geist fließenden Auffassung zu den grundlegenden Problemen Stellung nimmt, wird sie, daran ist kein Zweifel, durch die Anziehungskraft, die solchen Zielsetzungen innewohnt, zur Führerin der Massen, zu der proletarischen Großmacht, die die Republik von morgen nicht nur erobern sondern auch zu dem zentralen sozialistischen Bollwerk in Europa ausbauen kann.

MAX COHEN · VERFASSUNGSREFORM UND AUFBAUARBEIT

GRADE 13 Jahre nach Schaffung der Verfassung von Weimar steht das deutsche Volk in einer Verfassungskrise von außerordentlicher Schwere. Es wird immer deutlicher, daß sie mit den bisher üblichen parteipolitischen und parlamentarischen Mitteln nicht überwunden werden kann. Nur große und wirklich neugestaltende Reformen, die das politische Bewußtsein des deutschen Volks auch mit einem neuen Geist erfüllen, können hier helfen. Allzu einfach hatten die politischen Parteien, besonders die der Linken, sich der trügenden Hoffnung hingegeben, daß es nur der "Einführung" parlamentarischer Methoden bedürfe, um Staat und Volk vorwärtszubringen, während es doch einzig auf die Substanz ankommt, die immer entscheidet, gleichviel, in welcher verfassungsmäßigen Form sie zutage tritt. Im Substantiellen aber haben wir in Deutschland in all den Nachkriegsjahren nur einen ungeheuren Leerlauf gesehen, der auch dann ein Versagen bedeutet, wenn man zugibt, daß der Zusammenbruch des alten Systems durch den Weltkrieg die neuen Kräfte vor eine schwer zu bewältigende Aufgabe gestellt hat.

Daß es in dem republikanischen Deutschland an produktiver aufbauender Leistung innen- wie außenpolitisch gefehlt hat, ist heute offenbar. Nie wären sonst die zahlenmäßig starken, wenn auch geistig kümmerlichen Kräfte zu mobilisieren gewesen, die jetzt die Republik berennen. Die Regierung von Papen, die in ihnen anfangs so gern aufbauende, national wertvolle Elemente sehen wollte, jetzt aber genötigt ist sich ihrer zu erwehren, um überhaupt an eine wie auch immer geartete Arbeit gehen zu können, ist dadurch in eine Konfliktslage gekommen, aus der auch die am 12. September verfügte Auflösung des eben gewählten Reichstags keinen Ausweg eröffnet. Es kommt dazu, daß diese Regierung zwar gegenüber der nationalsozialistischen Demagogie im Recht ist, der deutschen Arbeiterklasse gegenüber sich aber in schweres Unrecht geletzt hat. Der Eingriff, den sie in eine Reihe sozialpolitischer Einrichtungen, namentlich aber in die Idee des Tarifvertragswesens vorgenommen hat, ist nur als unsozial zu werten. Ganz gewiß, und das ist ja kaum irgendwo klarer dargelegt worden als hier, hängt das Maß des sozialpolitisch Möglichen von der Produktivität der Wirtschaft ab, man muß also diese fördern, wenn man jenes erreichen will. Aber grade der Kollektivvertrag ist ein Mittel zur Erzielung höchster Wirtschaftlichkeit, und seine Auslöschung bringt mit der Sozialpolitik auch die Wirtschaft selbst in größte Gefahr.

Die Grundlage aller Aufbauarbeit der Nachkriegszeit wird von der Außenpolitik gebildet. Der kontinentaleuropäische Gedanke ist es, der auch in der Binnenwirtschaft Neuschöpfung erst ermöglicht. Die Behandlung der Außenpolitik ist also der Prüfstein für die Fähigkeit einer jeden deutschen Regierung das deutsche Volk wirklich zu führen. Vermocht hat dies bis jetzt keine der Nachkriegsregierungen, auch und grade nicht die Regierung Brüning (was eine besonders schwere Enttäuschung war). Die Regierung von Papen begann nun ihre Tätigkeit auf dem außenpolitischen Gebiet in einer besonnenen und ruhigen Art, die eine gewisse Perspektive eröffnete, und die in Lausanne anfangs auch den Weg nach Europa freilegte. Aber es scheint jetzt, als ob der ungeliebte Primat der Innenpolitik, nämlich die Zwangsvorstellung, man müsse dem innenpolitischen Gegner "den Wind aus den Segeln nehmen", indem man selber seine Geschäfte besorgt, diesen Weg wieder versperrt. Das deutsche Volk leidet jetzt unter ganz anderen Nöten als an der ihm vorenthaltenen Rüstungsfreiheit. Die formale Gleichberechtigung auf dem Gebiet der nationalen Wehr wird Deutschland bei der Zusammenfassung des europäischen Kontinents ganz von selbst zufallen, und darüber hinaus wird aus dem bloßen Recht noch eine Pflicht zur Anteilnahme an der gemeinsamen Verteidigung und Aufrechterhaltung der europäischen Selbständigkeit werden. Aber an dieses Ziel kommt man um so später, je mehr man sich, außer-europäischen Intentionen folgend, von der Europalinie entfernt und sich mit dem engsten Nachbarn verfeindet, mit dem es grade zusammenzuarbeiten gilt. Es heißt jetzt die Dinge real sehen. Es kommt nicht auf Proteste und Deklamationen an und auch nicht darauf alle Augenblicke einem angelfächlichen Journalisten ein Interview zu geben und scheinbar Beifall von der andern Seite des Kanals oder des Atlantischen Ozeans zu erhalten. Ein Staatsmann muß jeden außenpolitischen Schritt zunächst auf die Möglichkeit des Erfolgs prüfen. Und dieser Erfolg besteht nicht in irgendwelcher Zustimmung sondern darin, daß das, was man erreicht, Teil eines konstruktiven Ganzen sein kann. Außenpolitische Erfolge solcher Art (die mit den Methoden dieses Auswärtigen Amtes aber nie zu erzielen sind) würden die Stellung der Regierung

außerordentlich stärken und möglicherweise einen gewissen Beruhigungszustand herbeiführen, in dem innenpolitische Reformen durchgeführt werden können, die kaum mehr aufschiebbar sind. Welcher Art diese Reformen sein müssen, das wird auch im Kabinett von Papen geahnt. Der Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl hat das mehrere Male angedeutet. Aber in welchem Geist sie dann ausgeführt werden, das freilich ist eine Sache, die nicht die Regierung sondern das deutsche Volk selber angeht, und für die die politischen Parteien dann die Verantwortung tragen, ob sie nun mitregieren, oder ob sie opponieren. Der wirklich politische Gedanke bricht sich schon Bahn, und wenn die Parteien machtlos sind, so eben deshalb, weil sie solche Gedanken nicht produzieren. Es seien daher hier diejenigen Reformen angeführt, deren Durchführung längst überfällig ist, und die kommen müssen, gleichviel, welche Regierung am Ruder ist.



Im November 1918, als die ganze Macht, die von ihren alten Besitzern gar nicht mehr verteidigt wurde, dem deutschen Volk selber zufiel, und dieses daran ging sich eine Verfassung zu schaffen, standen seine Vertreter vor einer Aufgabe, die im neuen Geist geführt werden mußte. Was aber geschah damals? Man nahm sich die Verfassung der Länder, die seit langem parlamentarisch regiert wurden, zum Vorbild und glaubte, man könnte jetzt formal ein parlamentarisches System dekretieren, ohne zu berücksichtigen, daß ein solches System nur funktioniert, wenn die Parteien selbst politisch durchgebildet sind. Auch der Parlamentarismus ist ein Wachstumsprozeß, nicht ein mechanisches Experiment. In Weimar überfah man, daß die parlamentarisch regierten Staaten, daß alle Demokratien ein *Zweikammerlystem* besitzen. In Deutschland wollte man einfach alle Macht dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts geben, das Einkammerlystem wurde ein Dogma. In den sozialistischen Monatsheften ist dieser Auffassung, als ob Demokratie und Einkammerlystem identisch seien, von Anfang an entgegengetreten worden. Aber vergebens wurde hier hervorgehoben, daß die nach dem Weltkrieg zu erledigenden Aufgaben so umfassend und schwierig seien, daß sie von den politischen Parteienparlamenten allein überhaupt nicht zu lösen seien. Mit der größten Eindringlichkeit (der Verfasser dieses Artikels hat das damals als Mitglied des Zentralrats in zahlreichen Sitzungen mit den Volksbeauftragten und den Vertretern der Sozialdemokratie getan) wurde hier die Schaffung einer Zweiten Kammer, einer organisch gebildeten Kammer der Arbeit, verlangt. Diese sollte nicht das auf Grund der Stimmgleichheit vom Volk zu wählende politische Parlament ersetzen oder verdrängen. Sie sollte vielmehr gemeinsam mit ihm zunächst die komplizierten Fragen des Wiederaufbaus lösen und dann durch ihren Unterbau der Produktionsräte in eine wirklich sozialistische Wirtschaft hinüberleiten. Gewiß ist der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildete Reichstag (man darf sich durch den Lärm unserer Tage nicht verwirren lassen) heute und für immer unentbehrlich. Denn jedes Individuum ist ein Kosmos für sich, und sein weltanschauliches Wollen soll in diesem Parlament zum Ausdruck kommen. Aber jedes Individuum ist auch Glied eines Gesamtkörpers, der Nation, eines schöpferischen Organismus, dem alle Glieder zu dienen haben. Diese produktive Funktion des Volkes muß nun in einer Kammer der Arbeit wirksam werden. Erst beide Kammern zusammen sind der Ausdruck des geschichtlichen Wollens der Nation als Schicksalsgemeinschaft. Wenn man dieses Zweikammerlystem schafft, macht man Ernst mit

dem nationalen wie mit dem sozialistischen Gedanken (die beide von der Partei, die sich nationalsozialistisch nennt, aber trotz allen Beteuerungen nur von Vergangenheitsvorstellungen geleitet wird, nicht begriffen, daher auch nicht konkret gestaltet werden). Den alten Parteien der Weimarer Verfassung muß aber mindestens eins klar werden: Unsere Zeit ist von der, da sich der Liberalismus für ein Einkammersystem enthusiasmierte (es übrigens nirgendwo durchführte), grundverschieden, und es war eine der größten Unterlassungsfünden der Initiatoren der Weimarer Verfassung, daß sie ungeprüft übernommene liberale Auffassungen höher stellten als die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines großen, in fast allen Schichten schaffensbereiten Volkes.

Die Weimarer Nationalversammlung fühlte allerdings dunkel, daß man dem hier ausgesprochenen Verlangen Rechnung tragen müsse. Sie tat dies im Artikel 165 der Reichsverfassung, indem sie offenbar glaubte, daß mit dem auf Grund dieses Artikels ins Leben gerufenen Reichswirtschaftsrat die Forderung einer gesetzgebenden Zweiten Kammer abgelenkt werden könnte. Das schien ja auch eine Reihe von Jahren gelungen. Der Reichswirtschaftsrat bemühte sich um die Aufhellung wirtschaftlicher Tatsachen und Zusammenhänge, gab dem Reichstag vielfach die Grundlagen für Gesetze wirtschaftlichen Charakters und erwarb sich dadurch manches nicht geringe Verdienst. Aber er ist schließlich doch nur eine beratende Körperschaft und darum außerstande das von ihm als richtig Erkannte auch durchzusetzen. Erst wenn er zu einer wirklichen Zweiten Kammer umgestaltet würde, könnten die vielen guten Ansätze, die sich bei ihm entwickelt haben, eine richtige Wirkung ausüben. Sicherlich ist die Einsicht für die Notwendigkeit einer Zweiten Kammer bei den Anhängern aller politischen Parteien gewachsen, und man möchte annehmen, daß sich auch bei den Parlamentariern (deren Funktion ja jetzt ruht) ein gewisser Wandel vollzogen hat. Früher haben sie in einer Zweiten Kammer, sogar im Reichswirtschaftsrat, als dessen Rechte etwas erweitert werden sollten, nur die Konkurrenz gesehen, die sie um die alleinige Macht bringen sollte. Vielleicht hat die eigne Machtlosigkeit heute die Besitzer der frühern Allgewalt etwas einsichtiger und sachlichen Notwendigkeiten mehr zugänglich gemacht. Jedenfalls, der Gedanke der Zweiten Kammer gewinnt heute an Boden. Aber wie soll diese Kammer aussehen? Und da besteht nun wieder die Gefahr, und gerade auch bei der gegenwärtigen Regierung, daß man ganz in die Irre geht. Man muß vor allem das Grundprinzip erkennen: daß die Zweite Kammer eine Wirtschaftskammer und nicht ein politisches Oberhaus sein muß. Bei der in Deutschland herrschenden Geneigtheit möglichst alles Alte in irgendeiner Form weiterzuschleppen muß man nämlich mit der Möglichkeit rechnen, daß gewisse Kreise den Reichsrat zum Kern einer Zweiten Kammer machen möchten, und der Länderpartikularismus wird sich natürlich dafür einsetzen. Das wäre so ziemlich der falscheste Weg, den man überhaupt gehen kann. Der Reichsrat als Zweite Kammer wäre nichts als ein Abklatsch des Reichstags. Und es hat gar keinen Sinn eine solche Kammer zu schaffen, wenn sie nicht auf einem *andern* Boden steht als eben der Reichstag. Die Gewerbezeige, die sogenannten Wirtschaftsstände, müssen ihre Grundlage bilden. Nur durch ein solches Zweikammersystem können die beiden Seiten des nationalen Körpers: die weltanschaulich-kulturelle und die wirtschaftlich-produktive, zur Totalität zusammengefaßt werden, und nur in Übereinstimmung beider Kammern dürfen die Geschicke des deutschen Volks für die Folge gelenkt werden.

Aber auch das rein politische Parlament, der Reichstag, muß endlich auf Grund eines *Wahlsystems* gewählt werden, bei dem der Wähler ein wirkliches Mitbestimmungsrecht hat. Das in Deutschland geltende Listenwahlsystem ist gradezu die Personifizierung der geistigen Impotenz. Durch dieses Listensystem ist das Proportionalwahlsystem, das höchste Zahlengerechtigkeit bringen sollte, aufs schlimmste kompromittiert. Diese Listenwirtschaft legt die Entscheidung in die Hand der Parteifunktionäre, denen ein durch Parteifrömmigkeit sich auszeichnendes, niemals durch neue Ideen störendes Parteimitglied als Vertreter besonders bequem ist. Wie sehr die Liste das angeblich verbürgte Recht des Wählers einem Mann seines Vertrauens seine Stimme zu geben beseitigt hat, zeigt in grotesker Weise die Entwicklung des Stimmzettels. Anfangs waren auf dem Stimmzettel noch die Namen der Kandidaten sämtlich verzeichnet, später wurden nur noch die ersten angegeben, und jetzt sind die Menschen ganz und gar verschwunden; geblieben ist unter dem Pseudonym der Partei der persönlichkeitsfreie Parteifunktionär. Lebendige Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten bestehen nicht mehr. Und nicht einmal eine Wahlplattform, auf die sich der einzelne Kandidat begeben muß, ist geblieben. Keine geistige Potenz kann beim Listensystem gegen die Anciennität derjenigen aufkommen, die bereits auf der Liste stehen, und gar nichts ist mehr auf die Kraft eines politischen Menschen gestellt, die einen Wahlkreis erobern soll und kann. Im eignen Wahlkreis politischen Anhängern und Gegnern Rede und Antwort zu stehen und dadurch dem öffentlichen Leben starke Impulse zu geben: alles das ist durch die Listen unterbunden worden. Unter dem Schutz dieses anonymen Systems ist es den Nationalsozialisten so leicht geworden ihre Anhänger "grundsätzlich" von geistigen Kämpfen mit ihren Gegnern fernzuhalten; im Kampf um jeden einzelnen Wahlkreis, in dem der Wahlbewerber seine Wähler bestimmen soll, wäre diese bequeme Abtinzung kaum durchführbar. Mit einem Proportionalwahlverfahren ist das Listensystem so wenig identisch wie das Einkammersystem mit der Demokratie. Wirkliche und sogar extrem gerechte Proportionalwahl läßt sich mit Persönlichkeitswahl verbinden. Der Herausgeber dieser Zeitschrift hat schon in der Vorkriegszeit, zum Gothaer Parteitag, der über die Proportionalwahl beriet, ein solches System aufgestellt¹ und seither noch in Einzelpunkten vervollkommenet. Die Möglichkeit den Einmannwahlkreis mit der Proportionalwahl zu verbinden besteht also. Und dies kann obendrein ohne eine Änderung der Verfassung geschehen. Es tut dringend not, daß wir endlich zu solcher Persönlichkeitswahl kommen. Der erste Reichstag, der auf Grund eines solchen neuen Wahlverfahrens zustande käme, hätte ein ganz anderes Gesicht als alle bisherigen Parlamente der Republik.



LS nach dem verlorenen Krieg und dem innern Zusammenbruch in den Sozialistischen Monatsheften die Schaffung eines sozialistischen Zweikammersystems gefordert wurde, geschah das zur Sicherung einer deutschen Republik, die in schöpferischer Arbeit zu sozialistischer Gesellschaftsgestaltung vordringen könnte. Es war nicht schwer vorauszusehen, daß das rein politische Parlament den wirtschaftlichen Fragen, die nach parteidemagogischen Rezepten nicht gelöst werden können, nicht gerecht werden würde. So kam es denn auch.

1) Siehe Bloch Für ein proportionales Wahlverfahren, im Sozialistischen Akademiker 1896 Seite 541; dazu auch Peus Verhältniswahl mit Persönlichkeitswahl, Pahl Politische Willensbildung und Parlamentsreform, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 II Seite 763, 1929 I Seite 292.

Befonders auch auf dem außenpolitischen Gebiet, wo eine Fülle wirtschaftlicher Entscheidungen zu treffen war. Die Entwicklung der Reparationsfrage, die nun bald 1½ Jahrzehnte hindurch das deutsch-französische Verhältnis vergiftet und die Zusammenfassung des Kontinents verhindert hat, wäre wahrscheinlich ganz anders gewesen, wenn Deutschland nicht allein ein politisches Parlament sondern auch eine Kammer der Arbeit gehabt hätte. Der Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Provinzen wäre am einfachsten und schnellsten durch deutsche Arbeitskräfte durchgeführt worden. Unendliche Leiden wären dem deutschen Volk erspart geblieben, wenn die verschiedenen deutschen Regierungen dies erkannt und, trotz allem unwahrhaftig demagogischen Geschrei in den Zeitungen, auch wirklich durchgeführt hätten. Die Frage der internationalen Verschuldung, die die Reparationen erst zu dieser erdrückenden Masse anschwellen ließ, hätte gar keine Rolle gespielt, da sie, soweit Frankreich in Betracht kam, doch nur durch amerikanische Barvorschüsse für den Wiederaufbau entstanden (neben reinen Kriegsschulden, die eben wegen jener Vorsschüsse von Frankreich schließlich anerkannt werden mußten, obgleich sie sinngemäß zu den gemeinsamen Kriegskosten gehörten, und der Hauptkriegsgewinner Amerika am allerwenigsten berechtigt war sie sich von seinen Alloziierten noch extra bezahlen zu lassen). In einem Buch Die Generation ohne Männer, das in diesen Tagen erscheint, wird daran erinnert, daß auch Walther Rathenau dem Gedanken den Wiederaufbau durch deutsche Arbeiter vorzunehmen zuneigte. Er erkannte sehr richtig, daß man diesen Wiederaufbau zum Zentralproblem machen müsse, zu einer Leistung von solcher Vollendung, daß sie noch nach Jahren als Deutschlands größte positive Schöpfung gelte. In der Tat wäre das nicht nur eine materielle sondern auch eine moralische Wiedergutmachung gewesen. »Ein Unrecht wird nicht nur geföhnt sondern in großartiger Weise abgegolten, der Vorwurf gegen uns verwandelt sich in hohe Anerkennung.« Was ist davon aber wirklich geschehen? Nichts. Noch jetzt erschüttert es zu lesen, wie Rathenau Matthias Erzberger in Weimar die Notwendigkeit solchen direkten Wiederaufbaus auseinandersetzt, Erzberger auch zu verstehen scheint, und dann doch »Regierungsdispositionen, die nicht im Sinne dieses Verständnisses verfahren,« eintreffen. Man errichtete ein Ministerium für Wiederaufbaufragen, und damit war dann alles erledigt. Die Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung aber wurde dann Jahr um Jahr immer mehr zu einem uns von einem Erbfeind auferlegten Tribut. Und der Vereinigte Europäische Kontinent, dessen Bau im Jahr 1919 durch solche gemeinsame Arbeit beginnen konnte, ist heute noch nicht da. Wäre jene einzig gerechte und einzig wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage auch unterblieben, wären jene »Regierungsdispositionen« aufrechterhalten worden, wenn Deutschland neben seinen politischen Parteien, die sich gegenseitig aus der Gunst der Wähler verdrängen wollten, eine Kammer der Arbeit gehabt hätte? Nein. Dann hätte die Wirtschaftsvernunft eingegriffen, in wenigen Jahren wäre der Aufbau vollzogen, neues Elend vom deutschen Volk ferngehalten worden.

Das alles ist veräümt worden. Es ist, wie wir nun schon so oft sagen mußten, sehr spät geworden, aber immer noch nicht zu spät. Zeit wird es jetzt (die jetzt schon zum Dauerzustand des deutschen Volks werdende Wahlzeit zeigt uns das) das Repräsentativsystem Deutschlands nach den Bedürfnissen und Schaffungsmöglichkeiten des deutschen Volks neu zu formen.

RUDOLF WISELL · BILANZ DES SCHLICHTUNGSWESENS



NICHT Einzelheiten des deutschen Schlichtungswesens sind es, mit denen sich diese Darlegung beschäftigen soll; sie sind hier am 17. Januar 1927 von mir behandelt worden¹, und darauf muß ich verweisen. Aber seine Grundsätze müssen hervorgehoben werden, weil sich an ihnen am besten zeigen läßt, welche Wandlungen sich in ihm in ganz kurzer Zeit vollzogen haben.

Das deutsche Schlichtungswesen wird von dem Grundsatz der freiwilligen Verständigung der wirtschaftlichen Berufsorganisationen über die Bedingungen des Einzelarbeitsvertrags getragen. Rechtsstreitigkeiten der Parteien des einzelnen Arbeitsvertrags fallen nicht in seinen Bereich; Streitigkeiten aus *getaner* Arbeit gehören vor die Arbeitsgerichte. Das Schlichtungswesen befaßt sich mit der Vorbeugung solcher Streitigkeiten, es leistet Hilfe bei der kollektiven Vereinbarung der Bedingungen, unter denen zukünftige, also zu *tuende* Arbeit zu leisten ist. Dieses aber nur, wenn tariffähige Parteien die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht selbst überbrücken können. Dann erst stellte der Staat die dazu geschaffenen Behörden zur Verfügung. Erst in letzter Linie kennt das deutsche Schlichtungswesen bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen einen staatlichen Zwang. Nur bei dem Versagen der freiwilligen Einigung und unter bestimmten Voraussetzungen kann er einsetzen. Die Staatsgewalt übernimmt dann die Verantwortung für die Regelung der umfrittenen Arbeitsverhältnisse. Insofern hat also das deutsche Schlichtungswesen die Aufgabe, die in manchen Staaten der Staatsgewalt zusteht, und die sie durch Lohnämter ausübt. Durch diesen staatlichen Zwang greift auch das deutsche Recht in die Freiheit und Selbstverantwortlichkeit der Berufsorganisationen für die Festsetzung der Arbeitsbedingungen ein. Höher als diese Freiheit und Selbstverantwortlichkeit steht ihm die Rücksicht auf den ungestörten Fortgang des Wirtschaftslebens und den sozialen Frieden. So war es wenigstens bisher.

Die Kräfte, die in der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeitsbedingungen der in ihr tätigen Arbeitermassen bestimmen, werden auch im deutschen Schlichtungswesen anerkannt. Es ist das Machtverhältnis der beiderseitigen Berufsorganisationen, das in der Hauptsache für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses des einzelnen Arbeiters in Frage kommt, das "Kampfrisiko", das beide Seiten eingehen, wenn sie sich nicht gütlich einigen. Zunächst war es der freie Wettbewerb der isoliert dastehenden freien Arbeiter, aus dem sich ihre Arbeitsbedingungen ergaben. Die Folge war schon vor mehr als 3 Menschenaltern die Feststellung des englischen Staatsmanns Sir Robert Peel, »daß jene große Leistung britischen Scharffinns, vermöge deren die Maschinen der Fabriken zu solcher Vollkommenheit gelangten, statt zu einem Segen für die Nation zum bittersten Fluch wurde«. Die aus solcher Erkenntnis vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter konnten nur im einzelnen, nicht allgemein die Arbeitsbedingungen bessern. Erst mit dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen konnte das geschehen. Damit wurde das Machtverhältnis beider Teile zum bestimmenden Moment der Arbeitsbedingungen. Dieses Machtverhältnis schwankte aber je

1) Siehe *Willell* Vom Schlichtungswesen, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 I Seite 27.

nach der Wirtschaftslage. Und das führte die beiderseitigen Berufsorganisationen dazu über das Auf und Ab des Wirtschaftslebens hinweg die Arbeitsbedingungen durch kollektive Vereinbarungen für eine nicht mit dem Ablauf des einzelnen Arbeitsverhältnisses endende Zeit zu regeln. Die Unternehmer konnten nun mit dem durch Arbeitskämpfe nicht gestörten Fortgang der Arbeit rechnen, die belchäftigten Arbeiter mit einem sichern Lohn.

Je mehr die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Kollektivvereinbarungen der Berufsorganisationen erfolgte, um so mehr erkannte die staatliche Arbeitspolitik solche Gestaltung der Arbeitsbedingungen als Mittel zur Vermeidung unnötiger Arbeitskämpfe an. Das geschah zunächst stillschweigend (selbst in den liberalistisch orientierten angelfächlichen Rechtssystemen), indem der Staat die Einigung der Parteien auf kollektiver Grundlage förderte. Die Weimarer Verfassung bestimmt dann ausdrücklich, im Artikel 165, daß die Organisation der Wirtschaft auf Gesamtvereinbarungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beruhen soll. Aus diesem Grundsatz zog die weitere deutsche Gesetzgebung den Schluß, daß eine Befriedung des Arbeitslebens, soweit in unserer Wirtschaft möglich, nur durch den Abschluß von Gesamtvereinbarungen, insbesondere Tarifverträgen², erfolgen kann. Das führte zu dem Gedanken der Schlichtungsverordnung von 1923, daß Schlichtung Hilfe zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen ist. Damit ist der Endzweck der Schlichtung: die Vermeidung unnötiger Arbeitskämpfe, nicht geändert, zu seiner Erreichung ist aber der bestimmte Weg der staatlichen Förderung der Gesamtvereinbarung, insbesondere des Tarifvertrags, zwingend gewiesen. Das Machtverhältnis der beiden Parteien des Tarifvertrags wird als Regulator für die optimale Gestaltung der Arbeitsbedingungen erkannt. Man läßt damit den wirtschaftlichen Kampf: Streik und Aussperrung, als das letzte Mittel die beiderseitigen Kräfte festzuteilen gelten. Vereinzelt wird den Arbeitskämpfen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Funktion zugestanden »durch Abtasten der tatsächlichen Marktlage und ihrer sehr unkenntlichen Möglichkeiten die Auffindung des marktgemäßen Lohns zu erleichtern«³.

Dem steht die auch im deutschen Schlichtungsrecht durch die Ermöglichung eines Zwangstarifs dokumentierte gegenteilige oder doch das liberalistische Wirtschaftsdenken einengende Feststellung entgegen, daß die Rücksicht auf den ungestörten Fortgang der Wirtschaft und den sozialen Frieden höher zu werten sei als die Freiheit der Berufsorganisationen in der Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Dieser Grundgedanke setzte sich in Deutschland schon während der Kriegszeit in den vom Hilfsdienstgesetz geschaffenen Schlichtungsausschüssen durch. Zwar nahm man damals von die Parteien bindenden Schiedsprüchen Abstand, aber doch nur, weil die Einordnung der Schlichtungsausschüsse in die militärische Organisation und die Abhängigkeit der Betriebe von staatlichen Aufträgen den ergehenden Schiedsprüchen schon eine starke Autorität gaben. Diese wirkte zunächst auch noch nach, als diese Schlichtungsausschüsse mit der Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes durch den Rat der Volksbeauftragten auf andere Grundlage gestellt wurden. Aber durch die Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920 wurde nun auch den Demobilmachungsbehörden das Recht gegeben einen Schieds-

2) Das deutsche Recht kennt neben den Tarifverträgen auch Betriebsvereinbarungen, deren Träger der einzelne Betriebsunternehmer und der Betriebsrat sind. Diese beiden Arten von Verträgen sind unter dem Namen Gesamtvereinbarungen zusammengefaßt.

3) Siehe *Hönigshmid-Großlich Zwangsschiedspruch und Schlichtungswesen* (Jena 1929/ Seite 51.

spruch für verbindlich zu erklären, wenn die im Schiedspruch vorgelehene Regelung zweifellos der Billigkeit entsprach, oder wenn sie zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens erforderlich war. Dabei ist es denn auch bei der Neuordnung des Schlichtungswesens durch die Verordnung vom 30. Oktober 1923 geblieben. (Ein Versuch das Schlichtungswesen durch Gesetz zu regeln blieb im Reichstag stecken, wegen der Unsicherheit der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse durch die fortschreitende Inflation.) Jene Verordnung erfolgte nach der Beendigung des Ruhrkampfes, als die Stabilisierung der Währung bevorstand, und man mit schweren wirtschaftlichen Kämpfen rechnen mußte. Da suchte die Reichsregierung den Boden für eine friedliche Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten zu ebnen. Der Staat wollte nicht untätig zusehen, daß zu all den vielen wertvollen Kräften, die unter der Not der Zeit zermürbt wurden, noch weitere im Wirtschaftskampf zerrieben würden, und er glaubte nicht, daß, namentlich in Zeiten der Not, das Kampfrisiko die richtige Festsetzung der Arbeitsbedingungen verbürge.

Die Schaffung eines Zwangstarifs durch staatliche Entscheidung fand von vornherein den Widerspruch sowohl der Unternehmer als der Gewerkschaften.

Die Unternehmer sahen nach der Beendigung des Ruhrkampfes und der Inflation die Gewerkschaften sehr geschwächt; sie wollten die Regelung der Arbeitsbedingungen durch das Kampfrisiko. Einige charakteristische Unternehmerstimmen seien hier angeführt. Der Erweiterte Ausschuß des Verbands der Mitteldeutschen Industrie beschloß im Dezember 1923:

»Schiedsprüche, die über die angegebene Höhe [der Löhne] ... hinausgehen, auch die für verbindlich erklärten, sind unbedingt abzulehnen. Gegebenenfalls müssen die Arbeitgeber mit Zwangsmaßnahmen (Ausperrungen) eine derartig falsche, die Wirtschaft und den Wiederaufbau hindernde Lohnpolitik der Schlichtungsbehörden bekämpfen. Das überflüssige Schlichtungswesen ist ... in Zukunft abzulehnen.«

Der Verband der Deutschen Metallindustriellen schrieb im Januar 1924:

»Schiedsprüche, die auf Antrag der Arbeitnehmer oder von Amts wegen verbindlich erklärt sind und von den Arbeitgebern als wirtschaftlich nicht tragbar abgelehnt werden müssen, werden nicht durchgeführt, wobei auch vor der Stilllegung der Betriebe als Kampfmaßnahme und letztes Mittel zur Beseitigung des Tarifzwangs nicht haltgemacht werden soll.«

Als unverändertes Ziel der deutschen Arbeitgeberverbände wird in diesem Rundschreiben die »Beseitigung der staatlichen Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Tarif- und Lohnpolitik« bezeichnet. Im Arbeitgeber präzierte eines der führenden Mitglieder des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Emil Guggenheimer, seine Meinung dahin, daß durch das Schlichtungswesen auf Umwegen fast hinterrücks dem ersterbenden Tarifvertrag, dessen Verderblichkeit für die Produktionsvermehrung man fast überall einsehe, wiederum die Tür geöffnet und ihm eine Bedeutung beigegeben werde, die er, weil wirkliche Arbeitsleistung hindernd, allenthalben zu verlieren begänne. In einem schon in der Überschrift charakteristischen Artikel Politisierende Gewerkschaften und unglückliches Schlichtungswesen tobte sich am 6. August 1924 in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung der Direktor der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Abteilung der Aktiengesellschaft Linke-Hofmann-Lauchhammer, Hans Schimmelpfennig, wie folgt aus:

»Die Schlichtungsinstanzen! Vom Arbeitsministerium über die Schlichter bis zu den Schlichtungsausführenden eine einzige Quelle wirtschaftlichen Unheils! ... Ein Geschichtsschreiber unserer Zeit in späteren Jahrhunderten wird bei diesem Kapitel ähnliche Gefühle haben wie der heutige Historiker bei der Schilderung von Kinderkreuzzügen, Hexenprozessen und andern.«

So war freilich nicht überall die Stimmung bei den Unternehmern. In den Verhandlungen des Lohnpolitischen Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds mit der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hatte sich deren Vertreter zu Vereinbarungen bekannt, in denen es heißt:

»Beide Teile sind sich darüber einig, daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse auf dem Boden des freien Kollektivvertrages zwischen den beiderseitigen Organisationen erfolgen soll. Auch Werktarife, die mit Zustimmung der beiderseitigen Organisationen abgeschlossen sind, gelten als Verträge in diesem Sinne. Beide Parteien stimmen deshalb darin überein, daß bei Gesamtsstreitigkeiten behördliche Zwangsentscheidungen abgelöst werden sollen durch das tarifvertragliche oder sonst vereinbarte Schlichtungswesen zwischen den Parteien. Sie empfehlen deshalb eindringlich ... durch den Ausbau des tariflichen Schlichtungswesens die Voraussetzungen zu schaffen, um das Eingreifen behördlicher Stellen auszuschalten.«

Den Widerstand der Gewerkschaften rief namentlich die Regelung der Verbindlichkeitserklärung durch eine einzige Person hervor. Die Gewerkschaften waren nicht gegen die Verbindlichkeitserklärung an sich. Am klarsten gab wohl die Holzarbeiterzeitung, das Organ des Deutschen Holzarbeiterverbands, am 3. Mai 1924 die Auffassung der Freien Gewerkschaften wieder:

»Die den Einigungszwang betreffenden Bestimmungen in der Verordnung über das Schlichtungswesen sind unvereinbar mit den Interessen der Gewerkschaften. Der Bundesausschuß widerspricht nicht einer gesetzlichen Regelung des Schlichtungswesens einschließlich der Möglichkeit unter gewissen Voraussetzungen auch Schiedssprüche für verbindlich zu erklären. Der Ausschuß beauftragt den Bundesvorstand geeignete Schritte zu unternehmen, um eine entsprechende Änderung der Schlichtungsordnung herbeizuführen und zu verhindern, daß der Einigungszwang in seiner gegenwärtigen gesetzlichen Form in der endgültigen Schlichtungsordnung verankert wird. Im übrigen fordert der Bundesausschuß die Gewerkschaften auf die Fortentwicklung der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse in erster Linie auf dem Wege freier vertraglicher Vereinbarungen und mit vereinbarten, der Selbstverwaltung der Vertragsparteien unterstehenden Schlichtungsinstanzen zu fördern.«

Die Erfahrungen seit 1924, namentlich mit der Tarifwilligkeit mancher Arbeitgeberverbände, haben dann aber alle Gewerkschaften zu der Überzeugung geführt, daß es bei der gesetzlichen Regelung des Schlichtungswesens bleiben müsse. In einer von mir als Reichsarbeitsminister am 18. Oktober 1928 im Reichsarbeitsministerium veranlaßten Besprechung sämtlicher Spitzenverbände der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer kam diese Auffassung zum Ausdruck: Die Tatsache, daß der staatliche Zwang im Schlichtungsverfahren von allen Seiten häufig gefühlsmäßig abgelehnt werde, dürfe über die praktischen Notwendigkeiten nicht hinwegtäuschen. Das Vorhandensein der Möglichkeit eines staatlichen Zwangseingriffs fördere, wie die Erfahrung ergeben habe, die Tarifwilligkeit; eine ganz andere Frage sei es, in welchem Ausmaß der Zwang im Einzelfall angewendet werden solle. Hier seien auch die Gewerkschaften der Auffassung, daß es das Bestreben aller Beteiligten sein müsse Zwangseingriffe nach Möglichkeit auszuschalten. Dies sei Sache der Parteien, die sich, soweit zugänglich, ohne staatliche Hilfe, unter eigener Verantwortung, einigen sollten. Auf der Arbeitgeberseite verlangte man die »Beseitigung der generellen Möglichkeit der Verbindlichkeitserklärung« im Gesetz zur Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls der Beteiligten; man wünschte jedoch noch keine positiven Abänderungsvorschläge zu machen, vielmehr erschiene es zweckmäßig sich hierüber in einem kleinern Ausschuß zu unterhalten. Zum Tarifvertrag wie auch zum Schlichtungswesen im allgemeinen seien die Spitzenverbände der Arbeitgeber durchaus positiv eingestellt. Sie gäben aber vereinbarten Schlichtungsstellen den Vorzug vor der staatlichen Schlichtung.

Einige Wochen später reichten dann die Arbeitgeber auch besondere Vorschläge für eine Änderung der geltenden Schlichtungsordnung beim Arbeitsministerium ein. Sie gingen von dem Grundsatz aus, daß es nicht Aufgabe des Staats sei in die Sphäre privatwirtschaftlicher und privatrechtlicher Angelegenheiten, wie sie die Regelung der Arbeitsbedingungen darstellten, von sich aus zwangsweise einzugreifen. Das dürfe er nur dort tun, wo es sich um Fragen handle, die in ihrer Bedeutung nachweislich über den Kreis der wirtschaftlichen oder sozialen Interessen der Streitenden Parteien hinausgingen. Diese Voraussetzung liege in folgenden 2 grundsätzlichen Fällen vor:

1. bei Arbeitsstreitigkeiten in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben,
2. bei Streitigkeiten, »welche die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeiten der Gesamtbevölkerung bedroht sind«. Diese Einschränkung der Verbindlichkeitserklärung sollte die Grundlage von Vorschlägen für das Verfahren bilden, unter denen eine solche Erklärung erfolgen sollte. Dazu sollte eine zentrale Reichsschiedsstelle errichtet werden, deren Vorsitzender mit Zustimmung beider Parteien für einen längeren Zeitraum mit weitgehender Fundierung seiner Stellung zur Sicherung seiner Objektivität und Unabhängigkeit ernannt werden sollte. Dieser Schiedsstelle war die Aufgabe zugeordnet auf Antrag einer der Parteien oder der Reichsregierung zunächst das Vorliegen der Zuständigkeitsvoraussetzungen für eine etwaige Verbindlichkeitserklärung und sodann, bei Bejahung dieser Frage, materiell die Richtigkeit des gefällten Schiedsspruchs nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite hin zu prüfen. Wenn diese Frage von der Reichsschiedsstelle bejaht wurde, sollte der Spruch der Reichsregierung zur Verbindlichkeitserklärung empfohlen werden. Die Verbindlichkeitserklärung sollte durch die Reichsregierung ausgesprochen werden, als Akt der Staatshoheitsverwaltung, da der Zwangseingriff nur dort in Frage kommen dürfe, wo unmittelbar das vom Staat zu schützende allgemeine Interesse auf dem Spiel stehe.

Ich habe im Januar 1929 im Magazin der Wirtschaft die am Schlichtungswesen geübte Kritik und die Vorschläge zu seiner Änderung eingehend besprochen und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die gesetzliche Regelung einer Änderung nicht bedürfe, um den an sie gestellten Ansprüchen zu genügen. Ich habe anerkannt, daß die Verbindlichkeitserklärung nur die Ausnahme bilden dürfe. Gesetzlich ist auch seitdem am Schlichtungswesen nichts geändert worden. Nur hat die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts in dem bekannten Streitfall über die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs durch mich im Oktober 1928 in der Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie eine Änderung insofern gebracht, als ein Schiedsspruch durch den Vorsitzenden eines Schlichtungsausschusses oder einer Schlichtungskammer allein für unzulässig erklärt wurde. Vorübergehend allerdings ist 1931 aus Anlaß des Streiks im deutschen Kohlenbergbau durch eine befristet erlassene Notverordnung die Fällung eines Schiedsspruchs durch 3 Unparteiische allein zugelassen worden.

In der Öffentlichkeit haben dann die Verhandlungen der Gesellschaft für Soziale Reform 1929 in Mannheim über die Reform des Schlichtungswesens weiteste Beachtung gefunden. Dabei wurde besonders die Frage erörtert, inwieweit die Zwangsschlichtung eine bedenkliche Gefährdung des Verantwortungsgefühls der Vertreter der wirtschaftlichen Organisationen zur Folge habe. Der Vertreter der Arbeitgeber Heinrich Grauert erklärte das Kampfrisiko »angefichts der sich ungefähr die Waage haltenden Machtverhältnisse

der Parteien« für einen »ausreichenden Regulator«. Als diese Worte gesprochen wurden, konnte man von einem sich die Waage haltenden Machtverhältnis zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden vielleicht reden. Aber inzwischen ist die Wirtschaftskrise über die Welt dahingezogen, mit dem Ergebnis einer nie gekannten Arbeitslosigkeit auch für Deutschland. Und seitdem ist bei den Arbeitgebern das Verlangen nach Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung wieder viel stärker geworden als zuvor. Auch die Tarifwilligkeit ist auf Unternehmerseite sehr wesentlich geschwächt, und diese Tatsache hat dazu geführt, daß die Absicht die Verbindlichkeitserklärung wesentlich einzuschränken nicht restlos durchgeführt werden konnte. Sollte nicht eine einseitige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmerseite erfolgen, dann mußte der staatliche Zwang eingesetzt werden, um für die Arbeiter die ihnen in der Verfassung verbürgte gleichberechtigte Mitwirkung bei dieser Festsetzung auch wirksam werden zu lassen. Alle Arbeitsminister: Heinrich Brauns vor mir, ich selbst und mein Nachfolger Adam Stegerwald, haben sich bemüht Verbindlichkeitserklärungen einzuschränken, soweit es nur irgend möglich war. Aber das Gewicht der sich aus der wirtschaftlichen Situation ergebenden Tatsachen ließ den Willen sich nicht restlos durchsetzen. In seinen Vorlesungen hat der Staatsrechtler Walter Jellinek das Gewicht solcher Tatsachen an einer kleinen Anekdote aus Österreich illustriert. Als der Kaiser Franz Joseph zur Regierung kam und den Wunsch äußerte, es möchte in Zukunft so und so regiert werden, nahm der zuständige Minister diesen Wunsch mit der Bemerkung zu den Akten: »Das haben seine Vorgänger auch alle gemocht.«

Der jetzt amtierende Reichsarbeitsminister aber möchte, der Tatsache der offenbaren Tarifunwilligkeit entgegen, die Verbindlichkeitserklärung ganz einschränken. Das ist auch durch meine Kündigung als Schlichter für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Grenzmark-Westpreußen besonders klar gewesen. Ich glaube über diese Tatsache der Kündigung ganz offen sprechen zu können, da ich mir ein ganz unbeeinflußtes Urteil auch in mich selbst betreffenden Fragen zutraue. Wie objektiv ich über die Frage des Schlichtungswesens denke, will ich nur kurz an Ausführungen dartun, die ich schon im Mai 1924 im Arbeitsrecht machte. Ich bezeichnete damals den staatlichen Zwang als vom Übel, »wenn er sich mühen würde konstruktive Formen zu erfinden, nach denen sich das wirtschaftliche Leben zu richten hätte, einerlei, ob die sozialen Voraussetzungen dazu vorhanden sind oder nicht«:

»Das grade ist die Aufgabe des Schlichters den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft gerecht zu werden. Man kann schon eigne Ansichten haben über die zweckmäßige Gestaltung der Wirtschaft und sich doch auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen. Ein Schlichter, der meint seine eignen wirtschaftspolitischen Ansichten bei den ihm obliegenden Aufgaben zur Geltung bringen zu sollen, soll seine Hände von diesen Aufgaben lassen: denn dann wird er ihnen nicht gerecht und kann ihnen nicht gerecht werden. Er soll in seinem Amt nicht Wirtschaftspolitiker sein sondern Praktiker, der die Parteien zusammenbringt. Das kann er nur, wenn er nicht nur über den Parteien zu stehen sucht sondern wirklich steht. Auch nicht nur unbewußt soll er sich zum Vertreter von Parteiinteressen gebrauchen lassen. Die Gefahr, daß dies der Fall ist, ist freilich dann gegeben, wenn er sich der Grenzen des eignen Willens und Könnens nicht stets und immer bewußt ist. Einem Schlichter, der sich seiner Aufgabe voll bewußt ist, wird man auch die Entscheidung über die Verbindlichkeit eines Schiedspruchs in die Hand geben können. Natürlich nicht seiner eignen Schiedsprüche; der der Schlichtungsausschüsse seines Bezirks.«

Von diesem Grundplatz bin ich auch in den mehr als 8 Jahren, die seitdem verfloßen sind, nicht abgewichen, und ich glaubte auch davon trotz dem

Wunsch des jetzigen Ministers nicht abweichen zu können. Das ist der Grund meiner Kündigung gewesen. Mir ist diese ohne Begründung ausgesprochen worden, aber ich finde eine solche in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 4. August 1932, in der ein kurzer Abschnitt mit der Überschrift Abschied von Wisell die Gründe meiner Entlassung wie folgt darlegt:

»Während seit dem Amtsantritt von Minister Schäffer ein Verzicht auf die Verbindlichkeitserklärung und eine klare Zuschreibung der Verantwortlichkeiten auf die Tarifparteien zu verzeichnen ist, war es Herr Wisell, der entgegen dieser Linie in den letzten Wochen Schiedsprüche wieder für verbindlich erklärt und damit manche Verwirrung in den beteiligten Kreisen angerichtet hat. Die Kündigung setzt diesen Konflikten ein Ende. Die Lehre aber aus all den Vorgängen liegt darin, daß ein Schlichter niemals einseitiger Parteipolitiker oder Interessenvertreter sein darf sondern das Vertrauen beider Gruppen besitzen muß. Wir hoffen, daß diese Lehre bei der Wahl des Nachfolgers von Wisell beherzigt wird.«

Daß die Deutsche Allgemeine Zeitung die Tatsache von mir ausgesprochener Verbindlichkeitserklärungen kennt, läßt den Schluß zu, daß sie sich auf Informationen der maßgebenden Stelle stützt. Der indirekt erhobene Vorwurf der einseitigen Parteipolitik und Interessenvertretung erledigt sich schon durch meine Ausführungen aus dem Jahr 1924.

Die Tagespresse der Sozialdemokratischen Partei und eine Reihe von Gewerkschaftszeitungen haben in letzter Zeit einen Aufsatz gebracht, der sich auf eine Rundfrage bei den Gewerkschaften über die von mir ausgesprochenen Verbindlichkeitserklärungen stützt und die Begründung der Verbindlichkeitserklärung behandelt. Ich will auf diesen Artikel verweisen und nur hervorheben, daß es sich in jenen Fällen stets um offensichtliche Tarifunwilligkeit handelte, bis auf einen Fall, wo ein Streik im Berliner Speditionsgewerbe ausgebrochen war, und die drohende Lahmlegung des Berliner Hafenverkehrs aus öffentlichen Gründen die Beilegung des Streiks durch die Verbindlichkeitserklärung geboten erscheinen ließ. In 2 der in Betracht kommenden Verbindlichkeitserklärungen hatten die Arbeitgeber sogar verflucht ihre Tarifunfähigkeit durch eine Änderung der Satzungen herbeizuführen, allerdings mit einer Begründung, die die bloße Tarifunwilligkeit offenbar machte.

Der neue Kurs des Arbeitsministeriums, der die generelle Nichtanwendung der Verbindlichkeitserklärung will, öffnet der in Arbeitgeberkreisen weit verbreiteten Tarifunwilligkeit sperrangelweit das Tor, er verletzt den Grundsatz, daß die Durchführung eines Schiedspruchs, seine Billigkeit vorausgesetzt, aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht nur erforderlich sein kann sondern geradezu geboten ist. Aber dieser neue Kurs genügt manchen Unternehmern nicht. Der Appetit scheint auch hier mit dem Essen zu kommen. Die Deutsche Bergwerkszeitung hat in der Tat schon betont, daß die Praxis des Reichsarbeitsministeriums das sichtbare Zeugnis für viele durchgreifende Reformen sei, wie sie etwa die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen *einleiten* könnte:

»Weitgehender Verzicht auf die Anwendung der Verbindlichkeitserklärung, wie wiederholt festzustellen war, und ihre gänzliche Abschaffung bedeutet nämlich keineswegs das selbe. Verzicht hebt eine Rechtsituation nicht auf, die unheilvoll genug zum Schaden aller gewirkt hat und wieder wirken kann, sobald im politischen Spiel die Kräfte und Größen wechseln sollten. Will man einer Wiederholung von Gefahren in Zukunft vorbeugen, will man eine Neuauflage der Mißgriffe der Vergangenheit zum mindesten erschweren, so heißt es jetzt ganze Arbeit machen und sich nicht begnügen mit den Möglichkeiten der Anwendung des bestehenden, einem überwundenen Geiste entsprechenden Rechts.«

Ende September läuft eine große Anzahl von Tarifverträgen ab. Mit Sicherheit ist zu erkennen, daß bei der jetzigen Praxis des Arbeitsministeriums ihrer viele nicht werden wieder zustande kommen. Das wird für den Winter, dem wir mit einer noch größern Arbeitslosigkeit als bisher entgegengehen, für Hunderttausende von Arbeitern Arbeitsbedingungen bedeuten, die gradezu katastrophal werden müssen. Wir hören jetzt sogar schon von der Ablicht Tarifverträge zugunsten von Werkvereinbarungen abdingbar zu machen, das heißt also nicht nur Beseitigung von Tarifverträgen sondern auch die Möglichkeit des Einbruchs in noch zustande kommende Tarifverträge. Ob sich eine solche Praxis nicht noch bitter rächen wird? Nach dem Anschauungsunterricht, der heute den deutschen Arbeitern zuteil wird, wird eine Zeit von Kämpfen kommen, die die Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft ziehen werden. Der Staat gibt ein wesentliches Hoheitsrecht preis, wenn er die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geltenden Rechte und das allgemeine Wohl nur durch den wirtschaftlichen Machtkampf erledigen lassen will.

Die Septemberverordnung des Kabinetts von Papen greift, allerdings in anderer Weise als eben angedeutet, in bestehende Tarifverträge ein, sie gehört also in ein anderes als das hier behandelte Gebiet. Jedoch gehört hierhin die durch die neue Notverordnung den Schlichtern zugewiesene Sonderaufgabe. 3mal sind im Lauf von beinahe 9 Jahren den Schlichtern besondere Aufgaben gestellt worden. Nach der Arbeitszeitverordnung vom Jahr 1927 hatte bei Nichteinigung der Parteien der Schlichter die Überstundenentschädigung festzusetzen, die im Regelfall 25 % betragen sollte. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 übertrug ihm, bei Streit der Parteien über die vorgeschriebene Minderung der tarifgebundenen Löhne und Gehälter, die bindende Festsetzung dieser Löhne und Gehälter. Handelt es sich hier um Aufgaben, für die klare gesetzliche Grundlagen vorlagen, so ist die durch Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 4. September 1932 den Schlichtern zugewiesene wesentlich anderer Art. Diese Verordnung gibt tarifgebundenen Arbeitgebern die Berechtigung unter bestimmten Voraussetzungen die Tariflöhne und Gehälter zu mindern. Der Schlichter ist hierbei insofern eingeschaltet, als er den Arbeitgebern diese Berechtigung ganz oder teilweise entziehen und Arbeitgebern von Saisonbetrieben diese Berechtigung erteilen kann. Weiter aber auch soll er für »besonders gefährdete Betriebe« die Tariflöhne bis zu 20 % senken können. Ganz abgesehen davon, daß den Schlichtern die Zeit fehlen wird die besondere Gefährdung eines Betriebs erschöpfend festzustellen, erhalten sie hier eine Aufgabe, die ihre Hauptfunktion: das Zustandekommen von Tarifverträgen zu fördern, in erheblichster Weise erschweren kann und wahrscheinlich auch erschweren wird. Nur in Ausnahmefällen stehen heute die Tariflöhne noch über dem Stand vom 10. Januar 1927⁴. Wenn diese Löhne noch bis zu 20 % gesenkt werden können, um besonders gefährdete Betriebe konkurrenzfähig zu machen, so kann daraus der Mehrzahl der tarifgebundenen Betriebe des gleichen Gewerbes ein Wettbewerb erwachsen, so daß die ohnehin schwache Tarifwilligkeit ganz getötet würde.

Aber dieses Gebiet gehört ja nicht zum hier behandelten Thema.



4) Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sah ihn für die untere Grenze der angeordneten Lohnsenkung vor. In Wirklichkeit aber war, da das Jahr 1926 ein Krisenjahr mit über 2 Millionen Arbeitslosen war, das in vielen Fällen der Stand der Tariflöhne von 1925.

JULIUS KALISKI · WIRTSCHAFTSPLÄNE UND WIRTSCHAFTSPLANUNG



ON allen Regierungen seit dem Jahr 1918 ist das deutsche Volk mit Eifer in den Glauben versetzt und dauernd in ihm bestärkt worden, daß alles Unheil *von außen* über uns gekommen ist. Alle Parteien, Bünde und Gruppen waren willige Träger dieser Lehre, woran auch Meinungsgegensätze, Interessenkämpfe, Unterstellungen und gegenseitige Beschimpfungen nichts änderten. Durch das Vergleichsabkommen von Lausanne war die Möglichkeit einer Geistes- und Kursänderung gegeben, aber eben nur die Möglichkeit. In dieser Richtung könnte auch die Verordnung der Regierung von Papen vom 4. September 1932 mit ihren Steuernachlässen und Beschäftigungsprämien gedacht sein, wie stark auch immer der Widerspruch gegen den sachlichen Inhalt der Verordnungen, ihrer objektiv unsozialen Tendenz wegen, sein muß. In der Erwartung eines Umschwungs der Weltkonjunktur zur Besserung wird der Steuernachlaß zu einer Kredit- und Geldschöpfung bis zum Betrag von 2,2 Milliarden Mark, die den Betrieben bei Zahlung der Umsatzsteuer, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer in Höhe von 40 %, bei der Beförderungssteuer in voller Höhe als Steuergutscheine zufließen sollen. 700 Millionen davon entfallen auf Prämien für Mehrbeschäftigung von Arbeitern in den Betrieben; Hauswirtschaft, Heimarbeit und Hausgewerbe ausgenommen. Selbstverständlich ist es Absicht dieses Systems durch Verkauf oder Lombardierung der Steuergutscheine den beteiligten Unternehmungen Bargeld zuzuführen, denn sonst hätten sie ihren Zweck verfehlt. Erhalten die Kassen der einzelnen Betriebe ihre Zuschüsse zum Betriebskapital aus der Mobilisierung der Steuergutscheine, dann ist die Ankurbelung vollzogen, der Strom einer aufsteigenden Weltkonjunktur soll vollenden, was hier begonnen ist. Was aber geschieht, wenn die Hoffnung auf eine Wendung der Weltkonjunktur trügt? Nirgends in Deutschland ist die unumstößliche Tatsache ausgesprochen worden, daß auch eine Besserung der Weltkonjunktur die deutsche Wirtschaft aus ihrem Verfall nur herausreißen kann, wenn die deutsche Außenpolitik eine Beruhigung und Sicherung unserer europäischen Beziehungen bewirkt, daß die deutsche Außenpolitik sogar eine Voraussetzung für den Umschlag der Weltkonjunktur bildet. Ausgangspunkt bleibt die Verständigung Deutschlands mit Frankreich. Ohne diese Lösung wird der Zerletzungsprozeß in unserer Wirtschaft nicht unterbunden, geschweige denn überwunden werden. Er ist nämlich selber ein Ergebnis des deutsch-französischen Gegensatzes.

Was im Zeichen des Unvermögens zur Führung der Geschäfte der Nation angerichtet worden ist, hat auf dem Gebiet der Wirtschaft zu den furchtbaren Entartungen geführt, die mit Stimmungsmitteln nicht zu heilen sind. Die Stimmung in Industrie, Banken und Handel ist ja wohl durch die Darbietungen der letzten Notverordnungen angeregt worden, wie denn im Leben stets große Geschenke angenehm empfunden werden. Es kommt nur darauf an, was aus den Milliarden Gaben gemacht wird. Ohne Widerspruch wurde berichtet, daß die Form der jüngsten Krediterschöpfungen (die offenbar so heißen, weil sie keiner schöpferischen Leitung entspringen: *lucus a non lucendo*) den Anregungen des Leiters des Instituts für Konjunkturforschung entsprungen ist, des selben Instituts, das kürzlich folgende Überblick über die Sachinvestitionen der deutschen Wirtschaft gab, in Milliarden Mark berechnet:

Jahr	Neuanlagen	Ersatzanlagen	Neu- und Ersatzanlagen	Vorratsänderungen
1924	2,7	5,1	7,8	+ 5,5
1925	4,5	5,8	10,3	+ 2,7
1926	5,2	6,1	11,3	— 2,5
1927	7,2	6,5	13,7	+ 4,1
1928	7,3	7,0	14,3	+ 2,6
1929	6,0	6,8	12,8	— 1,0
1930	3,4	6,8	10,2	— 4,0
1931	—	—	6,5	— 5,0

Von den 80 Milliarden Neu- und Ersatzanlagen, die in den ersten 7 Jahren seit Stabilisierung der Reichsmark geschaffen worden sind, entfallen 33 Milliarden auf Industrie, Versorgungsbetriebe und Verkehr, rund 15 auf die öffentliche Verwaltung, 16 auf den Wohnungsbau, aber nur 6 auf die Landwirtschaft. In dem schlechten Jahr 1926 sind nur die Vorräte gesunken, Ersatz- und Neuanlagen aber weiter gestiegen. Die gegenwärtige Depression dagegen wirkt sich in Vorratshaltung und in sonstigen Investitionen gleichmäßig aus: »Die obigen Ziffern zeigen, daß schon eine Wiederaufnahme der normalen Ersatzbeschaffungen wesentlichen Industriezweigen einen kräftigen Antrieb verleihen könnte. Man wird aber bei der Beurteilung der zukünftigen Ausichten den *Strukturwandel* der Industrie in Rechnung stellen müssen. Soweit sich die Neuanlagen der letzten Jahre als *Fehlinvestitionen* herausgestellt haben, sind sie nicht "erneuerungswürdig", schaffen also keinen Bedarf für *Ersatzanlagen*. Umgekehrt aber hat eine gesunde Volkswirtschaft, sobald sie von unnatürlichen Fesseln befreit ist, den Trieb zu natürlichem Wachstum. Auch ohne das Expansionstempo der früheren Hoch- und Überkonjunktur wieder aufzunehmen, wird man *Neuanlagen* schaffen, um technische Fortschritte wirtschaftlich auszuwerten, um einzelne Betriebe zu stärken oder völlig neue Produktionszweige aufzubauen.«

So der Kommentar, den das Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung jenen Angaben am 8. September folgen ließ. Wie unbegründet diese Hoffnungsreude ist, ergibt sich schon bei der Erinnerung daran, daß die Aufblähung der Wirtschaftsapparatur durch die ungeheuren Investitionen, die nach der gegebenen Statistik seit 1924 mehr als 80 Milliarden Mark betragen, durch Ersatzarbeiten nicht erträglicher und produktiver werden kann. Was soll die Zuführung von einigen Milliarden neuer Betriebsmittel eigentlich herbeiführen? Mehrbeschäftigung und Einstellung neuer Arbeiter, die ebenso sinn- und zweckwidrig beschäftigt werden können wie vorher, als sie die eben aufgezählten Investitionen mittschaffen halfen. Da man ständig betont, daß die Privatwirtschaft unvermindert erhalten bleiben soll, wird niemand sich der angedeuteten Entwicklung entgegenstellen. Den Reichskanzler Franz von Papen bedrücken anscheinend diese Gefahren, die er offenbar durch den Appell bannen will, den er in seiner im Reichstag nicht gehaltenen und im Rundfunk nachgeholtten Rede an die Wirtschaft richtete:

»Die Reichsregierung erwartet von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalten. Sie wird mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen. Lassen Sie mich das eine noch mit vollem Nachdruck unterstreichen: Mißlingt der Plan der Reichsregierung über die Privatwirtschaft organisch die deutsche Wirtschaft wieder zu beleben und ihre volle Leistungsfähigkeit zurückzugewinnen, dann ist das deutsche Unternehmertum verloren. Dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Bereich der Wirtschaft dem staatlichen Machtbereich unterwerfen wollen. Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eignen Nutzen denkt und nicht an das große Ganze, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance ergreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt sondern zurückhaltend abwartet!«

Über die Wirkungen seiner so ernst vorgetragenen Mahnungen und Drohungen sollte sich der Reichskanzler nicht täuschen. Die individualistische Wirtschaft verfährt immer nach der Rechnung, daß alles am schönsten geordnet wird, wenn das geschieht, was dem einzelnen Betrieb am besten bekommt. Gerade darin sollte ja auch der besondere Sinn der Ankurbelungsmethode der letzten Verordnungen bestehen. Auf diese Weise hat die Wirtschaft indessen grade über 80 Milliarden Mark seit 1924 mit dem leider zu bekannten Effekt "investiert". Diese Summe deckt sich keineswegs mit den entsprechend herausgewirtschafteten Überschüssen, ganz abgesehen davon, daß die Statistik nur einen Teil der Investitionen erfaßt haben kann. Man muß die Beträge abziehen, die als Auslandskredite hineinfließen und hier vermauert wurden. Andererseits sind die offenen Auslandsguthaben Deutschlands in Rechnung zu stellen, schließlich auch die versteckten, aus Kapitalflucht herrührenden Guthaben, denen man bei uns rührende Uninteressiertheit entgegenbringt.

Alles dies kann jedoch erst voll gewertet werden, wenn man jene Beträge mit einstellt, die der Wirtschaft in den Jahren von 1919 bis 1923 zugeflossen sind. Sehr zu Unrecht wird der Inflation hierbei die Rolle der alles zudeckenden Nächstenliebe gegeben. Daß mit den damals schon überfüllten Investitionen die Expropriation eines großen Teils des Volks Hand in Hand ging, verschärft den Charakter dieser Bewegung und sollte der Vergessenheit entriffen werden. Das Schlimme Glanzstück jener Periode ist der Ruhrkrieg mit seinen furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und auch moralischen Folgen für die deutsche Gesamtheit. Nichts ist aus solchen Erfahrungen gelernt und nichts gebessert worden. Mit Bedacht und aus Ahnungslosigkeit wird das Märchen von den katastrophalen Ergebnissen einer sozialisierten Wirtschaft Deutschlands eindringlich und planmäßig verbreitet: einer sozialisierten Wirtschaft, die niemals bestanden hat. Gewütet hat eine wilde Wirtschaft, die in ihren kapitalistischen Exzessen sich schlechthin aller staatlichen Mittel bedienen konnte. Die so geartete Privatwirtschaft unterscheidet sich von der öffentlichrechtlichen Wirtschaft nur durch die absolute Verantwortungslosigkeit, mit der sie ihre Geschäfte betreiben kann. Für die Führer dieser Geschäfte, denen man den wahrscheinlich unkündbaren Titel als Wirtschaftsführer verliehen hat, fällt überdies meist jedes Unternehmerrisiko fort, die eignen Gelder kommen in den von ihnen geleiteten Unternehmungen gar nicht oder nicht nennenswert in Betracht, so daß die Hemmungslosigkeit in ihren wirtschaftlichen Handlungen gradezu durch Prämien gefördert wird.

Man wird dem Reichskanzler glauben dürfen, daß er diese Zustände weder erhalten noch gefördert wissen will. Aber auf die Motive kommt es nicht an sondern auf die Wirkungen einer Aktion. Als es möglich war Deutschland als Nation zu konstituieren, tat man es nicht. Noch wäre es möglich eine Verantwortung für wirtschaftliches Handeln zu begründen, indem die Wirtschaft konstituiert wird. Die Notwendigkeit das zu tun ist nicht erst heute erkannt worden, auch waren die Wege zu diesem Ziel keineswegs unbekannt. Vor Kriegsende schon wurden hier die Grundlagen für den Aufbau der Wirtschaft geschaffen, wurde deren organische Gestaltung als Voraussetzung einer Neubildung unseres Lebens nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch gefordert. Die für die Führung verantwortlichen Kreise verschlossen sich damals der Erkenntnis. So blieb es bis zur Stunde, jede Regierung blieb darin ihrer Vorgängerin treu, und immer mit dem selben Erfolg.

Die zur Führung der Wirtschaft Berufenen konnten nur die Berufe selber sein. Alle Angehörigen eines Gewerbes bilden nach jenem Grundriß eine Korporation; ihre Vertretung ist der Produktionsrat, aus Betriebsleitern und Delegierten der Arbeiter und Angestellten paritätisch zusammengesetzt. Die Heranziehung der Leitenden und der Ausführenden zur Gestaltung ihres Gewerbes ist also das Kennzeichen der Korporation, die die Verantwortung für die Formung der Schaffenskräfte allen Schaffenden überträgt. Wird jedes Gewerbe so durch seine Korporation repräsentiert, so repräsentieren die Korporationen gemeinsam die Gesamtwirtschaft. Für die Initiative der Betriebsleiter ist in den von ihnen geleiteten Betrieben ein unbefchränkter Spielraum gegeben, dem eine Grenze nur das Schickfal des Gesamtgewerbes setzt. Die Aufgaben solcher Korporationen sind 3facher Art: Sie fungieren als oberste Führung des Gewerbes, als Steuergemeinschaften, als Gruppenträger zur Bildung einer Kammer der Arbeit als einer dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts gleichberechtigten, gesetzgebenden Körperschaft. Für die Landwirtschaft gilt naturgemäß diese Errichtung von Korporationen ebenso wie für Industrie, Gewerbe und Handel, Verkehr und Freie Berufe. Von diesem Gesichtspunkt aus wird jede Maßnahme der Innenwirtschaftspolitik zu prüfen sein: Läßt sie sich dem korporativen Aufbau eingliedern und anpassen, so erweist sie sich als förderndes Element, das Gegenteil kennzeichnet sie als Störung in der Fortentwicklung der Wirtschaft. (Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, daß die Gewerkekorporationen als Steuergemeinschaften vor allem die Einbringung der Umsatzsteuer zu betreiben haben werden, da die Umsatzsteuer als volkswirtschaftlich zweckmäßigste Steuer gelten darf, deren Erhebung das Steuerwesen gewaltig vereinfacht.)

Lohnfragen bleiben den Organisationen der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, und den Unternehmerverbänden überlassen. Die Aufgaben dieser Klassenvertretungen erhalten angesichts der gemeinschaftlichen Produktionsführung durch Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellte eine Basis erhöhter Sachlichkeit. In einer Arbeit über Lohnhöhe und Wirtschaft, die jüngst in der Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstags erschien, sieht Karl Heinrich Rieker den Hauptgrund der Massenarbeitslosigkeit in der Störung ausreichender Kapitalbildung durch die Lohnpolitik der letzten Jahre: »Der größte bisher gemachte Versuch die Lohngestaltung von den wirtschaftlichen Gegebenheiten loszulösen ist gescheitert. Das bedeutet keine Rückkehr zu den Lehren der klassischen Nationalökonomie, etwa zum Produktionskostengesetz Ricardos. Es bedeutet nur, daß Lohnpolitik nicht unabhängig von den Gesetzen der Nationalökonomie als reine Machtpolitik getrieben werden kann.«

Rieker, der sich übrigens keineswegs für niedrige Löhne einsetzt, sieht in seiner (lesenswerten, weil sachlich gehaltenen) Schrift nur *einen* Punkt, und darunter leidet sein Urteil. Daß die Lohngestaltung durch Machtpolitik seit 1918 oft und erheblich bestimmt worden ist, soll nicht bestritten werden. Aber ein Vorwurf gegen jene Machtpolitik ergibt sich lediglich daraus, daß sie *nur* die Lohngestaltung beeinflusste, also nur einen einzelnen Teil des Wirtschaftsprozesses, und nicht die Gesamtwirtschaft, indem sie sich verlagte den wirtschaftlichen Umbau durchzusetzen. Daß heute Direktoren und Aufsichtsräte aus Industrie, Banken und Handel von der Arbeiterklasse im Interesse ausreichender Kapitalbildung niedrigere Löhne verlangen, sollte sich angesichts der unverantwortlich hohen finanziellen Belastung unserer größten Unternehmungen durch Gehälter, Tantiemen und Provisionen der maßgebenden Verwaltungsmitglieder eigentlich von selbst verbieten.

Niemals wird der Wirtschaftsaufbau privatgeschäftliche Angelegenheit sein. Entweder umfaßt er alle Schaffenskräfte des Landes, oder wir bleiben dem wachsenden Chaos verfallen. Was *von selbst* kommt, kann nur der Zusammenbruch sein. Ein Umbau der Wirtschaft muß konstruktiv erarbeitet werden, mit den Korporationen, die allein auch die Durchführung eines Arbeits- und Lohnausgleichs ermöglichen würden, als Fundament. Voraussetzung für diesen Aufbau bleibt die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, deren Kern die deutsch-französische Zusammenarbeit bildet. Das von Frankreich aufgestellte Programm einer Annäherung der agrarischen Balkanstaaten an die Industrieländer Kontinentaleuropas gibt gerade in diesen Tagen durch die Verhandlungen in Stresa erneute Möglichkeit sich von einer andern Seite aus dem für Deutschland lebensnotwendigen Ziel der europäischen Einigung zu nähern. Stresa könnte, wenn das Wirtschaftsgewissen das Wort behält, und die sich dort anbahnende französisch-deutsche Kooperation nicht durch dritte Mächte konterkariert wird, ein europäisches Ottawa werden, der Beginn einer Zusammenfassung unseres Kontinents. Die so geschaffene Wirtschaftseinheit gibt erst den Raum für die soziale Auseinanderetzung der Klassen, die dann nicht mehr durch Ablenkung auf ein (künstlich angefachtes) Ressentiment hintangehalten wird, wie man es in Deutschland in all den Nachkriegsjahren mit Erfolg fertiggebracht hat. Der Klassenkampf als Weg zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft kann sein Ziel nur auf den Gebieten der großen Wirtschaftsimperien, der Gestaltungen des Weltsozialismus, erreichen. Für die Arbeiterklasse Deutschlands muß es also heißen: Nur *die* Politik ist fruchtbar, die uns den Vereinigten Europäischen Kontinent erschließt.

HERMAN KRANOLD · DIE LEHRE VON OTTAWA



ENOSSE Lord Sydney Olivier erzählt hier in seinem letzten Aufsatz die lehrreiche Geschichte von dem Professor Middleton aus dem britischen Landwirtschaftsministerium, der im Jahr 1917 die deutsche Agrarpolitik den Engländern darstellte¹. »Middletons Lob einer entschlossenen staatlichen Agrarpolitik in Verbindung mit Protektionismus war damals einigermaßen unorthodox und ketzerisch aus der Feder eines Berufsbeamten in einem individualistisch-kapitalistischen Staat.« Das ist, aus dem Mund eines der bedeutendsten englischen Sozialisten, ein Schlußwort zur Ära des britischen Freihandels. Wer nach den Ereignissen zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahres noch einen Zweifel darüber hatte, ob die Zeit des Freihandels für England vorüber sei, der muß diesen Zweifel fallen lassen, seitdem die wirtschaftliche Reichskonferenz in Ottawa pünktlich zum vorgesehenen Termin mit der Unterzeichnung von Verträgen zwischen England auf der einen, Australien, Canada, Indien, Neufundland, Neuseeland, Südafrika und Südrhodesien auf der andern Seite sowie einer Reihe von Verträgen zwischen den Gliedstaaten des Reichs endete².

1) Siehe *Olivier Empiresozialismus und Weltsozialismus*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 669.

2) Mit Irland, das gleichfalls die Rechtsstellung eines Dominions hat, sind keine Verträge abgeschlossen worden, obwohl Irland in Ottawa vertreten war, und mit ihm auch fortlaufend verhandelt wurde; der zwischen dem Vereinigten Königreich und Irland zurzeit spielende Zollkrieg ist noch nicht entscheidungsreif, weil die ihm zugrunde liegenden Motive ihre Wirkungskraft auf beiden Seiten noch nicht erschöpft haben. Soweit die Verträge von Ottawa Verpflichtungen des britischen Mutterlands darstellen, gelten sie gleichzeitig auch für die Kolonien, Schutzgebiete und Mandate des Britischen Reichs, das heißt für die Teile, die zentralistisch von London aus regiert werden. Hierzu gehören zum Beispiel die britischen Gebiete in Mittelafrrika, in Hinterindien, Ceylon, Palästina und die britischen Inseln im amerikanischen Mittelmeer.

Natürlich hat es auf der Konferenz das übliche Hin und Her gegeben. Jeder der Verhandlungsteilnehmer hat verflucht für das von ihm vertretene Gebiet möglichst viele Zugeständnisse der anderen herauszuholen. Da die Methoden der Geheimdiplomatie auf dieser Konferenz nur zum Teil beibehalten werden konnten, ging neben den eigentlichen vertraulichen Verhandlungen ein langes, weniger blendendes als vor allem tüchtig knatterndes Brillantfeuerwerk öffentlicher Sitzungen einher, in denen die Teilnehmer sich nach dem Vorbild des für diesen Zweck besonders geeigneten canadischen Ministerpräsidenten Richard Bennett gründlich die Meinung sagten (und manchmal wohl, um zu bluffen, mehr als das), und in denen jeder nach dem Vorbild des berühmten Pastors in Thomas Manns Buddenbrooks den anderen mit starker Stimme Mäßigkeit predigte. Die eigentlichen Verhandlungen waren in zahlreiche, mehr oder weniger vertrauliche Gespräche verlegt, und so wurde erreicht, daß das Interesse der Öffentlichkeit mit Sensationen in der Begleitmusik so freigebig gefüttert wurde, daß die eigentliche Melodie ungehört verklungen konnte. Die Zeitungen haben sich in ihren Kommentaren wohl oder übel mehr an die öffentlichen Konzerte als an die im geschlossenen Kreis veranstalteten Kammermusiknachmittage halten müssen. Sie haben uns an jedem ungraden Tag mit großer Regelmäßigkeit mitgeteilt, daß infolge der Unvereinbarkeit der Standpunkte der Teilnehmer der Verhandlungen der Kongreß demnächst in die Luft fliegen werde, und an den graden Tagen uns dann jedesmal wieder beruhigend wissen lassen, daß merkwürdigerweise die Konferenz immer noch nicht aufgefliegen sei; bis sie das positive Schlußergebnis mitteilen mußten. Auch nach der Konferenz sind die englischen Zeitungsmeinungen geteilt, ob die Verhandlungen für den oder jenen Partner einen Erfolg oder einen Mißerfolg brachten; nach den freihändlerischen Blättern und den oppositionellen Labourstimmen hat England nur Opfer gebracht, aber für sich nichts erreicht, die dem Schutzsystem freundlichen Blätter loben das Ergebnis.

Durch dieses vielfältige und nicht immer gut instrumentierte Orchester der Presse darf man sich nicht irritieren und für das Eigentliche taub machen lassen. Das Ergebnis weist, wie von vornherein erwartet werden mußte, einen Mittelweg zwischen den Sonderwünschen der einzelnen Reichsteile. Von der noch ausstehenden Veröffentlichung der einzelnen Vorzugszollsätze der Dominions für die Ausfuhr des Mutterlands wird man zwar eine Menge wirtschaftlich interessanter Einzelheiten, aber keine besondere Vermehrung unserer Kenntnis des weltwirtschaftlichen Charakters der Verträge von Ottawa erwarten dürfen, weil dieser heute schon in vollem Umfang und in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise feststeht.

DIE Verpflichtungen des Mutterlands³ stellen die Vollendung des Übergangs zum Schutzzoll mit Vorzugszöllen für die Gliedstaaten des Britischen Reichs dar, und zwar haben die Vorzugszölle numerisch überwiegend den Charakter einer 5jährigen Bindung (Fünfjahrpläne sind nun einmal seit einiger Zeit die große Mode und werden in den feinsten bourgeoisen und salonbolshewistischen Kreisen getragen) der sonst am 15. November ablaufenden Freiheit der Einfuhr aus den Dominions von den englischen Schutzzöllen, die im letzten Winter ein-

3) Eine knappe, sehr klare Darstellung der Tatsachen findet man bei Stolper *Ottawa*, im Deutschen Volkswirt 1932 Seite 1612; den in diesem Aufsatz ausgesprochenen Urteilen wird man sich freilich nicht anschließen können.

geführt wurden; auf eine wichtige Ausnahme hiervon werden wir noch zu sprechen kommen. Insofern war zunächst also Englands Zugeständnis nur eine Bestätigung und Verlängerung des bereits bestehenden Zustands. Auf der Liste der mit einem Zoll belegten Waren fehlte aber bisher noch eine Reihe von Artikeln, an denen wichtige Gliedstaaten des Reichs besonders stark interessiert sind. So war Weizen nur mit einer statistischen Gebühr belegt, jetzt ist ein Weizen Zoll Englands eingeführt, der knapp 35 Mark pro Tonne ausmachen dürfte. Dieser Zoll ist praktisch noch wichtiger als für die canadischen Exporteure, die ihn infolge der imperialen Präferenz nicht zu bezahlen brauchen, für den Weizenbauer im Mutterland, der auf diese Weise für seine wertvollste Körnerfrucht einen Zollschutz erhält, der bei den augenblicklichen Weizenpreisen als eine durchaus fühlbare Stütze bezeichnet werden muß⁴. Daß die Stütze des englischen Getreidebaus durch das Quoten System und die darauf beruhenden Zuzahlungen an die mutterländischen Landwirte aufgehoben seien, ist in den Berichten über Ottawa nicht zum Ausdruck gekommen. Für den aus den Gliedstaaten bezogenen Weizen ist eine Klausel eingeschaltet worden, nach der der Zoll für den reichsfremden Weizen und damit der den Gliedstaaten zugute kommende Vorzug der Zollfreiheit nur so lange bestehen soll, als Empireweizen zu Weltmarktpreisen in genügender Menge zum Verkauf in England angeboten wird. Selbst wenn man diese Klausel als vollwertig nimmt, bleibt dennoch für Australien und Canada der britische Weizenmarkt vorbehalten, und selbst unter dieser Bedingung wird also eine Besserung des Absatzes für den Weizen dieser beiden Länder auf den britischen Inseln der Menge nach erwartet werden dürfen. Da aber namentlich in Canada die großen genossenschaftlichen Spitzenorganisationen der Weizenbauer auf riesigen Mengen dieser Körnerfrucht infolge ihrer Stabilisierungsaufkäufe sitzen geblieben sind, ist es für sie schon von sehr erheblichem praktischen Nutzen, wenn sie diese Läger ohne Gefährdung des jeweils bestehenden Niveaus des Weltmarktpreises abstoßen können. In der selben Linie liegen gewisse neueingeführte Agrarzölle, zum Beispiel der 10prozentige Wertzoll auf Leinfaat zugunsten Britisch Indiens, der diesem indischen Produkt bei der englischen Margarine- und Ölkuchenfabrikation einen Vorsprung sichert. Ähnlich zu beurteilen ist der Wertzoll von 10 %, der zugunsten Südafrikas und Südrhodesiens auf Brauereimais gelegt wird. Ebenso wird ein Zoll für einen wichtigen Industrierohstoff, nämlich das Kupfer, neu eingeführt, und zwar in Höhe von rund 280 Mark pro Tonne, was bei dem gegenwärtigen niedrigen Kupferpreis den für einen Rohstoff ungeheuren Satz von 60 % des Werts ausmacht. Auch hier gilt die selbe Klausel über die Preise und Mengen des Kupferangebots wie beim Weizen. Da aber namentlich Südafrika und Südrhodesien einen stark erweiterungsfähigen Kupferbergbau haben, so bedeutet selbst mit dieser Klausel der Zoll, daß dem Kupfer aus dem belgischen Kongo der Weg ins Britische Reich so gut wie verschlossen sein wird, und daß in Südafrika der Konkurrenz der zeitlich erst viel später begonnenen britischen gegen die belgische Kupfergewinnung eine mächtige Stütze gegeben wird.

4) Die Wirkung der Präferenz hängt natürlich, da sie zum Teil einen Ausgleich für die ungünstige Frachtlage der wichtigsten canadischen Weizenanbaugebiete geben soll, und der Betrag der Präferenz von den weltwirtschaftlichen Schwankungen des Weizenpreises unabhängig ist, von der jeweiligen Preislage ab. Bei hohen Weizenpreisen, wenn also die canadischen Farmer gut verdienen und auch keine quantitativen Nöte haben, wird die Präferenz wenig fühlbar sein; ihre Bedeutung ist um so größer, je schlechter der Weizenpreis ist, je nötiger der Farmer also eine Stütze gebrauchen kann.

In einer Reihe von Fällen sind in England bereits bestehende Zölle erhöht worden, um den aus der Zollfreiheit für die Ausfuhr aus den Dominions sich ergebenden Vorsprung zu vergrößern. Bei Butter beträgt der Zoll jetzt etwa 11 Mark pro Zentner, bei Käse ist er nunmehr auf 15 % des Werts hinaufgesetzt worden, auf das Ei macht er nach den Beschlüssen von Ottawa 1 bis 2 Pfennig aus; daneben sind in dieser Weise Honig, eine Reihe von Frischobstsorten und Obstkonserve behandelt worden. Die Hauptnutznieser werden auch hier voraussichtlich Canada für Butter, Äpfel und Käse, Australien für Butter und Obst und Neuseeland für Käse sein. Da sich in diesen Gebieten erwiesen hat, daß das einseitige Vorwiegen einiger weniger agrarischer Produktionszweige und extensiver Wirtschaftsformen im Fall einer weltwirtschaftlichen Krise die Landwirtschaft fast wehrlos ins Elend stößt, und daß infolgedessen der Übergang zu größerer Vielfältigkeit und Intensität der agrarischen Produktion durch Ausbau der Veredlungswirtschaft dringend notwendig ist, werden diese Bestimmungen voraussichtlich sehr große praktische Bedeutung haben, zumal die hauptsächlich konkurrierenden Einfuhren von Butter, Käse und Eiern aus den klassischen Freihandelsländern des europäischen Festlands: Dänemark und Holland, durch diese Zollsätze auf dem britischen Markt so ziemlich außer Gefecht gesetzt werden dürften.

Für eine große Reihe von Waren bleiben die Vorzugsätze, die den Dominions jetzt zugute kommen, für die Vertragsdauer gebunden, so daß England seinen nicht zum Reich gehörenden Vertragspartnern in Handelsverträgen wegen dieser Artikel keine Zugeständnisse machen kann. Hierhin gehören Zucker, Weine und eine Reihe anderer Nahrungsmittel, daneben aber auch industrielle Rohstoffe, wie Zink, Blei, Leder und Albest, ferner zugunsten Canadas noch das sehr wichtige Holz. Für Tabak erhalten Canada und Indien sogar eine 10jährige Bindung ihres Zollvorzugs. Für ein anderes wichtiges Produkt der kolonialen Landwirtschaft, nämlich für Fleisch, hat man nicht den Weg gewählt einen Vorzugszoll zu schaffen, sondern man hat den wichtigsten fleischausführenden Dominions große Vorzugskontingente für Bacon, Schinken, Gefrierfleisch und Kühlfleisch eingeräumt, so daß namentlich die bisher große Einfuhr von kaltkonserviertem Fleisch aus Argentinien und Uruguay und an Räucherwaren aus Dänemark und den Vereinigten Staaten von Amerika einen schweren Stoß erhalten dürfte. Die Einzelheiten, wie die Kontingente ausgestaltet werden sollen, sind bisher nicht bekannt gegeben worden.

Der Gedanke des Dumping hat noch zu einem besondern Artikel 21 im englisch-canadischen Vertrag geführt, in dem eine sehr weitgehende Regelung dieser Frage zugunsten der Dominions getroffen wird. An sich versteht man unter Dumping bekanntlich, wenn man sich eines strengen Begriffs bedienen will, das Auskippen einer Ware ins Ausland unter den inländischen Herstellungskosten. In der populären Agitation spielt aber eine weitherzige Vorstellung von Dumping eine Rolle, die den Tatbestand dieses Begriffs schon als gegeben erachtet, wenn ein Produzent seine Ware im Ausland billiger verkauft als im Inland. Diese Lockerung des Dumpingbegriffs hat kaum noch Grenzen, da jedes billige Angebot, das gemacht werden muß, um eine Zollschranke zu überspringen, schließlich unter diesen Begriff fiel. In dieser weitesten Form ist der Dumpinggedanke auch in dem britisch-canadischen Vertrag nicht behandelt worden. Praktisch richten sich die Bestrebungen gegen die Einfuhr von Waren aus Rußland in das englische Mutterland, deren

Geftehungskoftenniveau infolge der Eigenart der ftaatlichen Kalkulationsmethoden in Rußland überhaupt nicht zu beurteilen ift. Man weiß nur, daß, wenn politifche oder wirtschaftspolitifche Zwecke verfolgt oder Devifen befehafft werden follten, die ruffifche Regierung jeden Preis nimmt, fei er auch noch fo phantafifch niedrig, zu dem fie hoffen kann ihre Ware im Ausland abzufetzen. Es handelt fih dabei praktifch in der Hauptfache um Weizen und Holz. In jenem Artikel 21 ift nun gefagt, daß künftig Einfuhrverbote vom Mutterland erlaffen werden, wenn die Wahrfcheinlichkeit befteht, daß eine im Vertrag gewährte Präferenz durch Regierungseingriffe eines andern Staats ganz oder teilweise zunichte gemacht wird.

Von den Verpflichtungen, die die Dominions in Ottawa übernommen haben, kennt man bisher nur die grundsätzlichen Formulierungen. Diefe gehen dahin, daß für die in den Dominions beftehenden Induftrien Zollfchutz nur eingeführt oder aufrechterhalten werden foll, wenn man annehmen kann, daß fie vernünftigerweife gefunde Erfolgsbedingungen haben; die Höhe des Zolls foll fo bemeffen fein, daß die englifchen Produzenten noch volle Gelegenheit zu vernünftigem Wettbewerb auf der Grundlage der relativen Koften einer wirtschaftlichen und erfolgreichen Erzeugung behalten; auf diefe auch für die mutterländifchen Erzeugniffe gültigen Zollfätze baut fih dann die Reichspräferenz auf. Darüber hinaus aber ift in einer großen Reihe von Fällen (in Canada zum Beifpiel für 220 Artikel des Zolltarifs) der bisher geltende Vorzugszoll zugunften Englands vergrößert, die Zölle und die grundsätzlichen 10 % des Werts betragenden Zollvorzüge für Waren englifcher Herkunft find für die Vertragsdauer in zahlreichen Fällen gebunden worden. Neufeeland hat (entfprechend der ungünstigen Frachtlage diefes Gliedstaats für die mutterländifche Induftrieausfuhr) die normale Höhe des Zollvorzugs für die englifchen Erzeugniffe fogar auf 20 % feftgefetzt. Die Zugeständniffe an England kommen auch den Kolonien, Schutzgebieten und Mandaten zugute. Die Lifte der einzelnen Waren und Zollfätze foll erft im Oktober bekanntgegeben werden, wenn die Parlamente der Dominions zur Befchlußfaffung über die Ratifizierung der Verträge zufammentreten.

Daß das britifche Mutterland bei den Verhandlungen nicht fo ganz fchlecht abgefchnitten hat, fondern namentlich die Sicherung feiner landwirtschaftlichen Erzeugung ausbauen konnte, geht, außer daraus, daß der Schutzzoll für landwirtschaftliche Erzeugniffe ganz allgemein auch die land- und forftwirtschaftlichen Erzeugniffe Großbritanniens und Nordirlands mitfchützt, vor allem auch daraus hervor, daß dem Mutterland das Recht zugebilligt ift nach Ablauf von 3 Jahren Zölle auf Milcherzeugniffe, Geflügel und Eier auch gegen die Gliedstaaten des Reichs einzuführen, und daß daneben das System der Einfuhrquoten für Weizen mit Garantie eines Mindestpreifes für den mutterländifchen Farmer beftehen bleibt. Macht England von diefem Recht auf Reichsbinnenzölle für Molkereierzeugniffe und Geflügel Gebrauch; fo muß es die gegen die Gebiete, die nicht dem Britifchen Reich angehören, gerichteten Zölle fo erhöhen, daß die beftehende Vorzugsfpanne zugunften der Gliedstaaten auch künftig beftehen bleibt.

Der Drang zum engern wirtschaftlichen Zufammenfchluß des Britifchen Reichs und zum Schutz der Landwirtschaft in Großbritannien und Nordirland hat also einen weitem großen Fortfchritt zu verzeichnen. Die Abneigung gegen

Lebensmittelzölle ist nicht bestehen geblieben; man hat freilich Auswege gesucht und vielleicht auch gefunden, um wichtige Lebensmittel, wie Brot, vor Verteuerung zu schützen. Nach dem ganzen Verlauf der Dinge kann aber kein Zweifel sein, daß, wenn sich künftig die Klausel vom Weltmarktpreis einerseits und der Zollschutz und der Vorzugszoll für die Dominions andererseits als mit einander unvereinbar erweisen sollten, die Klausel vom Weltmarktpreis das schwächere Element darstellen wird, zumal schon heute für eine große Reihe wichtiger Nahrungsmittel die Weltmarktpreisklausel nicht mehr vorgezogen ist. Insofern muß man, mit Oliviers Worten, allerdings sagen, daß man nun in England doch ein ganzes Stück in der Richtung weitergekommen ist »Landwirtschaft als ein Nationalinteresse ernstzunehmen«. Daß gerade die in der gegenwärtigen britischen Regierungskoalition zahlenmäßig führenden und durchaus kapitalistisch orientierten Konservativen Volltrecker einer Politik sind, die in der Tat sehr stark »nach sozialistischer Politik zur richtigen Entwicklung der englischen Landwirtschaft ausieht«, und daß außer einem Teil der Liberalen jetzt die Arbeiterpartei dagegen Opposition macht, ist freilich kein schlechter Witz der Weltgeschichte.



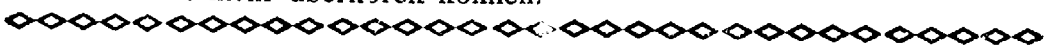
Wie sieht die Sache nun für uns Europäer aus? Am stärksten verhältnismäßig betroffen werden zunächst sicherlich diejenigen Länder, deren ganze Agrarpolitik seit Jahrzehnten darauf aufgebaut ist, daß der im Verhältnis zu ihnen riesenhafte Markt im Vereinigten Königreich zollfrei, unterversorgt, kaufkräftig und im nächsten Frachtradius vor ihren Exporthäfen lag, also Dänemark, Holland, Belgien und andere. In einem Aufsatz von Albrecht Magnus, der an genauem Zahlenmaterial für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Zink, Blei, Kupfer und Kohle die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit festlandeuropäischer Zollunionen und Präferenzbündnisse nachweist⁵, ist bei der Analyse der Landwirtschaft für Getreide und Fleisch eine ganz glatte Bejahung der Frage nach der Möglichkeit eines solchen Zusammenschlusses aller Staaten des europäischen Festlands (außer Rußland) begründet. Etwas anders urteilt Magnus aber über Butter, Eier und Käse. Dem britischen Einfuhrüberschuß von Butter in Höhe von 3,4 Millionen Doppelzentner im Jahr 1930 stand ein europäischer Ausfuhrüberschuß in Höhe von 1,7 Millionen Doppelzentner gegenüber, der fast ganz auf Dänemark allein entfiel. Magnus zieht daraus die Folgerung, »daß eine Butterzollunion für Europa ohne die nordischen Länder, mindestens ohne Dänemark, geschaffen werden muß, einmal um Dänemark nicht von seinem Hauptabgabengebiet zu trennen, und dann, um vom übrigen Europa den übermächtigen Einfluß der dänischen Butter fernzuhalten«. Nun, eine erhebliche Abschnürung Dänemarks von der britischen Butterversorgung ist durch die Ottawaer Beschlüsse wohl sicher hergestellt worden; es wird Sache der dänischen Agrar- und Handelspolitik sein die Konsequenzen daraus zu ziehen, die sicherlich zum Teil darin werden liegen müssen, daß die Art der Produktion in der dänischen Landwirtschaft zu einem erheblichen Teil wird umgestellt werden müssen. Denn die übrigen Länder des europäischen Kontinents werden in der Tat den Schutz ihrer landwirtschaftlichen Veredlungserzeugung gegen das Angebot dänischer Butter nicht aufgeben können, am allerwenigsten Deutschland, das ja grade jetzt erst durch die Kontingentierung

5) Siehe Magnus Kontinentaleuropäische Warenzollunionen in Zahlen, in der Europäischen Revue 1932 Seite 587. Das, was nachstehend am agrarischen Beispiel dargetan wird, braucht nicht erst für den Bereich der industriellen Interessen ausführlich wiederholt zu werden; die Sachlage ist ganz die selbe.

der Buttereinfuhr zu einem brauchbaren System des Schutzes der einheimischen Milchwirtschaft gekommen ist. »Ähnlich«, fährt Magnus fort, »liegen die Dinge in Eiern und Käse, nur daß hier neben Dänemark auch die Niederlande eine engere Beziehung zu Großbritannien als zum übrigen Europa haben.« Richtig. Und ähnlich sind deshalb auch die Folgerungen, vor allem die Klarstellung, daß als Wirtschaftsbündnis der Staaten des europäischen Festlands nicht ohne weiteres sofort der kontinentaleuropäische Freihandel angestrebt werden kann, sondern ein Zustand, bei dem eine gemeinsame Zollmauer den Kontinent umgibt, für zahlreiche einzelne Erzeugnisse aber Binnenzölle im Bundesgebiet bestehen bleiben. Ebenso laufen die Vereinbarungen von Ottawa darauf hinaus, daß das Britische Reich in seiner Gesamtheit ein einheitlicher Zollgürtel umspannt, daß aber im Innern auch noch teilweise Binnenzollschranken, zum Beispiel zugunsten der dominialen Industrien und der mütterländischen Landwirtschaft, beibehalten werden.

Die Nebel zerteilen sich, die weltwirtschaftliche Situation wird von Tag zu Tag klarer. 3 große Wirtschaftsgebiete sind als autonome Einheiten etabliert: die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihren Kolonien, das Britische Reich und der russische Komplex (der freilich, unter dem gegenwärtigen Regime, produktive Arbeit noch nicht leisten kann). Sie umfassen von den 2 Milliarden Menschen schon etwa 850 Millionen. Die übrige Menschheit, namentlich Südamerika und das festländische Europa, existieren noch immer weltwirtschaftlich amorph, ein Haufen nationaler Splitterwirtschaften, von denen selbst die stattlichsten sich in der Gesellschaft der 3 Riesen kümmerlich ausnehmen. Die 3 großen Gebilde sind Kraftzentren höchsten Rangs. Wo die Splitter sich nicht selbst zu einem Ganzen zusammenfinden können, werden sie eine der Sonnen wie ein Schwarm von Planetoiden umkreisen, angezogen und abgestoßen zugleich und dadurch in ihrer unselbständigen Bahn erhalten. Es ist kaum anzunehmen, daß Südamerika für sich allein zu einem solchen Kraftzentrum zusammenwachsen kann. Dagegen sind Zusammenschlüsse dieser Art in Ostasien und in Europa sehr wohl möglich. In den Wirren des Fernen Ostens erleben wir jetzt die Geburtswehen des kommenden Ostasiatischen Imperiums. Und für Kontinentaleuropa mit seinen kolonialen Ausstrahlungsgebieten in Afrika erweist sich die wirtschaftliche Einigung von Tag zu Tag gebieterischer als lebensnotwendig.

Es regt und rührt sich in Europa. Die Oststaaten vom Baltischen bis zum Mittelländischen Meer verhandeln immer häufiger, immer eingehender mit einander und mit den großen Mächten wegen eines Präferenzbunds. Es ist erst ein Tasten, ein Vorfühlen, ein Probieren (obendrein in Deutschland beständig geltört und zurückgeworfen durch eine vermeintliche Politik, die in Wirklichkeit nur innenpolitische Demagogie oder Konzession an veraltete Ressentiments bedeutet). Aber daß die Dinge auf dem europäischen Festland in der Glut der Krise geschmolzen und in Fluß gekommen sind, läßt sich heute nicht mehr bezweifeln. Es ist nur eine Frage der Zeit (wenn auch freilich nicht bloß von ein paar Wochen oder Monaten), wann die glutflüssigen Ströme in einem See zusammenlaufen werden. Die Konferenz von Ottawa hat deshalb für uns Europäer in allererster Linie die Bedeutung, daß sie ein Signal erschallen läßt zur Einigung Kontinentaleuropas aufzubrechen; ein Signal, das die europäischen Völker, das vor allem die europäischen Arbeiter nicht mehr überhören können.



RICHARD KLEINEIBST · ANGELSÄCHSISCHE ENTSCHEIDUNG ÜBER EUROPA?



AG Amerika es mit sich selber abmachen, daß der Vorschlag seines Präsidenten von Frankreich ungestraft in Fetzen zerrissen werden konnte, so daß von dem Hooverplan nichts übrig blieb; mag es die englische Delegation vor ihrem Volk verantworten, daß sie es nicht gewagt hat die Idee des Gleichgewichts der Mächte als Endziel ihrer Politik klar herauszustellen: für uns ist entscheidend, daß alle Hoffnungen, die wir etwa auf die Konferenz geetzt haben, bis jetzt völlig gecheitert sind.« Das war am 26. Juli in der Außenpolitischen Überlicht der Berliner Börsenzeitung zu lesen. Sehen wir zu, ob die schmerzliche Enttäuschung, die hier zum Ausdruck kommt, sich nicht grade aus der so inständig reklamierten angelfächlischen Politik des »Gleichgewichts der Mächte«, das heißt der Trennung des kontinentalen Europas in mindestens 2 feindliche Lager, ergibt. Es sei vorausgeschickt, daß da nicht teuflische Ränke gesponnen werden, nur aus Freude am Bösen (was zu behaupten der Kontinentalpolitik nie eingefallen, ihr aber so gern zum Beweis ihrer angeblichen Anglophobie untergeschoben wird), sondern daß die zweckmäßigste Vertretung ihrer nationalen Interessen, so wie die Engländer und Amerikaner sie verstehen, zu diesen Resultaten "zwangsläufig" führt. Die Sorge, daß die Vertretung der amerikanischen und englischen Interessen nicht in guten Händen liege, ist überflüssig.

Schon die Reparationskonferenz von Lausanne bietet da einige Fingerzeige. Die Interessen sowohl der Vereinigten Staaten wie Englands gingen nach gleicher Richtung. Beide Partner, von denen allerdings nur der eine auf dieser Konferenz offiziell vertreten war, hatten für Milliarden eingefrorener Kredite zu fürchten, die durch Deutschlands katastrophale Wirtschaftslage aufs schwerste gefährdet waren. Es war also nicht eitel Uneigennützigkeit, wenn Englands Vertreter die Politik des coup d'éponge, des Schwammdrüber, vertraten. Nicht etwa über die leichtsinnig gewährten, mit Wucherzinsen ausgestatteten Privatkredite sondern über die aus den Friedensverträgen hergeleiteten Reparationen, die in Deutschland (und weder die englische noch die amerikanische Presse ließ es an Ermunterung dazu fehlen) ohne Unterscheidung nach ihrer sachlichen Berechtigung als "Tribute" und Ursache allen Leidens gebucht wurden. Bei Beginn der Konferenz von Lausanne also zeigte sich nach deutscher Auffassung hier angelfächlische "Großzügigkeit", die schon anlässlich des Deutschlands Kredit schädigenden Hoovermoratoriums von 1931 so bereitwillig anerkannt worden war, dort französische "Kleinlichkeit", die aus dem unbefiegbaren Vernichtungswillen des "Erbfeinds" erklärt wurde. Der Gang der Konferenz ist bekannt und braucht nicht rekapituliert zu werden. Die direkte deutsch-französische Fühlungnahme und Verhandlung stand bei so unrealistischer deutscher Auffassung von vornherein nicht unter einem erfolgverheißenden Stern. Auf deutscher Seite rechnete man mit dem sichern Beistand Englands für eine völlige Streichung der Reparationen und stellte danach Forderungen und Angebote. So mußten die Verhandlungen nicht nur scheitern, sie mußten auch auf beiden Seiten Spannungen der Enttäuschung zurücklassen, die von deutscher Seite restlos gegen Frankreich gerichtet wurden. Die sich vertieften und auf französischer Seite einer Empörung Platz machten, als das für Reparationen zahlungsunfähige Deutschland den »Kuhhandel« (das deutsche Wort wurde auch von der französischen Presse gebraucht) Kanonen gegen Reparationsaldo vor-

Ichlug. Selbst die englische Presse zeigte sich ob solchen »Taktmangels« entrüftet und wies Deutschland »in seine Schranken« zurück. Nur hatte man dabei in England anscheinend vergessen, daß die englische Presse Wochen und Monate vorher Deutschland dazu ermuntert hatte, daß die während der Laufanner Konferenz abgeworfene Hoover'sche "Friedensbombe" die deutsche Delegation in den Glauben verletzen mußte für solchen Vorschlag angelfächlichen Beifall zu finden. Und nun erlebten wir wieder einmal den Vorgang, der sich schon auf einer ganzen Reihe von Nachkriegskonferenzen abgespielt hatte, den man schon in allen einzelnen Phasen so genau kennt, und der offenbar immer wieder den Reiz der Neuheit hat: Erst Sympathiebekundung, dann scharfe Zurechtweisung, dann die Andeutung, die Deutschen hätten sich nur in Ort und Zeit geirrt, könnten aber für die bevorstehenden weiteren Verhandlungen, diesmal in Genf, der englischen (und natürlich erst recht der amerikanischen) Unterstützung sicher sein.

Aber England ließ es sich nicht nur angelegen sein sich die Wohlgeneigtheit Deutschlands zu erhalten; es hatte auch für Frankreich einiges übrig. Ein ehrlicher Makler darf ja auch nicht einseitig sein. Für Frankreich blieben das Gentlemen's Agreement und der Vertrauenspakt. Ihnen folgte dann freilich sehr bald, am 13. Juli, die Erklärung des englischen Außenministers vor dem Unterhaus, in der betont wurde, daß die Vereinbarungen in keiner Weise, auch nicht »implizite«, eine gemeinsame englisch-französische, noch viel weniger also eine gemeinsame europäische Schuldnerfront gegenüber Amerika einschließen. Der Wortlaut dieser Verträge, des Agreements wie erst recht des Vertrauenspakts, ließ bis zu dieser Deklaration zweifellos auch weitergehende Interpretation zu; um so eher, als ja die Lenker der amerikanischen Politik, die sich aus Eignem auch zu moralischen Richtern der Welt, zum mindesten des alten Europas, eingesetzt hatten, mehr oder minder deutlich durchblicken ließen, daß sie nach einer Regelung der Reparationsfrage durch die Europäer in der Schuldenfrage mit sich reden lassen würden, während sich der britische Staatslenker, ohne natürlich sich formell zu verpflichten, durch Andeutungen der verschiedensten Art quasi zum Garant solch guter amerikanischer Absichten gemacht hatte. Heute stehen die Dinge so, daß Frankreich sich fragen muß, ob hinter der Amerikareise Montagu Normans nicht schon eine Sondervereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien hinsichtlich der Schuldenreglung steht, und wie es dann der Forderung Amerikas auf Heller und Pfennig die am 15. Dezember fällige Rate zu leisten begegnen könne. Und, da nun schon einmal die chronologische Folge durchbrochen ist, Deutschland wird von Washington in aller Form und aller Güte aufgefordert die fällige Rate von 32½ Millionen Mark für Belatzungskosten der amerikanischen Truppen und für die sogenannten mixed claims am 30. September zu entrichten. Forderungen, die ja so viel moralischer sind als das Verlangen nach Leistungen für den Wiederaufbau verwüsteter Provinzen. Das einzig wirkfame Mittel Amerikas "guten Willen" zu stärken: die europäische Schuldnerfront, ist zunächst dahin.

Doch am Tag nach Lausanne schmeichelte sich Deutschland der besondern Freundschaft Englands. Die Enttäufchung, daß es nicht zur restlosen Streichung der Reparationen gekommen war, richtete sich einzig gegen Frankreich. Und als der Vertrauenspakt bekannt, und in Deutschland für einen Augenblick das Vertrauen in Englands fair play erschüttert wurde, da kam

die Einladung an alle, und aus der Entente cordiale war, um das Journal de Genève zu zitieren, ein »verfehlter Flirt« geworden. Sehr mit Recht machte Leopold Schwarzschild am 23. Juli im Tagebuch auf die »Runen-
sprache« dieses Abkommens aufmerksam und, in Erinnerung an die Juli- und Augusttage des Jahrs 1914, auf die Gefahr solcher zu nichts und zu allem verpflichtenden Abmachungen. Nur daß solch lockere Bindungen, die sich jeder Interpretation fügen, zur vielgerühmten angelfächlichen Beweglichkeit gehören, die Festlegungen angeblich um ungehinderter Entwicklung willen vermeiden. Nicht das Agreement, nicht der Vertrauenspakt hat das Gesamtproblem im mindesten gefördert, es ist im Gegenteil ein Streitapfel wieder zwischen Deutschland und Frankreich gerollt. Die britische Delegation hat in Lausanne und nach Lausanne das Interesse Englands besser gewahrt als die am Eingang zitierte Stimme befürchtete, und es bedurfte gar nicht eines auf diesen Zweck zugeschnittenen besondern Plans, wenn gleichzeitig die Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich, damit aber auch zur europäischen Gefolgschaft dieses Staats, verschärft wurden. Das ist in dieser angelfächlichen Politik ohne weiteres »implizite«.



NICHT ganz so wie in Lausanne gelang England der "Ausgleich" in Genf, bei der sogenannten Abrüstungskonferenz. Die Ablage des englischen Außenministers Sir John Simon an den deutschen Delegationsführer Rudolf Nadolny hätte den deutschen Politikern die Augen öffnen können, wenn anders sie sie offen zu haben wünschen. Deutschland, wie Sir John mit Ironie und mit Recht sagte, »amerikanischer als die Amerikaner«. Das Spiel ist längst nicht zu Ende. Die Führung des angelfächlichen Parts ist für den Augenblick wieder auf Amerika übergegangen, nicht ohne daß England sekundiert. Hatte England gegen den allzu simplistischen, allzu naiv die Überlegenheit Amerikas auch zur See erstrebenden Abrüstungsvorschlag Herbert Hoovers Bedenken und Einwände, so kann es sich doch um so herzhafter der allen ernsthaften Verpflichtungen aus dem Weg gehenden neuesten Interpretation des Briand-Kellogg-Pakts anschließen. Diese Verpflichtungen verpflichten zu nichts, es sei denn die europäischen Staaten sich in den Dienst der amerikanischen Ost-Asienpolitik, in den Dienst der angelfächlichen Politik gegen Europa zu stellen.

Ein Hauptstück der Stimlon-Hooverschen Interpretation ist der Passus von der Nichtanerkennung der durch Verletzung von Friedenspakten eroberten Gebiete. Da die Vereinigten Staaten von Amerika Cuba, Panama, neuerdings Nicaragua nur "in Selbstverteidigung" eingesteckt haben, nur deshalb sich auf den Philippinen einmischen, es auch in diesen Gegenden keine zu verletzen-
den Friedenspakte gibt, da der südamerikanische Erdteil im übrigen friedlich durchdrungen wird, und zuletzt die Monroedoktrin sich längst auf den ganzen amerikanischen Erdteil erstreckt, so wird das durch seine Geschichte so überzeugend illustrierte edle Streben Amerikas »zu verhindern, daß Machtunterschiede zu Rechtsunterschieden werden«, wie das der New Yorker Korrespondent des Berliner Tageblatts, Fritz Neisser, in seinem dort am 1. September veröffentlichten Bericht in hoher Ahnung erkennt, durch widerstrebende eigne nationale Interessen nicht beeinträchtigt. Um die Moral der anderen Völker ist Amerika noch immer sehr besorgt gewesen, und also kann es nicht dulden, daß China von Japan vergewaltigt wird, zumal sich daraus eine Art asiatischer Monroedoktrin ergeben, die Suprematie der Vereinigten

Staaten im Stillen Ozean angetaftet werden könnte, eine Suprematie, die sich ähnlich wie die "Freiheit der Meere" als Politik der "offenen Tür" für China deklariert. Gemeinamer Druck der Mächte auf Japan zugunsten der amerikanischen Interessen: das ist der Sinn und die Absicht dieser Art Friedenspolitik (mit welcher Charakterisierung, um es zur Vorflucht anzumerken, kein Plädoyer für die Methoden der japanischen Politik gehalten ist). Freilich, die Berufung Amerikas als Richter ... Schwer zu begreifen, wie das Engagement der Vereinigten Staaten bei Gefahr »zwecks Erhaltung des Friedens« mit den anderen Unterzeichnern des Briand-Kellogg-Pakts »sich zu beraten«, wie diese Konsultativverpflichtung (die die neueste Emanation (siehe Vertrauenspakt) angelfächlichen Geistes zu sein scheint) als ein »wesentlicher Fortschritt«, auch von seiten der französischen Linken, gepriesen werden kann oder gar, in dem erwähnten Bericht des Berliner Tageblatts, als »freiwillige Übernahme« von »Risiken im Interesse des Weltfriedens«. Während doch im gleichen Atemzug jede »bestimmte Aktion« gegen einen Friedensbrecher abgelehnt wird, die Vereinigten Staaten sich die Freiheit des Handelns in jeglicher Beziehung vorbehalten, wie sie auch auf eine genügend starke Armee und Flotte zum Schutz gegen die ihnen bekanntlich von vielen Seiten drohenden Invasionen Anspruch erheben, dafür aber die Abrüstung der europäischen Mächte fordern, denn diese sind ja durch die Meinung der Weltöffentlichkeit (die in so hervorragender Weise zum Beispiel durch die Hearstpresse über Europa und andere Erdteile informiert wird) genügend geschützt. Es ist schwer keine Satire zu schreiben, wenn man dies liest oder die in ihrer naiv-überheblichen Unbefangenheit entwaffnende Zumutung an das böse Europa dem hochprotektionistischen Amerika die Grenzen zu öffnen, das dafür einen Teilerlaß der Kriegsschulden vielleicht »in Erwägung zu ziehen« bereit ist. Damit ist, wieder nach Neisser, der als ein typisches Beispiel zitiert wird, »die Initiative in der Schuldenfrage deutlich den europäischen Nationen zugeschoben«. Es führte zu weit diesen Rattenkönig von falschen Vorstellungen und tief eingefressenen Vorurteilen zu entwirren. Fast alle haben sie ihren Grund in der von Europa abgewandten, auf England oder Amerika dirigierten Blickrichtung.

Ob sie den vorbedachten Zweck haben oder nicht, die »Schwätzereien« der Borah, Stimson, Hoover, wie die neutrale Baseler Nationalzeitung zu sagen wagt, sind aufs beste geeignet in Europa höchst unheilvolle Verwirrung anzurichten. Hat nicht auch Hoover als die Ursache aller politischen und wirtschaftlichen Unruhe die »vergifteten Quellen« der Friedensverträge bezeichnet? Also sieht Deutschland in Hoover einen Bundesgenossen bei Revisionsforderungen. Und fühlt sich nicht Italien, um es auch zu erwähnen, tief von der heiligen Mission durchdrungen die Welt nach dem Hoover'schen Rezept zu retten? Zufall natürlich, daß es so gut in seine Politik des sacro egoismo zu passen scheint. Frankreich dagegen ist der Meinung, daß die geltenden Verträge, »so schlecht sie sind, doch noch den letzten Schutz vor Katastrophen bedeuten«, wie die Baseler Nationalzeitung am 22. August ihre entsprechende eigne Auffassung formulierte. Zwar halten die Vereinigten Staaten darauf, daß ein starkes Landheer und eine keiner Macht unterlegene Flotte die Sicherheit Amerikas garantieren, für die übrige Welt aber genügt die öffentliche Meinung, womit, das ist doch klar, die französische "Sicherheitsthele" (nur in Anführungszeichen zu gebrauchen) durch das Diktum der amerikanischen Herren der Welt als Heuchelei entlarvt ist.

Nachdem die erste Phase der Abrüstungskonferenz mit der Strafrede Sir John Simons gegen Deutschland abgeschlossen ist, wird eben dieses Deutschland nun wieder durch England ermutigt. Am 28. Juli schreiben die Times: »Der Wunsch Deutschlands auf gleichen Fuß gestellt zu werden stellt das dringendste Abrüstungsproblem dar und ist eine der ernstesten Ursachen der Unsicherheit in Europa. Wenn man in einer vernunftgemäß kurzen Zeit nicht zu einer Rüstungsbefchränkung auf der Grundlage der Gleichheit für alle Völker kommt (was nicht notwendigerweise die zahlenmäßige Gleichheit bedeutet), kann man sicher sein, daß Deutschland sich als von all den Verpflichtungen befreit betrachten wird, die ihm die Bestimmungen des Versailler Vertrags auferlegen. Man wird fast unvermeidlich wieder zu dem verderblichen Rüstungswettstreit in Europa kommen. Da die Abrüstungskonferenz sich nicht mit dem Problem der Statusgleichheit beschäftigt hat, kommt es den unmittelbar interessierten Regierungen zu es schleunigst auf diplomatischem Weg und in dem Geist des Verstehens aufzunehmen, der die neue europäische Verständigung auszeichnet.«

Von englischen Stellen so angeregt, konnte die deutsche Regierung glauben der englischen Unterstützung bei dem diplomatischen Schritt nach Frankreich, den sie plante und dann tat, sicher zu sein. Aber nun versteht es sich wieder von selbst, daß die englische Regierung lediglich ihre Dienste als desinteressierter ehrlicher Makler anbot. Wie sich ja nunmehr auch die große englische Presse wieder reserviert verhält, nachdem sie vorher Deutschland ermahnt hatte seine Forderungen trotz ihrer unbezweifelbaren Berechtigung mit Vorsicht zu stellen, weil gewisse Mächte leider für die Revision noch nicht reif seien. (Näher noch, weil in der Kunst solcher Außenpolitik weniger geschult, zeigte Italien, daß sein Wohlwollen für Deutschland nur den Sinn hat die französisch-deutsche Einigung hintanzuhalten, nicht etwa deutsche Wünsche zu erfüllen, durch seinen Rat, Deutschland solle die militärische Gleichberechtigung bekommen, davon aber keinen Gebrauch machen.) Übrigens haben weder England noch Amerika für eine Aufrüstung Deutschlands viel Sympathie: Zu tun ist es ihnen beiden um die Abrüstung — Frankreichs.

Die Regierung Herriot hatte (gegen den Widerspruch eines Teils der französischen Presse) durch ihr Sprachrohr, den Temps, verschiedentlich zu erkennen gegeben, daß Frankreich bereit sei den Deutschen auch in der Rüstungsfrage Konzessionen zu machen, vorausgesetzt, daß Deutschland politische Sicherheitsgarantien böte, die endlich die für den europäischen Kontinent nötige Beruhigung schafften. So schrieb der Temps am 23. August:

»Es wäre auf jeden Fall von Bedeutung sehr genau zu prüfen, was die Deutschen, als Gegenleistung für eine eventuelle Konzession von dieser Wichtigkeit, als eine bessere Garantie der allgemeinen Sicherheit anzubieten geneigt wären.«

Die deutsche Regierung hat sich in ihrer am 29. August dem französischen Botschafter übergebenen Denkschrift auf das formale Gleichberechtigungsverlangen beschränkt und sich damit begnügt zu erklären, sie werde »stets zur Erörterung von Plänen bereit sein, die dazu dienen die Sicherheit für alle Staaten in gleicher Weise zu festigen«. Die französische Regierung verwies in ihrer Antwort am 11. September Deutschland an den Völkerbund, der allein den im Friedensvertrag fixierten Rüstungsstand abändern könne; sie fügte aber hinzu, Frankreich glaube, »daß es bei Wahrung der eingegangenen Verpflichtungen ihm möglich ist mit Deutschland nach einem neuen Rechtszustand zu suchen, jedoch nicht durch Rückkehr auf den alten Weg der Vorbereitung zum Krieg sondern durch Fortschritte in der Organisation des Friedens«. Deutschland lehnt die französische These ab. Und nun kommt es wieder so, daß England seine übliche Vermittlerrolle aufnimmt, das heißt, wie in der französischen Presse schon vorher gelagt

wurde, den Schiedsrichter über Kontinentaleuropa abgeben will. In Deutschland hat es einen Widerstand kaum zu gewärtigen. Die Enttäufchung über die am 18. September bekanntgegebene englische Note, die die Rechtsgrundlage der deutschen Forderung bestreitet, dürfte nicht lange anhalten; man wird bald wieder einen wohlwollenden Unterton heraushören. Um die illusorische Deutschfreundlichkeit Englands nicht zu stören, hat man sich in der deutschen Öffentlichkeit wohl gehütet die Forderung nach Gleichberechtigung auch auf Dinge auszudehnen, die den angelsächsischen Herrschaftsbereich angehen, also auf die Wehr zur See, oder gar die Frage nach Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien kategorisch zu stellen. Deutschlands Zukunft liegt eben, wie man dem deutschen Volk glücklich klargemacht hat, jetzt nicht auf dem Wasser sondern im Kampf gegen den nachbarlichen "Erbfeind", wobei man vertrauensvoll, immer mal wieder und immer mal wieder vergeblich, auf angelsächsischen Beistand rechnet.

Die Spannung in Europa verschärft sich, ein latenter Kriegszustand hemmt überall seine Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Wenn das nicht der Zweck der angelsächsischen Interventionen auf dem Kontinent ist, ihr Resultat ist es. Und sollte schließlich dabei der ganze Völkerbund aufliegen, so sei daran erinnert, daß vor Jahren schon James Garvin ihm den guten Rat gegeben hat "seinen Laden zu schließen" und die weitere Organisierung der Welt einer pax anglosaxonica zu überlassen.



BER darf man England und Amerika wirklich dafür verantwortlich machen, daß die europäischen Staaten nicht zu einem Einverständnis kommen? Man darf es. In dem Augenblick, da England und Amerika die Verpflichtung übernahmen den durch ein übernationales Schiedsgericht nach internationalen Rechtsätzen feststellbaren und festgestellten Friedensbrecherstaat im Verein mit den übrigen Mächten als Rechtsbrecher zu behandeln, der sich selbst außerhalb des Gesetzes gestellt hat, dem gegenüber also es keine "Neutralität" geben kann, in dem Augenblick ist der Weg frei zu einer friedlichen Entwicklung der Welt. Es ist so, wie die Baseler Nationalzeitung am 30. August ausführte, »daß die Schaffung einer Exekutive gegen Angreifer und Rechtsbrecher durch keinerlei papierne Zulagen ersetzt werden« könne, und daß, »wer wie Hoover und Borah seine Mitwirkung zur Schaffung eines solchen Friedensschutzes verweigert, . . . an allem drohenden Unheil mit schuldig« sei. Sehr wahr. Nur wird es angelsächsischem Geschick, man kann auch cant sagen, schon gelingen aus dieser Mitschuld eine höchst moralische Angelegenheit zu machen. Entwaffnung ist ja bekanntlich ein absoluter moralischer Wert, namentlich wenn es die Entwaffnung der *anderen*, besonders der streitfächtigen europäischen Kontinentalstaaten, ist.

Politik, auch die "moralische" der Vereinigten Staaten, wird (das ist gewiß eine Banalität) durch Interessen bestimmt. Nun ist kein Zweifel, daß den amerikanischen Plänen der Weltbeglückung, der dauernden Prosperität, deren Propheten die Hoover und Borah sind, heute Frankreich als stärkstes Hindernis im Weg steht. Dieses gottlose Land hat nicht allein nicht den wirtschaftlichen Wunderthesen von God's own country geopfert, es hat im Gegenteil die "amerikanische Kultur" in jeder Weise verschmäht, hat sich eine finanzielle und wirtschaftliche Kraft erhalten oder wiedererworben, an der selbst die mächtigen Vereinigten Staaten nicht vorübergehen können.

Kommt noch hinzu, daß Frankreichs Heer, seine Luft- und Unterseebootflotte den Einbruch Amerikas in das längst "überalterte" Europa hindern, dessen friedliche Durchdringung, dessen Verwendung als Absatzgebiet für amerikanische Waren in nicht zu rechtfertigender Weise erschweren. Die Zusammenfassung der kontinentaleuropäischen Staaten zu einem wirtschaftlich und politisch einheitlichen Ganzen, ein Ziel, dem Frankreich zutreibt, ist ein nicht zu entschuldigendes Attentat gegen die von Großbritannien wie von den Vereinigten Staaten trotz aller Rivalität erstrebte pax anglosaxonica.

Die deutsche Zukunft liegt im Vereinigten Europäischen Kontinent. Und dieser kann nur durch die vereinte Arbeit des deutschen und des französischen Volks geschaffen werden. Wenn es gegen Frankreich kämpft, kämpft Deutschland gegen seine ureigenen Interessen, die in einem angelfächsischen Schutzgebiet namens Europa schwerlich gut gewahrt wären. Nur wenn Deutschland seinen Sinn nicht gegen irgendein Volk sondern auf Europa richtet, wird die angelfächsische Politik des balance of power von selbst gegenstandslos, jene Politik, die "moralisch" zu verurteilen sinnlos wäre, die zu bekämpfen, besser: als einen Hauptfaktor der europäischen Unruhe auszuhalten, nicht nur ein Gebot der europäischen Selbsterhaltung ist sondern im Endeffekt auch zum Besten des Britischen Reichs ausschlagen muß, dessen Grundsteinlegung in diesen Wochen in Ottawa erfolgt ist. Die Entscheidung über Europa ist die Entscheidung über Deutschland.

HANS KOLLWITZ · DAS TOTENMAL AUF DEM SOLDATENFRIEDHOF IN FLANDERN

DIE beiden Plastiken, die Käthe Kollwitz in jahrelanger Arbeit für den Friedhof Effen-Roggevelde in Flandern geschaffen hat (dort liegt ihr Sohn begraben, der im Oktober 1914 vor Dixmuiden fiel), waren im Juni für einige Wochen im Vorraum der Berliner Nationalgalerie ausgestellt, bevor sie nach Belgien transportiert wurden. Die beiden Figuren, des Vaters und der Mutter, wirkten in dem kleinen kapellenartigen, geschlossenen Raum auch ohne das Medium des Soldatenfriedhofs, für den sie bestimmt waren, so eindringlich, daß der Beschauer noch einmal unendlich stark, wenn auch zeitlich distanziert, den Kriegstod der Millionen erlebte. Leider war es nicht möglich die Mittel aufzubringen, um die Figuren ein zweites Mal in Stein hauen zu lassen und sie in Berlin oder der Umgebung als ein Memento aufzustellen. Nur die Gipsabgüsse hat die Berliner Nationalgalerie erworben.

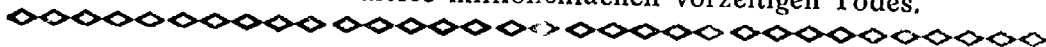
Nun knien die beiden Figuren auf dem Friedhof in Flandern, auf beiden Seiten des Eingangs, den Gräberreihen zugekehrt, so wie Käthe Kollwitz selbst den Platz ausgefucht hat.

Der Roggevelder Friedhof ist eine unter den fast 400 deutschen Begräbnisstätten in Flandern. Man hat so gar keine Vorstellung davon, wie besät dieser Teil Flanderns mit Friedhöfen ist. Wenn man mit dem Wagen hindurchfährt, kommt man alle Augenblicke an deutschen oder englischen oder belgischen Friedhöfen vorbei. Sie allein, hier und da auch ein betonierter Unterstand, sind das einzige, was noch an den Krieg erinnert. Wo es noch vor 14 Jahren nichts als verwüstetes Land, zerstörte Ortschaften, Trichterfelder, Unterstände und Verhaue gab, da weiden wieder Rinderherden auf Wiesen, Felder wer-

den abgeerntet, die Ortschaften sind in der selben Monotonie wieder aufgebaut, zum Teil ganz genau nach alten Plänen, soweit sie vorhanden waren. Da ist es gut, daß als Erinnerung an den Krieg noch die ernstesten Gräberfelder dazwischen liegen. Die deutschen Friedhöfe, die seit einigen Jahren durch Vertrag mit der belgischen Regierung von der deutschen Kriegsgräberverwaltung übernommen sind, haben durch sie alle den selben Charakter bekommen. Aus der Not, das heißt den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln, ist eine Tugend gemacht worden: die Tugend der Einfachheit. Das allen deutschen Friedhöfen Gemeiniamme ist eine Hecke als Umfassung, darin auf einer großen Rasenfläche die Schar der Kreuze, jedes fast einen Meter hoch, dunkel getönt, mit Namen, Todestag und Truppenteil, zuweilen auch mehrere »unbekannte deutsche Krieger« deckend. Die Kreuze stehen auf Zwischenraum, leicht unregelmäßig, so daß der Eindruck des allzu Militärischen vermieden ist. Den Abschluß bilden 1 oder auch 3 ebenfalls dunkel getönte einfache hohe Kreuze. Innerhalb dieser gemeiniamen Anordnung variieren die Friedhofsanlagen, und jede hat ihr eigentümliches Gepräge, sei es durch andersartige Anordnung der Kreuze, durch Baumfchmuck, durch Bepflanzung mit Erika an Stelle des Rasens, durch andersartige Aufstellung des hohen Holzkreuzes und ähnliches. Der Eindruck auf jedem dieser Friedhöfe ist der selbe: Gleichheit all der 150 000, die in Belgien begraben liegen, Gleichheit vor dem Letzten, vor dem Tod, vor Gott; und Schlichtheit im Ausdruck diesem Erlebnis gegenüber und die nicht auszulöschende Einprägung der Frage: Warum?

Der Eindruck der englischen und belgischen Friedhöfe war ein anderer: Mehr dekorative Ausstattung mit Steinumfassung und Aufschmückung und der Versuch jedes Grab mit Steintafel und Blumenschmuck individuell zu gestalten, selbst die Gräber der Unbekannten mit der Inschrift »Known unto God«. Aber die Betonung der schlichten Gleichheit auf den deutschen Friedhöfen erscheint sympathischer und dem Kriegserlebnis gerechter werdend als der Versuch der individuellen, etwas pompösen und dabei etwas steifen Gestaltung. *Einen* deutschen Friedhof gibt es allerdings, der im Charakter von der oben geschilderten Art abweicht: den in Langemarck. Auf ihm liegen 10 000 Deutsche, zur Hälfte Akademiker. Hier tritt das Gräberfeld zurück gegenüber den Steinornamenten. Die Kreuze sind kleiner und bezeichnen nicht wie auf den anderen Friedhöfen die Grabstätten. Getrennt vom Gräberfeld durch eine Hecke und ein Feld roten Mohns zieht sich eine große steinerne Mauer entlang, die aus Betonunterständen und Sockeln dazwischen besteht, die für Inschriften von Vereinigungen und Korporationen bestimmt sind. Der Langemarcker Friedhof hat als einziger von den deutschen Friedhöfen, die ich gesehen habe, etwas von dieser Art der Kriegserinnerung, wie sie im nationalistischen Sinn gepflegt wird und auch in den Reden zur diesjährigen Langemarckfeier in der Berliner Universität zum Ausdruck kam: steinern, vergeltungsbereit, trutzig, mit dem Anklang von einem Pathos, das menschliches Schickfal nicht zu Ende erlebt hat.

Ganz anders stehen auf dem einfachen Friedhof in Roggevelde, der seinem Namen entsprechend an ein großes Kornfeld stößt und auf der andern Seite an die letzten Häuser eines kleinen Dorfs, die beiden Figuren Käthe Kollwitz', den Gräber von 2000 deutschen Soldaten zugekehrt: Sie stehen nicht sondern knien, die männliche Gestalt zusammengefaßt, die weibliche hingegeben dem Schickfal und Geheimnis dieses millionenfachen vorzeitigen Todes.



ALI WEYL-NISSEN · NEUGESTALTUNG DER OPER



INE ganze, jahrhundertealte Kultur bemüht sich heute ihre Daseinsberechtigung zu erweisen. Aber nicht wie sonst ist es der leidenschaftliche und fruchtbare Kampf der Generationen. Es ist kein Kampf. Es ist eine Gerichtsverhandlung, bei der die Kunst mittels Indizienbeweises wegen Sinnlosigkeit zum Tod verurteilt wurde und nun zu ihrer Verteidigung den Gegenbeweis antreten soll. Nicht etwa ihr Gehalt, ihr Wert werden angezweifelt, sondern einfach und nüchtern ihre Brauchbarkeit. Etwa: Der *Fidelio* mag ja ganz schön sein, aber wer hört sich denn das noch heute an? Worauf man sucht und nachweist und konstatiert und Rettungsmaßnahmen erwägt und die Köpfe schüttelt. Und vor welchem Forum findet dies groteske Schauspiel statt? Vor den "Besten der Nation", vor reifen, kulturerfüllten Menschen? Keineswegs, denn diese vertreten mit Sorgfalt und Umständlichkeit das undankbare Amt des Verteidigers (ohne übrigens zu bedenken, daß sie durch ihren eignen Zweifel und ihre skeptischen Rettungsversuche der von ihnen vertretenen Sache erheblich Schaden könnten). Sondern vor einem Forum von Menschen, die noch vor ihrer Kulturleistung stehen. Ihnen soll mit Wort und Beispiel bewiesen werden, daß unsere Kultur noch lebenskräftig und wertbringend sei.

Seltene Voraussetzungen für kulturelle Arbeit: Nicht die Schöpfung steht zur Diskussion, sondern der Konsum. Da das kulturelle Interesse rapide abnehme, müsse man, um es wieder zu erwecken . . . Ja aber, es nimmt doch gar nicht ab. Eine ungeheure Sehnsucht nach kulturellen Werten, nach wesentlicher Zielsetzung lebt in einer ganz großen Zahl heutiger Menschen. Gewiß, es gibt heute, wie übrigens zu allen Zeiten, genug Uninteressierte. Ob sie nun Sport treiben, ob sie bloß ihrem Erwerb nachgehen, ob sie anderen materiellen Dingen fest verhaftet sind, ist im Prinzip gleichgültig. Der Sport, der heute als Sündenbock für so viel Interessellosigkeit verantwortlich gemacht wird, ist lediglich eine dieser Möglichkeiten (und nicht die schlechteste) am Äußern hängen zu bleiben. Merkwürdig nun, mit welchen Mitteln man das Interesse bei diesen Uninteressierten wecken will. Es wird nichts unversucht gelassen. Verbilligungen, Vorträge, Einführungen: lauter recht schöne und erfreuliche Maßnahmen, wo ein bereits vorhandenes Interesse vertieft werden soll. Aber völlig wertlos gegen den passiven Widerstand von Gleichgültigkeit. Gelegenheiten mögen noch so bequem am Weg liegen, ergreifen wird sie nur, wer ihrer *bedarf*. Und das dürfte wohl der Kernpunkt der Sache sein: Warum eigentlich mit Gewalt Interesse wecken wollen? Begehrtenswerte Dinge macht man sich unter Aufbietung aller Kräfte zu eigen; sie müssen eben nur wirklich begehrtenswert sein. Zu allen Zeiten hat die Jugend es verstanden sich das aus allem Gebotenen herauszuholen, was ihr tauglich war. Wenn das heute nicht geschieht, so muß es andere Gründe haben als die (für Jugendkraft ziemlich belanglosen) Schwierigkeiten an die Kulturgüter heranzukommen. Bringt Wesentliches, und die Jugend wird zur Stelle sein.

Wie ist es nun mit der Oper? Hier schwirrt es von Begriffen, die einer dem andern nachredet, bis alle es glauben: Opernkrise, Opernniedergang, Versuche zur Wiederbelebung, veraltete Kunstform. Also ein aufgegebener Mann, der noch mit künstlicher Sauerstoffzuführung am Leben erhalten wird, dem man besser den Gnadenstoß gäbe? Aber dieser angeblich Halbtote beginnt eben wieder sein eigentliches, revolutionierendes Wesen hervorzukehren.

Immer schon wurde die Oper revolutioniert, und oft genug hat sie auch selber revolutioniert. (Auch rein politisch: Figaro als Auftakt zur Umgestaltung der Alten Welt durch die Große Französische Revolution, die Stumme von Portici als Signal für den Aufstand, der mit der Trennung Belgiens und Hollands endete.) Revolution bedeutet die Aufrüttlung aus Konvention, den Umsturz alter, verbrauchter Maßstäbe, das Bewegende, Vorwärtsdrängende, Weiterstrebende schlechthin. Die Oper ist Kunstwerk, und sie bewirkt ihre Revolution mit den Mitteln der Kunst. Sie dringt in die Seelen ein, sie sinkt in ihre Tiefen und bringt Bewegung hervor, sie überträgt ihre Atmosphäre auf den Hörer. Und in ihm geht eine Umwandlung vor sich, die er gar nicht bewußt erlebt, und die sich erst allmählich auszuwirken beginnt. Wenn etwa, wie in Verdis Macht des Schickfals und erst recht in seinem Simone Bocca-negra, die richtige Idee der falschen gegenübergestellt wird, und sie nicht dadurch siegt, daß der Gegner zum schwarzen Böfewicht gestempelt wurde, sondern kraft ihres innern Rechts: dann geschieht gleichzeitig im Hörer eine Wandlung, es wird in ihm hell, er fühlt, daß es nicht auf fanatische Hingabe ankommt, die für sich genommen hochmütig, eng und starr macht, sondern auf die Sache. Nämlich: Auch der Gegner dient einer Idee, auch er ist bereit mit seinem Blut für sie einzustehen; nun wohl, jetzt muß sich herausstellen, welche Idee die *rechte* ist. Mit Pädagogik (das Theater als Erziehungs-institut) hat dies nichts zu tun, eher mit Psychagogik; Seelenführung. Und konsequenterweise hat denn auch die Musik die entscheidende Rolle dabei zu spielen, nicht der Text, so wichtig er sonst ist. Wenn die Schlußworte in Paul Hindemiths Oratorium Das Unaufhörliche zu resignieren scheinen, und die Musik doch noch einen weiten Ausblick gibt, dann entsteht im Hörer jene religiöse Atmosphäre: Wir *wissen* nicht weiter, und dennoch gibt es eine Hoffnung, einen Glauben, einen Weg, der wohl in uns beschlossen sein muß, dem wir vielleicht zum Leben verhelfen können.

Es ist nicht notwendig, daß solche zutiefst revolutionierenden Opern Werke unserer Tage sein müssen. Das zeigt schon das Beispiel Verdi: Die Macht des Schickfals ist von 1862, 1½ Jahrzehnte vor der Eröffnung des Bayreuther Festspielhauses, Macbeth von 1847. Ganz zu schweigen von Mozart, der heute so lebendig ist wie nur je und jeder neuen Generation immer Neues zu sagen hat. Und Bizets Carmen, vielleicht die meistgpielte, aber sicher die meistmißverstandene Oper, wird erst in der Zukunft an ihr wirkliches Ziel gelangen. Nirgends wohl wird es so klar wie bei diesem Gipfelwerk, welche Bedeutung seiner Verkörperung zukommt. Notwendig ist eben die rechte Wiedergabe, sagen wir ruhig: die innere Tendenz der Wiedergabe. Man kann ja mit minutiöser Genauigkeit den traditionellen Stil wahren: In der Wiesbadener Maifestwoche dieses Jahres wurde der Oberon genau im Stil der Kaiserzeit rekonstruiert, unter Ausmerzung einer dazwischen liegenden Neuinszenierung. Und die letzte Uraufführung der Berliner Staatsoper: Herbert Windts Andromache, war eine Kopie der historisch-romantischen Oper, deren Notwendigkeit, außer Entfaltung eines glänzenden Rahmens, wohl niemand recht einzusehen vermochte. Bayreuths Parole: möglichst vollendete Täuschung des Zuhörers, wird auf diesem Weg langsam zu Grab getragen werden. Ein paar einsame Wächter bleiben auf dem verlorenen Posten zurück. Wir ehren ihre Idee; aber es ist schon lange eine falsche Idee. Um den Teufel der Schwere aus dem Gesamtkunstwerk auszutreiben, verzichtete man nunmehr auf all den äußern Ballast, man wurde nicht nur mit

Requifiten sparlam, man negierte die äußere Form und die historische Wahrheit, man inszenierte Hoffmanns Erzählungen mit Stahlmöbeln, verfluchte mit Gewalt "aktuell" zu sein. Erfolg: Die Atmosphäre des Werks war zerstört, und nichts war an lebendiger Beziehung zur Gegenwart gewonnen. Nicht die Scheinaktualität ist es, die den modernen Menschen angeht. Sondern es ist die Atmosphäre, in der die Idee des notwendig Neuen gedeiht, und die mit dem Stoffgebiet nur insofern zu tun hat, als es bedeutungslose Probleme ausschließt. Es kommt nicht darauf an, ob die Probleme im alten Spanien mit Christoph Columbus verhandelt werden oder im erdachten Land der Bürgerschaft oder auch im Berlin von heute. Auf die Atmosphäre kommt es an.

Zweifellos sind Ansätze da die Atmosphäre von heute in der Oper einzufangen, sowohl im Neuschaffen wie in der Neuinszenierung älterer Werke. Noch vor 50 Jahren konnte Nietzsche schreiben: »Umsonst, daß man sich an alle großen, produktiven Perioden und Naturen imitatorisch anlehnt, umsonst, daß man die ganze "Weltliteratur" zum Troste des modernen Menschen um ihn versammelt und ihn mitten unter die Kunststile und Künstler aller Zeiten hineinstellt: er bleibt doch der ewig Hungernde, der "Kritiker" ohne Luft und Kraft.« Heute liegt wenigstens der Anfang, die Möglichkeit eines Wegs zu eigener Kultur vor uns. Wie an jedem Wendepunkt der Stilentwicklung, so fällt auch heute der Opernbühne eine Doppelrolle zu: Bewahrerin des alten Kulturguts, Bringerin des neuen. Dieses Zweite läßt ihr genug Zeit übrig; denn die Produktion wesentlicher Werke geschieht naturgemäß langsam. Aber für die erstgenannte Aufgabe wird schon viel getan.

Nie wurden so viele Entdeckungen gemacht wie heute, noch nie war der Blick der Regisseure so helllichtig für das Wesentliche eines Werks. Da gab es zum Beispiel eine völlig entzuckerte Aufführung von Mozarts Entführung aus dem Serail in der Berliner Städtischen Oper. Mozart, das hieß bisher: Rokoko. Rokoko, das hieß bisher: süß, graziös, oberflächlich. Die erste Bresche in diese Anschauung wurde geschlagen, als man Figaro seinem Grafen keinen entzückenden sondern einen revolutionären Tanz aufspielen ließ. Otto Klemperers Aufführung des Figaro ließ einige Gemüter erstarren. Carl Ebert ging mit der Entführung noch einen Schritt weiter und vernichtete die althergebrachte Bestimmung, daß jede Note mit einem Schrittlchen unterlegt werden müsse. Früher war des Getrippels kein Ende (man bedenke: all die Verzierungen), und die Musik ging derweil zum Teufel. Ihre Tendenz innerer Bewegung, jene atmosphärefschaffende Kraft, hatte man ihr genommen und ins grob Motorische überetzt. Der Gesang war lediglich Begleitung zu einer Art rhythmischer Gymnastik. Ebert hingegen gab seinen Darstellern Ruhe und in den wirklich notwendigen Bewegungen Unabhängigkeit vom Rhythmus. Und siehe da, die Musik nahm ihr Eigentum zurück und gab sich nun erst ganz ihrer eigentlichen Aufgabe hin. Eine vollständige, noch lange nicht erkannte Umwälzung bedeutete dann Klemperers Aufführung von *Così fan tutte* in der Berliner Staatsoper. Dieses Werk, das sonst immer Verlegenheiten bereitete, und das man gar zu einem Puppenspiel erniedrigte, erschien mit einem Schlag in seinem ganzen ernststen Gehalt, der den Menschen ergreift und von ihm fordert Mensch zu sein.

Und nun das Neuschaffen. Gelingt es auch hier etwas von jener Atmosphäre zu entdecken, die unsere Zeit durchpulst? Also von jener Luft, in der man lebt und atmet. Nicht, die man chemisch analysiert und kritisch zerlegt.

Sie ist nie und nimmer Verftandesangelegenheit, fie kann vom Bewußtsein höchstens registriert werden, und fie folgt nur ihrem eignen Gelezt. Die muſikalische Atmoſphäre von heute fließt nicht mehr aus Klängen des Pilgermarſches; der gradezu ſymbolhafte Leierkaften iſt verſchwunden. Statt deſſen Jazz, und auf den Straßen tüchtige junge Leute, die mehrſtimmig Volkslieder vorſingen oder tadellos diſziplinierte kleine Kapellen bilden. Das iſt muſikalische Luft von heute, wie ſie auf der Straße weht und dem Volkskörper zufließt. Und aus dieſer Atmoſphäre von pointiertem Rhythmus und einfacher Melodik erwächſt jenes Kunſtwerk, das wirklich modern ſein will.

Welche dominierenden Richtungen im modernen Opernſchaffen unſerer Epoche können wir nun feſtſtellen?

Igor Strawinskij prägte die Bezeichnung des opéra-oratorio. Das oratorische Prinzip in den modernen Opern iſt kaum zu verkennen. Es beſteht am auffallendſten in der beſondern Funktion der Chöre (ſtatt des Schickſals einer individuellen Perſon iſt das einer Geſamtheit in den Mittelpunkt der Handlung gerückt) und der epischen Behandlung des Textes. Wenn man Darius Milhauds Columbus oder Kurt Weills Bürgſchaft ein ſzenisch dargeſtelltes Oratorium nennen kann, ſo iſt der Schritt nicht weit Johann Sebaſtian Bachs Matthäuspaffion eine nicht dargeſtellte Oper zu nennen. Bei einem ſolchen Vergleich wird die innere ſtiliſtiſche Verwandtſchaft beider Formen recht augenfällig. Auch die Rolle des Evangelisten, des episch Berichtenden, iſt übernommen. Ein Operntext, der ſo viel Epik enthält, muß von Grund auf anders gebaut ſein als etwa der einer romantiſchen Oper. Er muß weitgehend auf Spannung verzichten, er muß einfach bis zum Typiſchen werden, er muß Probleme berühren, die einer Gemeinſchaft, nicht einem Individuum eignen: politiſche, ſoziale, ewig aktuelle Probleme. Dadurch aber bekommt er plötzlich ſelbſtändige Bedeutung, im Gegenſatz zu früher, wo er vornehmlich für die muſikalischen Ereignisse den Untergrund bildete, Stimmung bereitend und untermalend, Spannung und Anreiz fördernd. Das Verhältnis hat ſich nahezu umgekehrt. Im Text ſcheint eine Annäherung an die griechiſche Tragödie verſucht, die die Handlung vor den Anfang oder hinter die Szene verlegt und ohne anreizende Spannung auskommt. »Die Wirkung der Tragödie beruhte niemals auf der epischen Spannung, auf der anreizenden Ungewißheit, was ſich jetzt und nachher ereignen werde: vielmehr auf jenen großen rhetoriſch-lyriſchen Szenen, in denen die Leidenschaft und die Dialektik des Haupthelden zu einem breiten und mächtigen Strom anſchwoll.« So Nietzſche. Vorausſetzung hierfür iſt allerdings, daß der zugrunde liegende Mythos lebendiges Kulturgut ſei. Die moderne Oper will mythiſch ſein, allgemeingültig, typiſch. Sie verzichtet auf die großen Hilfsmittel der romantiſchen Oper: Spannung, Geheimnis, Reiz. Und ſie ſpekuliert nicht auf jene menſchliche Eigenſchaft, durch die man die Menge immer wieder aus ihrer Teilnahmloſigkeit reißen wollte: die Neugier. Sie läuft zudem eine große Gefahr: Wo ihr die Erfüllung nicht völlig gelingt (und auch da, wo ſie von den Hörern mißverſtanden wird), geht der mangelnde Anreiz in Langeweile über. Eine Rede, die beinahe typiſch ſein könnte, aber nicht ganz den Charakter des Individuellen verloren hat, wirkt banal. Der unſympathiſche Ausdruck Gemeinplatz iſt dann einmal angebracht. Eine wirklich typiſche Rede oder Situation iſt nie langweilig. Über dieſen Bezirk iſt ſie erhaben, er reicht nicht mehr an ſie heran. Das Wort, und inſbeſondere

der Operntext, kann dieser Gefahr langweilig zu werden nur schwer entgehen. Hier liegt in der modernen Oper die Aufgabe der Musik. Wenn es ihr gelingt das Wesentliche eines Zustands zu bannen und darzustellen, wird die Situation nie langweilig werden können. Eine solche Darstellung, im Gegensatz zu Entwicklung, verlangt die abgeschlossene Form, im Gegensatz zur unendlichen Melodie. Charakterisieren, umreißen kann man nicht, indem man ohne Grenze und Form phantasiert. Mythos ist nicht Stimmung.

Diese Form wird auch offenbar versucht: Bürgschaft, Wozzek, Soldaten, Oedipus rex. Jede einzelne musikalische Szene ist in sich geschlossen, ist eine regelrechte Fuge, eine Tanzform, ein Kanon, ein Song. Die Mittel, Instrumentation, Besetzung, sind sparsam und durchsichtig. Diese Musik will nicht täuschen, sie bemüht sich verstanden zu werden und richtig verstanden zu werden. Sie will nicht einmal über die Realität wegtäuschen. Wo sie aber diese Aufgabe allzu wörtlich aufsaßt, wo sie Geräuschkulturn wird, ist sie nur pseudomodern, ist sie noch Naturalismus, ebenso wie da, wo mit modernen Requisiten Aktualität vorgetäuscht wird: Maschinist Hopkins. Was Mahagonny anlangt, so ist die Aktualität des Textes doch wohl zu sehr auf bloße Kritik und Polemik angelegt. Ein Kunstwerk darf nicht im Vorstadium des Typischen verharren. Es muß für die Probleme den überzeitlichen Ausdruck finden, darf nicht in der Reportage stecken bleiben. Auch Hindemiths Neues vom Tage leidet darunter, und es ist etwas mehr als ein Witz, wenn die Städtischen Gaswerke in Breslau sich über Lauras Arie »Fort mit den alten Gasbadeöfen!« beschwerten. Als ein echtes Beispiel jener Kunst, die zum Typischen, Allgemeingültigen, damit zum Mythos vorzudringen strebt, nenne ich, neben den oben genannten Werken Milhauds und Weills, vor allem Leos Janaceks Aus einem Totenhaus. (Das war das letzte Werk, das die Berliner Oper am Platz der Republik vor ihrer Erdrosselung noch herausbringen konnte. Wann wird die Berliner Oper Unter den Linden sich auf ihre Pflicht besinnen es wieder aufzunehmen?) Niemand wird die Stilverwandtschaft dieser Werke, bei aller sonstigen Verschiedenheit, verkennen können, ebensowenig die ihnen gemeinsame Tendenz nach der griechischen Tragödie hin. Allzu verfrüht schien mir der Schluß, wir hätten es hier mit dem Anbruch einer klassischen Epoche zu tun. Dies würde noch von einer Reihe von Dingen abhängen, die nicht in unserer Hand liegen. Immerhin, wenn wir diese Werke als richtiges Erzeugnis unserer Zeit ansehen, wenn wir die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in unsere Betrachtung einbeziehen, und wenn wir jene revolutionierende Wirkung der Oper, von der anfangs die Rede war, als wahr erkennen, dann gibt ein Nietzschewort zu denken: »Wo uns das "Naive" in der Kunst begegnet, haben wir die höchste Wirkung der apollinischen Kultur zu erkennen: welche immer erst ein Titanenreich zu stürzen und Ungetüme zu töten hat und über eine schreckliche Tiefe der Weltbetrachtung und reizbarste Leidenschaft Sieger geworden sein muß.«

In einer sehr lesenswerten Skizzierung der Situation der Oper, die Alfred Einstein vor einem Vierteljahr im Kunstwart gab, erwähnte er die landläufige Meinung, daß die Oper »das künstlichste, zusammengesetzteste Kunstwerk ist, das es gibt«, um aber hinzuzufügen, sie sei »darum freilich auch das herrlichste, wunderbarste, wenn es einmal glückt«. In der Tat, so ist es. Und darum ist auch unserer Zeit die Pflicht zum Neuschaffen auf diesem Gebiet auferlegt. *L'opéra est mort? Vive l'opéra!*



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Otto Bach

Lindqvist † Am 28. Mai starb der ehemalige langjährige Vorsitzende des Schwedischen Gewerkschaftsbunds Herman Lindqvist, im Alter von 69 Jahren. Er war der Organisator der modernen schwedischen Gewerkschaftsbewegung, an deren Spitze er mehr als 20 Jahre gestanden hat. Er war auch eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, Mitglied des Parlaments, in dem er mehrere Jahre hindurch als Präsident und Vizepräsident fungierte. Dem Kabinett Branting gehörte er als Arbeitsminister an. Als Gewerkschafter, Sozialdemokrat, Parlamentarier und Minister nahm er in zahlreichen Körperschaften an der Entwicklung der Sozialpolitik in Schweden und am Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes hervorragenden Anteil. Lindqvist war ein großer Freund und Verehrer der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ihrem größten Führer, Carl Legien, war er freundschaftlich verbunden. Durch ihn, namentlich aber durch Hjalmar Branting, den unvergeßlichen Freund und engen Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte, trat er in der Vorkriegszeit auch diesen nahe, und für sie schrieb er zu Brantings 50. Geburtstag einen Artikel über dessen Lebenswerk, das, nach Lindqvists Worten, zugleich »das Streben unserer Arbeiterklasse nach Licht und Freiheit« in sich schloß, »ein Streben, für dessen eifrigste Erfüllung Hjalmar Branting als leitender Stern voranleuchtet wird«.

Internationale Die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbunds am 9. und 10.

Juni befaßte sich vorwiegend mit der Reparationsfrage. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Lösung der Reparationsfrage nur dann endgültig und wirksam werden kann, wenn auch die Fragen der Kriegsschulden, der Währungen, des Kredits, der Produktion und des Güteraustausches international geregelt würden. Bekanntlich haben die dem Bund angehörenden Arbeitervertreter Léon Jouhaux, Corneille Mertens und Charles Schürch auf der 16. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf eine Resolution zur Annahme gebracht, die die Lösung dieser Probleme nach sozialen

Gesichtspunkten bezweckt. Der Völkerbundsrat hat ihr bereits zugestimmt und die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz in Aussicht genommen, auf der sich nunmehr der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung auf dem Weg über das Internationale Arbeitsamt fühlbar machen soll.

Im Namen von 14 Millionen organisierter Arbeiter unterbreitete der Internationale Gewerkschaftsbund der Abrüstungskonferenz eine Petition, in der die Staatsmänner aufgefordert werden, die Abrüstung endlich durchzuführen. Arthur Henderlon, als Präsident der Abrüstungskonferenz, antwortete, er werde »alles tun, was in seiner Macht steht, um das große Werk des Friedens vorwärtszubringen«, jedoch stünden die Formulierung von Vorschlägen und die Fassung von Beschlüssen lediglich den nationalen Delegationen der Konferenz zu.

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz hat eine Änderung ihrer Geschäftsordnung vorgenommen, die für die Selbständigkeit der Arbeitergruppe in der internationalen Arbeiterorganisation von einschneidender Bedeutung ist. Auf Antrag der italienischen Delegation wurde beschlossen, daß Einsprüche gegen die Vollmachten eines Delegierten künftig nur mit neuen Tatsachen begründet werden dürfen; sie sind unzulässig, wenn die Konferenz über die selbe Frage bereits auf früheren Tagungen entschieden hat. Ferner können Delegierte, die von ihrer Gruppe keinen Sitz in einem Ausschuss erhalten haben, in Zukunft die Zuweisung eines Sitzes durch den Vorschlagsausschuss der Konferenz beantragen. Die Arbeitergruppe bekämpfte diese Anträge aufs heftigste, da sie darin eine Beeinträchtigung ihrer Selbständigkeit sieht. Bekanntlich hat sich die Arbeitergruppe bisher immer geweigert das Mandat des falschhiltischen Arbeitnehmervertreters anzuerkennen, da seine Ernennung nach ihrer Auffassung nicht im Einklang mit der im Teil XIII des Friedensvertrags verbürgten Koalitionsfreiheit stehe.

Reichsregierung und Gewerkschaften Das Wort vom »Wohlfahrtsstaat« hat Millionen von

Volksgenossen mit Empörung erfüllt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bezeichnete die programmatische Erklärung der Reichsregierung in einer Kundgebung auf der Bundesausschußsitzung am 19. Juni als eine Kampfanzüge an die Arbeiterklasse.

Auch der Vorstand des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands wandte sich in einem Aufruf an die christliche Arbeiterschaft auf das schärfste gegen die Regierung Papen. In dem »Sturz der Volksregierung Brüning und dem vorbereiteten Aufmarsch des Klassenkabinetts Schleicher-Papen« sehen die Christlichen Gewerkschaften den »Versuch der Beseitigung aller Ansätze zum sozialen Volksstaat«.

Am 14. Juni kam die 1. Notverordnung des Kabinetts von Papen heraus, am 20. Juni nahmen die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen in einer gemeinsamen Erklärung zu ihr Stellung. In dieser Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die von der Arbeiterschaft unter den größten Opfern aufgebauten Sozialversicherungseinrichtungen in ihren Grundlagen bedroht seien. Die Arbeitslosenversicherung sei praktisch beseitigt. Die steuerlichen Neubelastungen seien vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt. Ein Ausgleich für diese Opfer durch Arbeitsbeschaffung, Siedlung oder andere Maßnahmen zur Überwindung des wirtschaftlichen Elends sei jedoch nicht vorgezogen. »Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geiste wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten.« Am Tag nach der Verkündung der Verordnung lud der Arbeitsminister Hugo Schäffer die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Besprechung ein. Er legte kein einzelnes gehendes Programm vor, beschränkte sich darauf zu erklären, daß er grundsätzlich auf dem Boden des bestehenden Arbeitsrechts stehe. Bei der Lohnreglung müsse jedoch der freien Vereinbarung der Parteien mehr Raum gelassen werden als bisher. Einen nochmaligen Lohnabbau halte er nicht für erträglich. In der Sozialversicherung sei es zur Erhaltung der Einrichtungen selbst erforderlich die Leistungen zu kürzen. Theodor Leipart bezeichnete die Erklärung des Reichskabinetts, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein dürfe, als eine Herausforderung der Arbeiter und Angestellten. Der Versicherungsgrundsatz sei durch die Notverordnung, die jede soziale Gerechtigkeit vermiffen lasse, aufs schwerste erschüttert. Was die Einführung der 40-Stunden-Woche angehe, so könne nur eine generelle gesetzliche Reglung die Möglichkeit von Neueinstellungen eröffnen. Die Freien Gewerkschaften lehnten die Verantwortung für die Folgen der Verordnung ab.

Am 4. September erschien die vom Reichskanzler von Papen in seiner Rede zu Münster angekündigte Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften lehnen nicht nur die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Verordnung als unzweckmäßig ab, sie sehen auch vor allem in der dem Kabinett gegebenen Blankovollmacht zur Änderung der Sozialpolitik eine Gefahr für die auf der Grundlage der Weimarer Verfassung seit 1919 in Deutschland geschaffene soziale Ordnung. Der Reichsarbeitsminister empfing nach Verkündung der Notverordnung am 8. September die Vertreter der Gewerkschaften. Er beteuerte, daß die Blankovollmacht, die sich die Regierung vom Reichspräsidenten für die Umgestaltung der deutschen Sozialpolitik hat geben lassen, nicht dazu dienen solle die Grundsätze des kollektiven Arbeitsrechts zu beseitigen. Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds trat am 9. September zu einer Aussprache über die Notverordnung zusammen. Dort wurde bei der Besprechung des Papenischen Arbeitsbeschaffungsplans darauf hingewiesen, daß er eine künstliche Stützung der privatwirtschaftlichen Tendenzen bezwecke und dem Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften genau entgegengesetzt sei. Es sei ein Unding den viel zu großen Produktionsapparat noch weiter ausbauen zu wollen. Am gefährlichsten für die Arbeiterklasse sind zweifellos die im sozialpolitischen Teil der Verordnung erlassenen Vorschriften, insbesondere der Eingriff in den Tariflohn, der eine völlige Auflösung aller Vertragsgrundsätze mit sich bringe. Leipart bekundete den Willen zu einem energischen Widerstand gegen den geplanten Lohnabbau und die Durchbrechung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds brachte in einer Veröffentlichung die Stellungnahme der Christlichen Gewerkschaften zu dem in der Notverordnung proklamierten Wirtschaftsprogramm der Regierung zum Ausdruck. Es heißt da unter anderem: »Der Plan der Reichsregierung hat nach unserer Ansicht nur dann Aussicht auf Gelingen, wenn er eine Veränderung in dem Sinne erfährt, daß die Belebung der Wirtschaft nicht einseitig durch Senkung der Lohnkosten und durch Aufbürdung neuer Opfer auf die Arbeitnehmer versucht wird. Die Senkung des Einkommens und die wachsenden öffentlichen Lasten haben dahin geführt, daß durch die Schrumpfung der Arbeitnehmerkauf-

kraft der Abplatz der Landwirtschaft und die Mieteinnahmen des Hausbesitzes gefährdet sind. Wenn wir gegen ein Weiterstreiten auf diesem Wege Einspruch erheben, so tun wir es also nicht nur, um die Lebenshaltung unserer Mitglieder zu verteidigen, sondern zugleich auch im Interesse der Gesamtwirtschaft.«

Die Gewerkschaften haben dann eigne Vorschläge zur Milderung der Wirtschaftskrise, zur Entlastung des Arbeitsmarkts durch Arbeitsbeschaffung und anderes gemacht. Die Gewerkschaftszeitung brachte am 2. Juli die programmatischen Richtlinien der Gewerkschaften zur Wirtschaftspolitik, in denen der Umbau der Wirtschaft gefordert wird. In planmäßiger Bedarfsdeckungswirtschaft müßte die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben.

Bergarbeiter Am 5. und 6. April tagte in Brüssel das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale. Es beschloß eine große internationale Demonstration in Gestalt eines Internationalen Bergmannstags zu veranstalten. Die wachsende Verschärfung der Krise hat in den einzelnen Ländern zu einer Verstärkung der protektionistischen Abwehrmaßnahmen geführt. Die internationale Kohlenmarktlage ist dadurch noch unübersichtlicher geworden. Zwar hat bereits die Völkerbundsversammlung im Jahr 1929 die Notwendigkeit einer internationalen Kohlenverftändigung anerkannt. Nach harten Kämpfen hat die 15. Internationale Arbeitskonferenz im Juni 1931 ein internationales Übereinkommen über die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau angenommen. Dieses Übereinkommen harrt jedoch noch immer der Ratifikation in den einzelnen Ländern. Die Bergarbeiterinternationale will durch die vorgesehene Demonstration, die international auf den 4. September 1932 festgesetzt ist, noch einmal eindringlich an das Gewissen der Welt appellieren und auf die Dringlichkeit der nicht mehr entbehrlichen internationalen Verftändigung auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft hinweisen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der Nationalrat der französischen Bergarbeiter am 23. Mai einstimmig eine Resolution angenommen hat, in der die unverzügliche Durchführung des Genfer Übereinkommens über die Verkürzung der Arbeitszeit, die Schaffung von nationalen Kohlenämtern und die internationale Organisierung, Kontrolle und Verteilung der Kohlenproduktion gefordert wird.

Vereinigte Staaten von Amerika Der Präsident der American Federation of Labor William Green führte anläßlich der Ablehnung des Antrags La Follette über die Erwerbslosenhilfe durch das amerikanische Parlament heftig Klage darüber, daß man zwar Milliarden für die Stützung der Landwirtschaft, die Sanierung zusammenbrechender Banken und die Subventionierung lebensunfähiger Betriebe durch den Staat aufwende, daß man aber den Arbeitern das einfachste Recht auf Unterstützung im Fall von Arbeitslosigkeit verweigere. Er wies darauf hin, daß das Risiko der Arbeitslosigkeit außerhalb der Person des Arbeitslosen liegt. Aus diesem Grund sei eine Unterstützung gerechtfertigt. Der Staat sei angeichts der gegenwärtigen Verhältnisse zur Unterstützung oder zur Arbeitsbeschaffung verpflichtet, andernfalls sei der Bestand der gesellschaftlichen Ordnung und der demokratischen Einrichtungen gefährdet.

Nach jahrzehntelangen Kämpfen sind in den Vereinigten Staaten von Amerika endlich die richterlichen Einhaltsbefehle (injunctions) durch einen Parlamentsbeschluß, der von Herbert Hoover unterzeichnet wurde, zu Fall gekommen. Diese Einhaltsbefehle sind von den Behörden bisher meist dazu mißbraucht worden bei Streiks gegen die Gewerkschaften und die streikenden Arbeiter einzuschreiten. Nach der Neureglung dürfen Einhaltsbefehle nur noch in Fällen erfolgen, bei denen die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Schädigung und der Bedrohung öffentlicher Interessen besteht. Jedoch ist auch das Rechtsmittel der Berufung an eine höhere Instanz vorgezogen.

Die amerikanischen Gewerkschaften werden nun von der wirtschaftlichen Entwicklung gedrängt sich eine politische Interessenvertretung im Parlament zu schaffen. Der Präsident des Gewerkschaftsbunds William Green äußerte in einer Rede in New Jersey, daß in Amerika eine Arbeiterpartei ins Leben gerufen werden müße, wenn die politischen Interessen und das Verlagen des herrschenden politischen und wirtschaftlichen Kurles das notwendig machen.

Totenliste Am 17. Januar starb in Berlin der langjährige Kalfierer des Vorstands des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds *Hermann Kube*, in seinem 67. Lebensjahr. Er war politisch nicht besonders an die Öffentlichkeit getreten. Aber er war als Finanzminister des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds

eine gewichtige Persönlichkeit in der Bewegung. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund verlor durch seinen Tod einen jener Männer, die zur alten Garde gehören. Kube war seit 1889 Mitglied des Verbands der Zimmerer, wurde dort Vorsitzender des Ausschusses, nachdem er bereits 1902 vom Stuttgarter Kongreß in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt worden war. In dieser Organisation, die später zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund umgewandelt wurde, verfaß er in einer fast 30jährigen Tätigkeit das Amt des Kassierers in vorbildlicher Weise.

Am 9. Mai starb in Berlin August Quitt, in seinem 62. Lebensjahr. Seit 1891 war er Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 1903 wurde er Geschäftsführer der Kieler Ortsverwaltung dieser Organisation. 1905 wurde er nach Stuttgart in die Redaktion der Metallarbeiterzeitung berufen, wo er 14 Jahre lang bis zu den inneren Auseinandersetzungen im Verband zusammen mit Johannes Scherm tätig war. 1919 schied er mit Alexander Schlicke und anderen aus dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus, um im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an der Seite Paul Umbrechts als 2. Redakteur des Korrespondenzblatts zu fungieren. Auch an den Sozialistischen Monatsheften hat er gelegentlich mitgearbeitet. Er war ein sehr guter Kenner der nordischen Gewerkschaftsbewegung und der nordischen Sprachen, hat daher in den Gewerkschaftsorganen der nordischen Länder viel zum Verständnis der deutschen Gewerkschaften beigetragen.

Kurze Chronik Der *Allgemeine Deutsche Beamtenbund* konnte anläßlich seiner Bundesversammlung am 18. Juni sein 10jähriges Bestehen feiern. Am 19. Juni fand in Berlin, im ehemaligen Herrenhaus, eine Festversammlung statt, auf der die befreundeten Organisationen und die (damals noch amtierende) preußische Regierung Glückwünsche überbrachten. ◊ Am 1. Juli schloß sich der Verband der *Kupfer Schmiede* nach 46jährigem Bestehen dem Deutschen Metallarbeiterverband an, nachdem bereits seit 1926 mit ihm ein Kartellvertrag bestanden hatte. Die nünmehr mit den Metallarbeitern vereinigten Kupfer Schmiede bilden eine eigne Branche im Rahmen des Deutschen Metallarbeiterverbandes. ◊ Die Internationale Union der *Friseurgehilfen* hielt vom 16. bis zum 18. August ihren 7. Internationalen Kongreß in Dresden ab. Sie

konnte bei dieser Gelegenheit ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Dem Kongreß lag aus diesem Anlaß eine Denkschrift über das Wirken der Organisation in den letzten 25 Jahren vor. ◊ In welcher Weise die großen Verbände unter der Krise zu leiden haben, zeigt der vom *Deutschen Metallarbeiterverband* seinem Verbandstag im August erstattete Kassenbericht. Danach hat der Verband seit dem 3. Quartal 1929 allein an Unterstützungen 105 Millionen Mark ausgezahlt. Für Bildungszwecke, Konferenzen und anderes wurden 10,2 Millionen ausgegeben. ◊ In der *englischen* Arbeitslosenversicherung ist die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt worden. Sie begegnet dem schärfsten Widerstand der englischen Gewerkschaften.

Literatur Die Schrift *Bernhard Düwells* Gewerkschaften und Nationalsozialismus/Berlin, E. Laub/ bringt durch sorgfältig ausgewähltes Material interessante Beweise für die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Wenn die Bemühungen der Nationalsozialisten gerade auf dem Gebiet des Gewerkschaftswesens ohne Erfolg geblieben sind, so nicht zuletzt deshalb, weil die sogenannte Gewerkschaftspolitik dieser Partei nicht nur dem Wesen der Gewerkschaften sondern auch den kollektivrechtlichen Ergebnissen ihres Wirkens absolut fremd und verständnislos gegenübersteht. Dies beweisen auch die der Schrift im Anhang beigegebenen Richtlinien für die nationalsozialistischen Betriebsfunktionäre. Jetzt freilich werden in dieser Partei Stimmen laut, die eine Hinwendung zur Sozialpolitik fordern. ◊ Die Schrift *Ludwig Freys* Die Stellung der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu den politischen Parteien /Berlin, Christlicher Gewerkschaftsverlag/ stellt den Weg der Christlichen Gewerkschaften zur interkonfessionellen Einheit und ihr Verhältnis zu den Parteien anschaulich dar. Die Vorwürfe gegen die Freien Gewerkschaften wegen ihres Zusammenhangs mit der Sozialdemokratischen Partei klingen eigenartig angelichts der (bisher allerdings erfolglosen) Bestrebungen, vor allem Adam Stegerwalds, eine christlich-demokratische Arbeiterpartei zu schaffen oder das Zentrum zu einer solchen zu gestalten. Bei der politischen Entwicklung unserer Tage dürfte das auch von Frey vertretene System der Querverbindungen für den Ausbau eines gelunden Sozialrechts kaum ausreichen.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Besteuerung Immer wieder wird von interessierter Seite die Behauptung aufgestellt und von unwissenden Demagogen verbreitet, die Konsumgenossenschaften seien von der Steuergesetzgebung im Vergleich mit dem Mittelstand begünstigt worden. Man spricht von Millionenbeträgen, die dem Staat durch die Steuerbegünstigung der Konsumgenossenschaften verloren gehen. Die erst kürzlich wieder von der Presse der Händlergenossenschaften über die steuerliche Bevorzugung der Konsumgenossenschaften verbreiteten Zusammenstellungen beruhen auf gradezu närrischen Phantastereien. Wenn die Konsumgenossenschaften, so argumentiert man zum Beispiel, keine Eigenproduktion, sagen wir Bäckereien, hätten, dann müßten sie für den Bezug ihrer Backwaren Millionen an Umsatzsteuer zahlen, die dem Staat also verloren gehen. Ob man dem Bäckermeister, der sein Brot ja auch selbst backt und vertreibt, auch die Umsatzsteuer verdoppeln möchte? Das mag als Beispiel genügen. Die steuerliche Begünstigung der Konsumgenossenschaften behaupten heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Einmal werden die Konsumgenossenschaften steuerlich keineswegs anders behandelt als andere Genossenschaften, es sei denn ungünstiger; so sind zum Beispiel die landwirtschaftlichen Genossenschaften, vielfach auch die gewerblichen Genossenschaften, von der Gewerbesteuer befreit, die Konsumgenossenschaften dagegen nicht. Zum andern sind die Konsumgenossenschaften steuerlich in vielen Fällen ungünstiger gestellt als der Privathandel. Sie genießen nicht die 20 000-Mark-Freigrenze bei der Vermögenssteuer. Bei ihnen ist nicht ein Teil des Gewerbeertrags von der Gewerbesteuer befreit wie beim privaten Gewerbetreibenden (in Preußen 1500 Mark <kraft dieser Bestimmung waren in den letzten Jahren in Preußen weit mehr als 1/2 aller Gewerbebetriebe von der Gewerbesteuer befreit>). Sie zahlen in vielen Fällen drückende Filialsteuern. Sie zahlen zum allergrößten Teil als Sondersteuern erhöhte Umsatzsteuern (2 1/2 % statt 2 % bei einem Umsatz von mehr als 1 Million Mark jährlich), die eine außerordentliche Belastung darstellen. Und sie sind mit der Industrieaufbringungssteuer belastet, die Handel und Gewerbe nicht zu tragen brauchen. Nur bei der Körperschaftsteuer sind die Genossenschaften schlechthin von der Besteuerung des Einkommens aus dem rein genossen-

schaftlichen Geschäftsbetrieb befreit (nicht befreit sind zum Beispiel Einkünfte aus Kapitalvermögen, Grundstücksvermietung und so weiter), da sie keine profitierzielenden Unternehmungen sind. Der Ertrag einer solchen Besteuerung wäre aber außerordentlich gering, er wird auf nicht viel mehr als 1/2 Million Mark geschätzt, während man die Mehrbelastung der Konsumgenossenschaften durch die Sonderumsatzsteuer allein auf 12 bis 15 Millionen Mark errechnet hat. Bei solcher Sachlage kann man eher von einer ungerechten Steuerbedrückung als von einer Steuerbevorzugung der Konsumgenossenschaften sprechen.

Spareinlagen Zahlungstrocknungen bei den großen Berliner Konsumvereinen, dem Beamtenwirtschaftsverein und der Berliner Konsumgenossenschaft, haben das Problem der Liquidität der konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen zur Diskussion gestellt. Man hat den Konsumgenossenschaften Vorwürfe gemacht, sie hätten ihre Spargelder zu sehr im Warengeschäft verwertet, hätten sie in großzügigen Investitionen verbaut oder illiquide in Grundstücken oder Hypotheken angelegt. Das stimmt in dieser Allgemeinheit keineswegs. Wer die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in den Jahren nach der Inflation verfolgt hat, weiß, daß der Aufbau der Konsumgenossenschaftswirtschaft sich organisch, das heißt der die Bedarfsentwicklung widerspiegelnde Umsatzvergrößerung und der sich stärkenden Finanzkraft der Genossenschaft entsprechend, vollzogen hat. Wo Überspannungen vorgekommen sind, handelt es sich um Einzel- und Ausnahmefälle. Die Konsumgenossenschaften haben immer für eine ganz weitgehende Liquidität ihrer Spareinlagen Sorge getragen. Die Liquiditätsrate der konsumgenossenschaftlichen Spargelder im Zentralverband Deutscher Konsumvereine betrug nach der sehr gewissenhaften Jahresstatistik des Zentralverbands Ende 1929 42,5%, Ende 1930 38,59% und Ende 1931 31%, eine Liquidität, wie sie von anderen Sparinstituten wohl nur selten erreicht worden ist. Seit der Julikrise 1931 haben die Konsumgenossenschaften natürlich starke Verluste an Spareinlagen zu verzeichnen gehabt, sie haben innerhalb eines Jahres 205 Millionen Mark, das ist die Hälfte ihres gesamten Spareinlagenbestands, auszahlen können: eine »allseitig anerkannte Glanzleistung«, wie Vollrath Klepzig am 20. August in der Konsumgenossenschaft-

lichen Rundschau sagte. Daß solche Leitungen hier und da zu Erfchöpfungserscheinungen und zur Inanspruchnahme von Überbrückungskrediten geführt haben, ist zwar an sich ein ernstes Symptom der Krisenverheerungen, bedeutet aber noch keineswegs eine ernstliche Gefährdung eines gelunden Unternehmens, solange Sparer und Mitglieder nicht den Kopf verlieren. Die Überwindung der Schwierigkeiten wird freilich nur möglich sein, wenn alle Genossen im Geiße gegenseitiger Hilfe zusammenwirken und nicht nur der Genossenschaft unbedingte Treue halten sondern auch den Kampf für die Verbreiterung der Genossenschaftsbasis und die Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens aufnehmen.

Der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 1. Juni 1930 bringt eine Gegenüberstellung des Stands der genossenschaftlichen Spareinlagen vom 30. Juni 1931 und vom 31. Dezember 1931. Danach haben sich die Einlagen der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften in dieser Zeit von 1767 Millionen Mark, das heißt um 207 Millionen Mark oder 10,5% vermindert. Bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften beträgt der Einlagenverlust 243 Millionen Mark oder 16,2%, die Summe der Einlagen verringerte sich von 1496 auf 1253 Millionen Mark. Die Konsumgenossenschaften haben mit 21% die relativ stärkste Einlagenschumpfung aufzuweisen, weil ihre Mitglieder durch Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und ähnliches in stärkstem Maß zum Verzehr ihrer Notgrofchen gezwungen sind. Der Bestand ihrer Spareinlagen ging von 448 um 94 auf 354 Millionen Mark zurück.

Zentralverband Deutscher Konsumvereine Vom 6. bis zum 8. Juni fand in Jena der 29. Genossenschaftstag des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine statt, der, wie alljährlich, die Berichte über die Entwicklung der Bewegung (Vollrath Klepzig), über Wirtschafts- und Steuerfragen (Hugo Bäßlein) und über das Fortbildungswesen (Walter Hoff) und ein Referat Gustav Peterlens über die Notverordnungen und ihre Auswirkungen entgegennahm und diskutierte. 2 Resolutionen wurden angenommen; die eine wendet sich gegen Autarkiebestrebungen und fordert stärkere Berücksichtigung der Verbraucherinteressen in der Wirtschaftspolitik, die andere verlangt die Beseitigung der ungerechten Sonderbesteuerung der Konsumgenossenschaften und weist die Zweckklügen über die steuerliche Bevorzugung der Konsumgenossen-

schaften mit der gebotenen Schärfe zurück. Die Wahlen brachten eine Veränderung im Geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbands. An die Stelle des am 30. September auscheidenden Vorstandsmitglieds August Kalch tritt der frühere badische Staatspräsident Adam Remmele. Kalch, der am 13. Januar 1871 in Pehmerhof in Holtheim geboren wurde, war seit 1896 in der deutschen Arbeiterbewegung tätig, zuerst als Redakteur bei verschiedenen Arbeiterzeitungen, seit 1912 als Schriftleiter der konsumgenossenschaftlichen Presse des Zentralverbands; seit 1920 war er Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Zentralverbands. Auch im Internationalen Genossenschaftsbund hat er als Mitglied des Zentralvorstands intensiv mitgearbeitet. Dabei kam ihm seine nicht alltägliche Sprachbegabung sehr zuflatten. Nach Heinrich Kaufmanns Tod vor 4 Jahren hat August Kalch in dessen Geiße in der konsumgenossenschaftlichen Presse weitergearbeitet. Er legte jetzt sein Vorstandsamt nieder, weil er die Altersgrenze erreicht hat, und sein Gesundheitszustand es erfordert. Remmele wurde am 26. Dezember 1877 in Altneudorf bei Heidelberg geboren. Er war von Beruf Müller. Schon in jungen Jahren hat er in der Genossenschaftsbewegung eine Rolle gespielt, später war er 10 Jahre lang Redakteur der Mannheimer Volksstimme. 1919 wurde er badischer Innenminister, 1922 bis 1923 war er badischer Staatspräsident, 1925 bis 1926 badischer Kultusminister. Schon seit 1902 trat er in der Konsumgenossenschaftsbewegung hervor, lange Jahre war er Mitglied respektive Vorsitzender des Aufsichtsrats des Mannheimer Konsumvereins. Als Aufsichtsratsmitglied des Verbands Südwestdeutscher Konsumvereine gehörte er auch dem Generalrat des Zentralverbands an. Seine Wahl in den Geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbands zeugt von dem großen Ansehen, das er sich in der Konsumgenossenschaftsbewegung erworben hat.

Propaganda Im Verlag der britischen Co-operative Union in Manchester erschien ein illustriertes Büchlein Frederick Goulds Working Together, Co-operation through the Ages, das in der Art leichtverdaulicher *Lebeshandbüchlein* Nutzen und Segen der Zusammenarbeit an Beispielen aus der Geschichte dartut.

Wenn der Reichsverband Deutscher Konsumvereine durch eine kleine Schrift Robert Schloefflers und Walter Breuers Nationalsozialismus und Konsumgenossen-

schaftswesen /Köln, Gepagverlag/ den *Nationalsozialisten* klarzumachen versucht, daß ihre Hetze gegen die Konsumgenossenschaften dem nationalsozialistischen Programm (»Gemeinnutz geht vor Eigennutz«, »Bedarfsdeckungswirtschaft«, »Volksgemeinschaft«) widerspricht, und daß der Nationalsozialist eigentlich Konsumgenossenschaftler sein müßte, so soll sein Bemühen anerkannt werden. Erfolg wird es jedoch kaum haben; denn der Widerspruch zwischen nationalsozialistischer Praxis und Theorie ist durch die kleinbürgerlichen Interessen der Bewegung bedingt, die stärker sind als alle Programmsätze und Argumente.

Totenliste Am 19. September 1931 verlor die deutsche Konsumvereinsbewegung durch den

Tod *Andreas Mirus'* einen ihrer fähigsten Führer. Mirus erlag im Alter von 58 Jahren in Berlin einer schweren innern Krankheit. Er hatte sich mit eifernem Fleiß ein großes Wissen erarbeitet, betätigte sich seit der Jahrhundertwende an führender Stelle in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, zuerst in Frankfurt, dann in Berlin. 1912 wurde er Sekretär, 1919 Geschäftsführer der Berliner Konsumgenossenschaft. Unter seiner Leitung entwickelte diese sich zu ihrer gegenwärtigen Größe.

Am 29. Oktober starb der Geschäftsführer des Konsumvereins für Pulsnitz und Umgegend *Emil Klotzche*, in seinem 60. Lebensjahr. Er war einer der Pioniere der Genossenschaftsbewegung in Sachsen. Gründung und Aufschwung des Konsumvereins Pulsnitz, der heute eine ansehnliche Bezirkskonsumgenossenschaft ist, sind eng mit seinem Namen verknüpft.

Am 9. November starb in Berlin einer der ersten geistigen Führer und Förderer der deutschen Baugenossenschaftsbewegung, *Heinrich Albrecht*, 75 Jahre alt. Die Gründung vieler Vereine ist auf seine Initiative zurückzuführen. Später setzte er sich mit Energie für die Zusammenfassung der zahlreichen Baugenossenschaftsverbände ein; die Schaffung einer baugenossenschaftlichen Spitzenorganisation 1920, und 1924 die des Hauptverbands Deutscher Baugenossenschaften ist vor allem ihm zu danken.

Am 18. Dezember starb unerwartet das Vorstandsmitglied des Spar- und Konsumvereins Stuttgart *Karl Kämpf*, in seinem 64. Lebensjahr. Er gehörte 17 Jahre dem Aufsichtsrat und seit 1923 dem Vorstand der Stuttgarter Konsumgenossenschaft an, an deren Aufbau er mit unermüdlichem Eifer wirkte.

Kurze Chronik Die Freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften haben in einem Aufruf ihre Mitglieder aufgefordert den Konsumgenossenschaften beizutreten und ihre ganze Kaufkraft für die organisierte *Bedarfsdeckungswirtschaft* einzusetzen. ◊ Die *Volkshürforge* konnte 1931 ihren Versicherungsbestand nicht ganz halten. Die Gesamtversicherungssumme ging, hauptsächlich infolge von Verfall und Rückkauf von Versicherungen, von 815 429 000 auf 772 744 000 Mark zurück. Die Zahl der bestehenden Versicherungsverträge hat sich jedoch von 2 151 000 auf 2 225 000 erhöht. Die Bilanz weist einen Gewinn von 12 584 000 Mark aus (13 090 000 Mark im Vorjahr), außerdem sind beträchtliche Summen den Reserven zugewiesen worden. ◊ Die deutschen *landwirtschaftlichen* Genossenschaften, die in diesem Jahr am 23. und 24. Juni in Dresden tagten, verlangten von der Reichsregierung Hilfe für die ländlichen Kreditgenossenschaften, die an sich zwar, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gesund, aber durch die für sie lebensnotwendige Rücksicht auf die Lebensinteressen ihrer Schuldner manövrierunfähig wären oder zu werden drohten. Der Reichsernährungsminister Magnus von Braun sagte den erbetenen Beistand, die Mitwirkung der Regierung an der Liquidierung der ländlichen Kreditgenossenschaften, grundsätzlich zu. Er fand auch anerkennende Worte für die Konsumgenossenschaften. Ob sich zu dieser Anerkennung auch die Bereitschaft zu praktischer Hilfe für die Genossenschaften der Ärmsten gefellt, steht dahin.

Literatur In 2. Auflage erschien bereits das von Emma Adam überfetzte Buch *Thorlten*

Odhes Finnland, das Land der Genossenschaften /Berlin, Struppe & Winckler/. Odhe, ein schwedischer Genossenschaftler, hat Finnland bereist und dort dessen Genossenschaftswesen studiert. Väinö Tanner, der verdienstvolle Führer der fortschrittlichen Konsumgenossenschaftsbewegung Finnlands, schreibt in dem Geleitwort, das er diesem Buch mitgab, daß Odhe nicht nur in die Genossenschaftsbewegung des Landes eingedrungen sei sondern auch die Grundbedingungen der finnländischen Wirtschaft klar erkannt habe. Ein intensives Genossenschaftsleben pulsiert in Finnland, eine vorbildliche Genossenschaftsorganisation besteht, und ein prachtvoller Genossenschaftsgeist herrscht dort. Neuland wird gerodet, für eine neue Zeit.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Hugo Ehlers

Kategorien

Bei einer Vergleichung der Kategorien der geistigen mit denen der physischen Wirklichkeit wie sie *Heinrich Maier* in *Wahrheit und Wirklichkeit* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ vornimmt, ergeben sich wichtige Durchblicke. Wir finden Kategorien, die für beide Gebiete der Weltwirklichkeit, die physisch-objektive sowohl wie die psychisch-subjektive, in gleicher Weise gelten, und dann spezifisch andere Kategorien, die nur der geistig-seelischen Wirklichkeit zukommen. Das Seelische tritt uns in zeitlicher Ordnung entgegen wie das Physische. Aber die andere präsentative Anschauungskategorie; die Räumlichkeit, fehlt. An ihrer Stelle findet sich die Kategorie der Bewußtheit; jedes seelische Erlebnis hat die auszeichnende Eigenchaft von Bewußtsein begleitet zu sein. Dieses Bewußtsein ist jedoch kein Vorstellen und Denken. Auch ist es nicht so zu verstehen, daß, wie man früher glaubte, jeder seelische Ablauf gleichzeitig wahrgenommen würde. Dann müßte das Ich in 2 Hälften zerfallen, eins, das ein Erlebnis hat, und ein anderes, das dieses Erlebnis wahrnimmt. Die qualitative und intensive Bestimmtheit hat das Seelische mit dem Physischen gemein. Dagegen treten uns auf noetisch-kategorialem Gebiet, der Sphäre der formenden Kategorien des Denkens, bemerkenswerte Divergenzen vom physischen Gebiet entgegen. Als grundlegende Sachkategorie findet sich zwar wieder die Objektivität, aber es ist eine Objektivität nur im logischen Sinn, nicht im erkenntnistheoretischen; denn in der psychischen Wirklichkeit sind die Objekte immer subjektiv, liegen auf der Seite des Ich. Es gibt keine psychischen Imperfonalien. Als selbständige Sachkategorie bleibt nur die Kategorie des Ich. In der Geschichte der Psychologie wurde oft gestritten, ob dieses Ich im Sinn einer Substanz aufzufassen sei. Die älteste substantialistische Auffassung war die das Seelische als Komplex feinmaterieller Atome zu betrachten (Demokrit). Daneben lief die aristotelische dynamische Seelenauffassung. Erst Descartes ist als Begründer der psychologischen Substanztheorie anzusehen. Seitdem hat man oft versucht den Substanzbegriff aus der Psychologie zu eliminieren. Hume lehnte ihn zum Beispiel ab, ihm folgend natürlich der moderne Positivismus, der ja überhaupt kategorienfeindlich ist. Zu Wilhelm Wundts Zeiten sprach man viel

von der "Psychologie ohne Seele", der "aktualistischen" Seelentheorie. An die Stelle der Substanzkategorie tritt nach Maier die Kategorie der personalen Subjektivität, die, ähnlich der Substanzkategorie, eine Einheit der Zustände und Beharrlichkeit im Wechsel ausdrückt. Anders die Kausalität. Eine transeunte Kausalität wie im Physischen gibt es hier nicht. Mit der Vorstellung, daß ein Ding durch seine Aktion eine Veränderung an einem andern Ding hervorruft, läßt sich in der Psychologie nichts anfangen. Am meisten hat die Allokationspsychologie versucht in Vorstellungen letzte Elemente zu sehen, die in Wechselwirkung treten. Wir können indes nicht eine Vorstellung als Ursache einer andern betrachten. Daß eine solche Kausalität nicht in Frage kommt, ergibt sich schon daraus, daß strenge Allokationsgesetze nicht aufgestellt werden können. Entscheidend für die Wahl der Reproduktionsrichtung ist die jeweilige Interessenlage des Ich. Wenn also die transeunte Kausalität ausschaltet, so haben wir die personale, immanente an die Stelle zu setzen; eine innere Entwicklungstendenz ist es, die das seelische Leben vorwärtstreibt. Wir haben hier das Urbild der Kausalität, die der Vitalismus aller Zeiten auf das biologische Gebiet übertragen möchte. Entsprechend der Kategorie der komplexen Objektivität reden wir von komplexen Personalobjekten. Die Sozialpsychologie hat hier zu arbeiten. Von den Abstraktionskategorien Begrifflichkeit und Individualität ist die zweitgenannte auf psychischem Gebiet zuerst entdeckt worden und so sehr hervorgetreten, daß von einer Gruppe von Methodologen Geisteswissenschaften mit Individualwissenschaften identifiziert wurden. Diese Einteilung hat dazu geführt die Psychologie, sofern sie sich bemüht Gesetze der seelischen Vorgänge aufzustellen, aus dem Gebiet der Geisteswissenschaften auszuschließen, während sie deren Grundlage darstellt. Als Mittelding zwischen Begriff und Individuum spielt die Kategorie des Typus im Seelisch-Subjektiven eine größere Rolle als im Physischen. Typen sind immer noch anschauliche Größen, Repräsentanten gewisser Gruppen von wirklichen Individualobjekten; Begriffe nur solche von möglichen Individuen. Die Modalkategorien (Sein, Notwendigkeit, Tatsächlichkeit) weisen keine wesentlichen Differenzen auf, wenn auch die Art des Gegebenseins psychischer Inhalte von dem physischen erheblich abweicht.

Charakterologie Einen eigenartigen Versuch auf den elementaren Grund psychischer Anlagen, Triebe, Charaktere zu gelangen unternimmt *Richard Wahle* in seinem Buch *Entstehung der Charaktere* (München, Dreimaskenverlag). Unter scharfen Ausfällen gegen den »psychologischen Unfug«, das Operieren mit verwalchenen Begriffen, die Annahme eines Unbewußten, beginnt er sein Werk. Er stellt sich die Aufgabe die letzten physiologischen Kräfte eines Charakters aufzudecken. »Mit der Seele, von der wir absolut nichts wissen, kann man nicht operieren. Für uns rührt alles Psychische (ohne Erkenntnis der wahren Wesenheiten, nur phänomenal) ausschließlich von physiologischen, ad hominem ursächlichen Faktoren der Hirnfelder her. Der Charakter ist lediglich durch rationale Prinzipien konstruierbar.« Die zahlreichen Mischungen rühren zu einem Teil von den möglichen Kombinationen der Grundfunktionen her, zum andern aber von den ungeheuer variablen äußeren Verhältnissen, vom Beruf, vom Stand, vom Angelernten, von der Lebensgeschichte. Wahles Methode die Funktionsmodifikationen zu erkennen besteht darin die Modalitäten der disponiblen physiologischen Zentralfelderbewegungen und -leitungen zu überdenken. So gelangt er zu 4 bis 5 Grundelementen, die er wie chemische Elemente benennt. Die sensorischen Felder im primären Erregungszustand der wirklichen Impressionen bezeichnet er mit J_1 . Die sekundären Reproduktionen, die Erinnerung und Phantasie hiermit vornehmen (die von Hume so genannten »ideas«), erhalten den Namen J_2 . Wir kommen nunmehr zur Reaktion des Gehirns auf die primären Eindrücke. Entweder zeigt es die reaktive Motorik des Festhaltens oder die des Abstoßens (+R oder -R). Es erzeugen zuweilen Impressionen, die sonst +R erregten, auch -R. Das hängt dann von vorübergehenden physiologischen Zuständen der die Sensitivität ausmachenden Reaktionsfelder ab. Werden solche Zustandsarten habituell, so ergeben sich Konstitutionen, die vorzugsweise +R oder -R aufweisen, mit vorwiegend Annahmeauschlag oder Abwehrausschlag. Beim -R sei zum Beispiel eine lebenslängliche chemisch-physikalische Krankheit der Reaktionsinnervationsfelder vorhanden. Von der reaktiven ist die aktive Motorik (M) zu trennen. Unter M sind die nach Vorstellungen und Bedürfnissen von den motorischen Feldern auf Arme, Beine, Rumpf, Sprachorgane, Augenmuskeln

ausgehenden Innervationen und Impulse mit ihren Muskeleffekten zu verstehen. Eine Unterart des M, das sich im engeren Sinn auf das Überwinden äußerer Widerstände und auf die Sprachwerkzeuge richtet, stellt die Motorik dar, die das Augenfixieren und die Beherrschung der Gesichtsmuskeln innerviert (Mi, Spähspannung). Damit sind nach Wahle die Grundpotenzen der Charaktere erschöpft. Es folgen nun Beispiele. Zur Psychologie der Frau bemerkt der Verfasser, bei ihr sei das M und das Mi durchschnittlich schwächer. Die Frau hat »kein dauerndes Interesse für Sammlung und Ordnung von Wissen, von Objektivitäten, keine Neigung zur Systembildung«. In der Psychologie des Philosophen unterscheidet sich Wahle von der heute üblichen psychoanalytischen Betrachtungsweise durch größere Nüchternheit. Ganz und gar lehnt er es ab den Inhalt philosophischer Lehrmeinungen psychologisch »erklären« zu wollen, wie dies zum Beispiel Alexander Herzberg in seinem Buch *Zur Psychologie der Philosophie* und der Philosophen (Leipzig, Felix Meiner) tut. Für Herzberg ergibt sich als Konsequenz die »Anerkennung« eines biologischen Werts der Philosophie.

Psychotechnik Auf dem letzten Kongress für Psychotechnik, der in Moskau tagte, unterschied *William Stern* 2 Ziele der Psychotechnik: ein transpersonales, die Förderung von Wirtschaftszwecken, und ein personales, die Erkenntnis und Förderung des Faktors Mensch. Da das transpersonale Ziel von praktisch-wirtschaftlichen Motiven gefordert wird, kann die Psychotechnik von dieser Seite her nicht zeitunabhängige Naturwissenschaft werden; sie ist kulturwissenschaftliche Hilfsdisziplin. Psychotechnik ist die praktische Wissenschaft von der Erkenntnis menschlicher Eigenschaften, Verhaltens- und Erlebnisweisen, unter dem Gesichtspunkt ihrer wechselseitigen Beziehung mit verschiedenen Gebieten des Lebens, von denen insbesondere das der wirtschaftlichen und beruflichen Arbeit interessiert. Die personalistische Betrachtung stehe unter den 3 Gesichtspunkten der Leistung, des Erlebens und des Ausdrucks. Dem eigentlichen psychologischen Problem steht die Erforschung der Erlebnisseite am nächsten, während die Ausdrucksuntersuchung zum Beispiel die Hemmungen untersucht, die die heutige Wissenschaft dem entgegensetzt, daß Arbeit überhaupt noch eine angemessene Ausdrucksform der Persönlichkeit sein

kann. Stern forderte ein »Totalverfahren«, das die kernhaften Züge einer Persönlichkeit feststellt, soweit sie für das Berufsleben relevant sind. Das polysymptomatische Prüfungssystem, selbst wenn man tiefenpsychologische Gesichtspunkte heranzieht, reiche nicht aus.

Der Moskauer Psychotechniker *Iaak Spielrein* führte aus: Bis 1924 habe in Rußland die aus dem Westen übernommene Psychotechnik gegolten. Dann habe die Sozialkritik eingegriffen und die Konstanz der Eigenschaften bezweifelt. Die bürgerliche Psychotechnik sei nämlich genötigt die Bedeutung der Konstanten und der (unveränderlichen) biologischen Faktoren zu vergrößern, dagegen die dynamischen und soziologischen Faktoren zu verkleinern. Die Psychotechnik, die ein Hilfsmittel des Proletariats im Klassenkampf sein will, stellt keine Eigenschaften fest (die es nicht gibt) sondern hat die Aufgabe die allgemeinen menschlichen Anlagen zu unterstützen, so daß eine Berufsanpassung ermöglicht wird. Sie bewegt sich dabei in den Bahnen der Adlerischen Individualpsychologie. »Sowenig es einen sozialen Fatalismus gibt, so wenig gibt es eine berufliche Vorherbestimmung.« Daher muß die Psychotechnik im üblichen Sinn hinter die enzyklopädische polytechnische Schulung zurücktreten. Ihre Aufgabe ist Kenntnisse und Fähigkeiten nach den verschiedensten Berufen hin zu entwickeln, so daß der einzelne Arbeiter an jeder Stelle der rationalisierten Industrie eingesetzt werden kann. Die mathematische Methode in der Psychotechnik setze Größen und damit Konstanten voraus. Diese aber seien eine Erfindung der herrschenden Klasse zur Niederhaltung des Proletariats.

Veranstaltungen Das Pädagogisch - Psychologische Institut der Universität München veranstaltete vom 2. bis zum 5. August einen *Ferienkurs München 1932* mit dem Thema Die Psychologie der Gegenwart. Es sprachen dort Vertreter der verschiedenen psychologischen Schulen unserer Tage, jeder über Grundätzliches seiner besonderen Richtung; Alfred Adler (Individualpsychologie), Aloys Fischer (Psychologie als Anthropologie und Biographie), Erich Jaensch (Integrationspsychologie), Ludwig Klages (Triebe und Wille), Wolfgang Köhler (Gestaltungspsychologie), Johannes Lindworsky (Empiristische Psychologie), Eduard Spranger (Geisteswissenschaftliche Psychologie), William Stern (Persönlichkeitsdiagnose).

Der große 10. *Internationale Kongreß für Psychologie* fand vom 22. bis zum 27. August in Kopenhagen statt. Es wurden 170 Vorträge und Diskussionsarbeiten durchgeführt. William Stern, Hans Volkelt, Charlotte Bühler, Arthur Kronfeld (Kierkegaards Bedeutung für die Psychologie der Person), Jefim Pawlow, Edouard Claparède (Funktionelle Psychologie) und Albert Edouard Michotte hielten Referate, mit denen man sich noch wird auseinanderzusetzen müssen.

Totenliste Der hervorragende Pädagoge *Georg Kerlchensteiner*, der Anfang dieses Jahres starb (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band Seite 702), hat in seinem Werk *Begriff der Arbeitsschule /1912/* unterrichtliche Spezialfragen von einem philosophisch geklärten Standpunkt aus behandelt. »Der Sinn der Arbeitsschule ist: mit einem Minimum von Wissenschaft ein Maximum von Fertigkeiten, Fähigkeiten und Arbeitsfreude im Dienste staatsbürgerlicher Gefinnung auszulösen.« Kerlchensteiner war der markanteste und einflußreichste Vertreter der heutigen Pädagogik; er hat es verstanden seine ins rein Praktische greifenden Gedanken mehr und mehr weltanschaulich zu unterbauen.

Am 6. März starb in Leipzig der Extraordinarius für Neurologie und Psychiatrie an der Universität *Georg Köster*, in seinem 65. Lebensjahr. Er hat unsere Kenntnis von dem Bau, den Funktionen und den Erkrankungen des Nervensystems durch zahlreiche vorbildlich exakte Arbeiten erweitert.

Am 7. März starb in München der Kulturhistoriker *Max Kemmerich*, im Alter von 56 Jahren. Vor 23 Jahren ließ er seine Kulturkuriosa erscheinen (siehe die Rundschau Geschichte, 1909 II Seite 1178), eine Sammlung von wahren Vorfällen aus mehreren Jahrhunderten, die bewiesen, daß der Spießbürger von 1500 der gleiche war wie der von 1900. Alle Auswüchse menschlicher Beschränktheit wurden angeführt. Bekannt war auch Kemmerichs Werk über die Geschichte der menschlichen Dummheit. In den letzten Jahren wurde Kemmerich Okkultist. Das ist nicht so verwunderlich, wenn man an sein Buch *Prophezeiungen* denkt, das vor 21 Jahren erschien. Sein letztes Werk *Unter der Lupe*, das, wie seine anderen Bücher, bei Albert Langen in München erschien, besteht aus Aphorismen, die den Menschen ermahnen Seele und Charakter durch eine wissenschaftliche Diätetik harmonisch zu gestalten.

Kurze Chronik Von dem Moskauer Psychologischen Institut in Verbindung mit dem Forschungsinstitut in Usbek /Ukraine/ wurde eine Expedition nach Zentralasien veranstaltet, um mit experimentellpsychologischen Methoden die Struktur *psychischer Funktionen unter veränderten Verhältnissen* zu untersuchen. Gegenstände der Untersuchung sind Wahrnehmung, Aufbau der elementaren und komplizierten intellektuellen Funktionen, Gedächtnis, Verstehen von Texten, logische Prozesse, metaphorische Sprechart, religiöses Denken und so weiter. Besonderes Interesse wurde den psychischen Änderungen zugewandt, die von der "Kollektivierung" hervorgerufen wurden. ◊ An der Universität Bonn habilitierte sich Kurt Gottschaldt mit einer Schrift *Der Aufbau des kindlichen Handelns*, an der Technischen Hochschule Darmstadt Maria Dorer für Psychologie und Bildungslehre mit einer Schrift *Historische Grundlagen der Psychoanalyse*.

Literatur *Der Almanach der Psychoanalyse* für 1932 /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ enthält eine Untersuchung Paul Federns über den neurotischen Stil; Ludwig Jekels schrieb über die Psychologie des Mitleids, und Fritz Wittels über Edelnarzißmus. ◊ Eine neue psychodiagnostische Vierteljahrschrift erscheint unter dem Titel *Charakter* in der Panverlagsgesellschaft in Berlin; gleichzeitig englisch als *Personality*, a Quarterly for Psychodiagnostic Studies and Affiliated Studies. Sie will wissenschaftlich begründete Arbeiten bringen, die direkt oder indirekt einen Beitrag zur Diagnose individueller oder typischer Eigentümlichkeiten und Unterschiede menschlichen Verhaltens darstellen. Dazu will sie zahlreiche Disziplinen wie Konstitutionsforschung, Typologie, Charakterkunde, Experimentelle Graphologie, Differentielle Psychologie, Sozialpsychologie, Psychiatrie, Psychoanalyse, Familienforschung, Erbliehkeitslehre, Experimentellen Behaviorismus, Drüsenforschung, Kriminologie, Anthropologie und Vergleichende Tierpsychologie, in dem Brennpunkt psychodiagnostischer Forschung sammeln. Herausgegeben wird sie von Robert Saudek /London/. Von den daran Mitwirkenden seien Alfred Adler /Wien/, Charlotte Bühler /Wien/, Karl Bühler /Wien/, Max Dessoir /Berlin/, Ernst Kretschmer /Marburg/, Lucien Lévy-Bruhl /Paris/, Otto Lipmann /Berlin/ besonders genannt.

Sozialwillencharakteren / Kurt Richter

Sozialorganische Wirtschaft Die Gedankengänge Othmar Spanns, die in dieser Rundschau (1930 II Seite 496) hinreichend charakterisiert wurden, sind doch nicht so ohne Einfluß geblieben, wie man es eine Zeit lang glauben konnte. In einem Buch *Hauptprobleme der theoretischen Volkswirtschaftslehre* /Berlin, Paul Parey/ entwickelt der Wiener Professor *Emanuel Hugo Vogel* eine *Volkswirtschaftliche Theorie »auf sozialorganischer Grundlage«*, die in der Kritik an Spann gewachsen ist und wesentliche Gedanken von ihm übernimmt. Vogel erkennt voll Bewunderung Spanns Theorie als in sich geschlossen an; er meint aber, daß die Grundlagen, von denen Spann ausgeht, mit denen der gegenwärtigen Wirtschaft nicht voll übereinstimmen. Unsere Wirtschaft beruhe vielmehr nur teilweise auf den von Spann a priori angenommenen »organischen Grundlagen«, zum andern Teil aber auf individualistischen. Die für unsere Wirtschaft geltende Theorie müsse also aus Bestandteilen der »organischen« und der »individualistischen« Theorie gemischt sein. Von den individualistischen (also allen nicht Spannischen) Theorien sucht sich Vogel jeweils die aus, die ihm am besten paßt, ohne sich über die Auswahl hinaus selber zu bemühen. Solche Synthesen erklärt er im Schlußwort für die »wichtigste Aufgabe der weiteren Zukunft«. Neue Erkenntnisse können mit seiner Methode, namentlich des Mangels an Substanz wegen, nicht gewonnen werden. Daß sie auch durch die Einbeziehung der ihm organisch scheinenden Theorie nicht zutage kommen können, ergibt sich schon daraus, daß die organischen Grundlagen unserer Wirtschaft, denen diese Theorie angepaßt ist, lediglich »in der Tatfache gesellschaftlicher Bedingtheit jeder einzelwirtschaftlichen Handlung« gesehen werden, also in einem Tatbestand, der gewiß auch schon Adam Smith und anderen "Individualisten" bekannt war. Der Theorie entspringen wirtschaftspolitische, insbesondere organisationspolitische Forderungen, deren Begründung offenbar Vogels größeres Interesse beansprucht. Er widmet diesen Fragen eine besondere Schrift *Grundzüge einer sozialorganischen Privatwirtschaftsverfassung* /Berlin, Paul Parey/, behandelt sie aber auch schon in dem theoretischen Werk. Da die Produktion in organischer Gemeinschaftsarbeit von Unternehmern und Arbeitern vor sich gehe, soll sie nach »organischen Grundsätzen« geordnet, das

heißt, die Arbeiter und die Unternehmer je einer Industrie sollen wegen ihrer gemeinsamen, durch das Gewerbe bestimmten Interessen in Organisationen zusammengefaßt werden. Vogel nähert sich einem Grundgedanken, der von den Sozialistischen Monatsheften konzipiert und ausgearbeitet wurde, und der zur Bildung von Produktionsräten führt und in der Schaffung einer Kammer der Arbeit gipfelt. Aber er faßt ihn negativ und beraubt ihn dadurch seines produktiven Gehalts, seines konkret sozialistischen Wesens. Daher kann er auch mit Recht die »Gefahr einer Sozialisierung« seinen Plänen energisch abprechen. Denn der vom Sozialismus konzipierten Organisationsform gibt er einen nichtsozialistischen, einen reaktionären Inhalt. Während die Produktion auf »organischer« Grundlage vor sich gehe, seien »die Märkte und Preisbildungsprozesse die objektive geldmäßige, das heißt relativ frei wettbewerbliche, nicht gliedhafte Realisierung einer vorangegangenen universalistisch-organischen Wert schöpfung durch Gemeinschafts-arbeitsprozesse«. Die Arbeiter haben in den gemeinsamen Organisationen nichts anderes zu tun als die geschäftlichen Interessen zum Beispiel der Stahlproduzenten gegen alle anderen Produzenten zu wahren, zusammen mit den Stahlwerks-unternehmern, die das bisher allein getan hatten. Also ein Gegeneinander, nicht etwa die Bildung eines Produktionskörpers. Umgekehrt werden die sozialen Gegensätze, deren Austragung zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft führt, von Vogel negiert. Daß in dem Gegensatz zwischen »organischer« Produktion und »nichtorganischer« Verteilung ein Widerspruch liegt, der schließlich zur Sprengung der kapitalistischen Wirtschaft führen muß, das sieht Vogel gar nicht, oder er will diesen Widerspruch vertuschen und damit verewigen. Durch einen organisatorischen Trick glaubt er die bösen Klassengegensätze abschaffen zu können, die er in ihrer heutigen Schärfe für eine Folge der marxistischen Lehre erklärt. Bei dieser Art Volkswirtschaftslehre, die den Klassenkampf für ein Schlagwort erklärt, wird es gar zu deutlich, daß sie nichts ist als eine Widerspiegelung der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, und der Vorwurf einer »politischen Zwecklehre«, den Vogel dem Marxismus macht, fällt auf ihn selbst zurück.

Finanzwissen-
schaft

Während der Sozialismus in den Arbeiten Rudolf Goldscheids Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft, im Hand-

buch der Finanzwissenschaft, herausgegeben von Wilhelm Gerloff und Franz Meißel /Tübingen, J. C. B. Mohr/ und Staatssozialismus oder Staatskapitalismus, /Wien, Anzengruber Verlag/ ein geschlossenes finanzwissenschaftliches System aufstellte, hat die bürgerliche Finanzwissenschaft große theoretische Ergebnisse in den letzten Jahrzehnten nicht aufzuweisen. Nach Lorenz von Stein und Adolf Wagner, die eine Staatswirtschaftslehre aufbauten, ging der Finanzwissenschaft die grundlegende theoretische Orientierung verloren, sie wurde zu einer Erfahrungswissenschaft, die, wie Luigi Einaudi in seiner Vorrede zu dem weiter unten angezeigten Werk de Viti de Marcos mit großer Schärfe sagt, »in einer furchteinflößenden Weise abstrakte Untersuchungen und konkrete Erwägungen, theoretische Schemata und geschichtliche Beispiele, deduktive Erörterungen und dazwischen Darstellungen von Gesetzen dieses oder jenes Landes mit einander vermengt«. Gegen diese Art der Finanzwissenschaft wendet sich in letzter Zeit häufiger die Kritik; so Fritz Karl Manns und Franz Meißels in Schmollers Jahrbuch. Der Tübinger Univeritätslehrer Hans Tschermacher wendet sich in seiner sehr lesenswerten Tübinger Antrittsvorlesung über die geistesgeschichtliche Linie in der Entwicklung des finanzwirtschaftlichen Denkens /Tübingen, J. C. B. Mohr/, in der er die Wandlungen der finanzwissenschaftlichen Betrachtungsweise in die allgemeinen geistesgeschichtlichen Zusammenhänge stellt, auch gegen jene Entartungen des Politivismus in dieser Wissenschaft. Nach dem Tod Georg von Schanz' hat Tschermacher die Herausgabe des Finanzarchivs /Tübingen, J. C. B. Mohr/ übernommen. Es soll fortan alles rein archivalische und nur den Praktiker interessierende Material zugunsten der eigentlichen Forschung beschränkt werden. Walter Lotz' Vorlesungen in 2. Auflage herausgebrachte Finanzwissenschaft /Tübingen, J. C. B. Mohr/ ist naturgemäß in ihrer ganzen Anlage gegen die 1. Auflage nicht wesentlich verändert; im Abschnitt über Kollektivbedarf und Individualbedarf, bei der Behandlung der Steuerüberwälzung und an anderen Punkten finden sich neue Gedanken, die wichtigste Aufgabe sah man bei der Neubearbeitung aber in der Vervollständigung des Tatsachenmaterials auf den neuesten Stand. Das Werk hat seinen Charakter als umfassendes Lehrbuch der für die letzten Jahrzehnte in Deutschland typischen Finanzwissenschaft auch in der Neuauflage behalten.

Ist die deutsche Finanzwissenschaft über die Kritik an dieser Betrachtungsweise hinaus noch nicht zu geschlossenen neuen theoretischen Systemen gekommen, so ist es besonders erfreulich, daß mit *Antonio de Viti de Marcos* Grundlehren der Finanzwirtschaft /Tübingen, J. C. B. Mohr/ ein geschlossenes Lehrgebäude der Italiener unserer deutschen Leserschaft in einer Übersetzung zugänglich gemacht wird. Der Autor legt seiner Staatswirtschaftslehre wieder eine Staatstheorie zugrunde, und zwar geht er von 2 hypothetisch als Grenzfälle betrachteten Annahmen aus, nämlich von einem ganz im Interesse einer Klasse geleiteten Staat und von einem genossenschaftlich im gleichmäßigen Interesse aller Klassen regierten Land, und für jeden dieser beiden Grenzfälle untersucht er die Gestaltung der Finanzwirtschaft. Mit dem Aufbau der Finanzwissenschaft auf der Staatstheorie und der Festlegung der theoretischen Grundlage ist zweifellos der Weg vorgezeichnet, auf dem eine Entwicklung dieses Wissensgebiets allein denkbar ist.

Marx In 2 handlichen und wohlfeilen Bänden geben Siegfried Landshut und Jakob Peter Mayer unter dem Titel *Der historische Materialismus eine Sammlung der Frühschriften Karl Marx'* heraus /Leipzig, Alfred Kröner/, die ihre Bedeutung dadurch gewinnt, daß einige Abhandlungen hier zum erstenmal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das Werk enthält Marx' Brief an seinen Vater vom 10. November 1837, Teile der Doktordissertation, die Kritik des Hegelschen Staatsrechts, Artikel aus der Rheinischen Zeitung, den Deutsch-Französischen Jahrbüchern und dem Pariser Vorwärts, ferner Nationalökonomie und Philosophie, Teile der Heiligen Familie, Die deutsche Ideologie, Teile aus dem Elend der Philosophie und das Kommunistische Manifest. Eine ausführliche, auch sachlich einführende Einleitung der Herausgeber ist vorangeschickt. Mit der vollständigen Veröffentlichung der Teile über Max Stirner sowie der Philosophie des wahren Sozialismus und des Abschnitts über Georg Kuhlmann ist hier die Deutsche Ideologie zum erstenmal vollständig abgedruckt. Dankenswert ist die Veröffentlichung des Manuskripts Nationalökonomie und Philosophie. Diese Schrift, in der die Kritik an Hegel eine reife Form angenommen hat, zeigt schon ein starkes Interesse an den nationalökonomischen Klassikern und an der Analyse der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Die

kapitalistische Gesellschaftsordnung wird in den ökonomischen Überlegungen mit dem Begriff der Entfremdung verstanden. Das leitet zur Kritik an Hegel über, insbesondere an der Phänomenologie des Geistes. Die Auseinandersetzung über das Wesen der Arbeit führt wieder zu sozialphilosophischen Betrachtungen. Die Abschnitte über das Verhältnis von Kapital und Arbeit zeigen in den Umrissen das später im Kapital entwickelte Gesellschaftsbild, berührt sind schon einige spezielle Probleme wie das tendentielle Fallen der Profitrate, die Umwandlung der Grundrente in kapitalistischen Profit; das Prinzip des historischen Materialismus ist schon formuliert. Diese Schrift, die die Herausgeber in das Jahr 1844, unmittelbar nach dem Erscheinen der Deutsch-Französischen Jahrbücher, ansetzen, zeigt als knappes, in sich geschlossenes Werk die Brücke zwischen der Kritik an der Philosophie und dem Aufbau des eignen sozialökonomischen Systems, zwischen der Frühzeit und der Zeit der Reife. Es ist hervorragend geeignet unser Bild von dem jungen Marx abzurunden. Man ist jetzt in gewissen Kreisen bemüht die säkulare Leistung Marxens herabzusetzen, die Originalität seiner Schöpfung zu verringern (wodurch man auch Engels, dessen Anteil man vergrößern zu können meint, einen schlechten Dienst erweist). Die Herausgabe jener Frühschrift ist ein neuer Beweis, wenn es dessen bedurfte, für die Aburteilung solchen Verkleinerungstrebens.

Veranstaltungen Die Industrie- und Handelskammer in Berlin veranstaltete vom 29. Februar bis zum 14. März in der Berliner Handelshochschule eine *Betriebswissenschaftliche Vortragsreihe* über das Thema Industrielle Planung und Kontrolle, in der auf die Methoden der Budgetierung als Mittel für die Anpassung an die Krise hingewiesen werden sollte. In der 1. Maiwoche veranstaltete der Verlag Rudolf Mosse in Berlin eine *Welthandelswoche*, in der er eine große Reihe von Persönlichkeiten der Wirtschaftspolitik und der Wissenschaft zu einer Konferenz nach Berlin gerufen hatte. Besonders beachtet wurden die Ausführungen Gaston Jèzes über die politische Verhinderung, Reparationen und Weltkrise. Im allgemeinen schwamm die Konferenz im liberalen Fahrwasser; die am Ende angenommene Resolution enthält nichts mehr als einen Protest gegen die Autarkiebestrübungen.

Totenliste

Der Schwerpunkt der Lebensarbeit *Charles Gides*, der am 12. März in Paris

starb (siehe die Rundschau Genossenschaftsbewegung, 1932 I Seite 537), liegt gewiß auf genossenschaftlichem Gebiet; auf sozialökonomischem ist er weiten Kreisen als Dogmenhistoriker bekannt geworden, durch die von ihm zusammen mit Charles Rist verfaßte und auch ins Deutsche überetzte Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen (Jena, Gustav Fischer). Sein eignes volkswirtschaftliches System, das durch eine enge Verknüpfung theoretischer und induktiver Forschungsweise gekennzeichnet ist, wurde uns kürzlich auch in einer nach der neuesten Gestalt des Werks vorgenommenen Übersetzung zugänglich gemacht (Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (Halberstadt, H. Meyer)). An der kapitalistischen Wirtschaft übte Gide scharfe und geistreiche Kritik, und seine Gedanken fanden durch seine auch in Übersetzungen noch spürbare glänzende Darstellung weite Verbreitung.

Kurze Chronik

Der Bonner Nationalökonom *Josef Schumpeter* folgt einem erneuten Ruf

nach Amerika an die Harvarduniversität. \diamond Der Münchener Privatdozent *Walter Weddigen* übernimmt, als Nachfolger Hermann Schullerns, die außerordentliche Professur für Politische Ökonomie und Statistik an der Universität Innsbruck. \diamond An der Universität Bonn habilitierte sich Erich Schneider für Theoretische Nationalökonomie; er ist ein Schüler *Josef Schumpeters* und hat verschiedene Arbeiten über die Theorie der Monopole und Monopolpreise veröffentlicht. An der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin habilitierte sich *Theodor Wladigeroff* für Volkswirtschaftslehre mit einer Schrift über die Problematik des Agrarkredits; er studierte bei *Ballod*, *Sombart*, *Schumacher* und *Wilbrandt*.

Literatur

In einer Einführung in die Soziologie umreißt *Ferdinand Tönnies* aufs neue

sein System der Soziologie (Stuttgart, Ferdinand Enke). Diese Einführung umfaßt nur die reine Soziologie, die angewandte und die empirische werden dann in einem Schlußkapitel kurz skizziert. Inhaltlich wird das System durch den von Tönnies nach der materiellen Seite schon seit langem ausgebildeten und für die gesamte Sozialwissenschaft fruchtbaren Begriffsgegensatz Gemeinschaft und Gesellschaft bestimmt.

Religionswissenschaft / Theodor Stegried

Christentum

Unter dem Titel Wissenschaft und Christentum in der Einheit des abendländischen Kulturbewußtseins liegt eine Monographie *Konrad Wilutzkys* vor (Leipzig, O. R. Reisland). Diese außerordentlich interessante Arbeit will das im Titel gegebene Problem soziologisch behandeln. Daß einzig im Kulturgebiet des Abendlands Wissenschaft und Religion zu Spannungsvoller Einheit an einander gebunden wurden, ist die Tatsache, von der der Verfasser ausgeht. Er sucht nach ihrer soziologischen Deutung. Die Antwort, zu der er kommt, lautet: Während die Antike das Prinzip des Kosmos, das heißt der Ordnung, entdeckte, und während der Ferne Osten das Leid als die Irrationalität entdeckte, die den Sinn aller Ordnung in Frage stellt, und darum in der konkreten Lebensgestaltung tödlich gehemmt war, fügt das Christentum zu dem Prinzip der Ordnung und zu der Abgründigkeit des Leidens das 3. Prinzip: das der Liebe, die tiefer ist als das Leid, und die dem Aufbau der Ordnung neue Kraft geben kann. Mit dieser Interpretation geht der Verfasser insbesondere auf die Rechtsphilosophie Hegels zurück, die Staat und Gesellschaftsformen aus der christlichen Entdeckung der Freiheit abzuleiten unternahm. Die Soziologie als Wissenschaft erscheint dabei als der Versuch die geschichtliche Situation zur Erfüllung zu bringen. Sie entspringt bei Saint-Simon der Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, und sie soll nun im Sinn des Verfassers die äußere Revolution, die seit 1789 nicht aufgehört habe, in die »innere Revolution der Denkart« vollenden. Es soll die geschichtliche Situation selber zu Bewußtsein und damit zur Möglichkeit bewußter Erfüllung gebracht werden. Das Christentum erscheint dabei als die tragende Kraft auch und grade noch der modernen, profanen Wissenschaft. Aber diese Verflechtung wird nicht wie bei Troeltsch relativistisch als Begrenzung des Christentums auf den europäischen Kulturkreis verstanden sondern als lebensfördernde Einsicht in Grund und Sinn der eignen Situation ausgelegt. Es ist eine Soziologie, die sich der Sinnfrage nicht entfremden will, die die Gesellschaftslage selber nicht nur nach den jeweiligen Ursachen sondern nach ihrem prinzipiellen »Ursprung« befragt und daraus ihren Sinn gewinnen will. So steht diese Arbeit als ein schätzenswerter und zum

Nachdenken anregender Beitrag im Zug jener neuen Vertiefung in das Geschichtliche, die aus ihm selber den Sinn der Gegenwart ergreifen will. Der Ertrag, den die Arbeit bietet, hebt über die mannigfachen, fast wörtlichen Wiederholungen und die oft abrupt aphoristischen Übergänge hinweg.

Auf ganz anderer Ebene bewegt sich ein Buch *Gotthilf Schenkels* Das Doppelgelicht des Christentums /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Der Verfasser, der der religiössozialistischen Bewegung angehört, fühlt tief die Not, in die jeder gerät, der zu den Massen vom Christentum reden möchte. Dem Dogmatismus und der "dialektischen" Konstruktion will er ein praktisches Christentum als Botschaft Jesu entgegenstellen und diese von der Verflechtung mit dem mythologischen Weltbild lösen. Begrüßenswert ist das Dringen auf die konkrete Wirklichkeit; auch der Veruch der modernen Erkenntnis Rechnung zu tragen ist alles andere als eine künstliche Angleichung. Er ist aus dem Schöpfungsglauben heraus gefordert.

Vom Standpunkt der Katholischen Kirche behandelt *Jakob Nötges* den Kommunismus (Katholizismus und Kommunismus /Köln, Katholische-Tat-Verlag/). Doch kommt der Schrift keine prinzipielle Bedeutung zu, da auch in ihr, wie das jetzt allgemein üblich ist, der Kommunismus mit dem Bolschewismus identifiziert, die Dritte Internationale als Verkörperung des kommunistischen Gedankens aufgefaßt wird. Eine Konfrontierung des christlichen mit dem wirklich kommunistischen Geist würde zu einer viel tiefern Problemstellung führen.

Schöpfungsmythos

Der (viel zu wenig bekannte) Verfasser des Werks *Der geniale Mensch Hermann Türck* in Weimar vergleicht den griechischen und den israelitischen Schöpfungsmythos in einer überaus lehrreichen und geistvollen Studie *Pandora und Eva* /Weimar, Verusverlag/. Während im griechischen Mythos Prometheus den Göttern das Feuer entreißt, und der Mensch zu seiner Würde kommt, indem er dem Zorn der Götter trotzt, kommt im jüdischen Mythos der Mensch durch den Trotz zu seinem Fall. Den Willen zum »Wissen, was gut und böse ist,« legt Türck als die Sucht nach dem für den bloßen Trieb Nützlichen aus. Daher erklärt auch Türck die Rede Jahwes, daß der Mensch Gott gleich geworden sei, nicht nach Analogie des griechischen Mythos als Ausdruck der

»Angst« des Gottes vor dem ihm gleich werdenden Menschen sondern als Urteil über die *superbia* des Menschen, der sich und seine Selbstsucht an die Stelle Gottes und seiner Einzigkeit setzen will. Zu dieser eignen Interpretation führt den Verfasser eine überaus lehrreiche Analyse der Paradiesmythen, wie denn überhaupt seine Arbeit die Fülle philologischer Willens nicht nur mit dem feinsten ästhetischen Gefühl darbietet sondern auch mit starkem Ethos durchdringt. Diese Arbeit Hermann Türcks ist von tiefer kulturphilosophischer Bedeutung.

Wirklichkeit Die Vorlesungen, die *Rabindranath Tagore* 1930 in England hielt, sind unter dem Titel *The Religion of Man* veröffentlicht worden /London, George Allen & Unwin/. Ihr Höhepunkt ist das Kapitel *The Vision*, in dem Tagore seine eigne religiöse Entwicklung schildert. Es handelt sich nicht um Visionen sondern um eine in je neuen Erlebnissen vertiefte »Schau« der Wirklichkeit. Vor allem ist es die Natur, die dem Dichter dazu verhilft. An der Natur erschließt sich ihm die Offenbarung des Gottes der Liebe: Tagore ist betont Theist, nicht Pantheist. Aber solche Formulierungen sind viel zu grob, um den eigentlichen Charakter dieser Intuitionen erkennen zu lassen, und nur schwer kann die begriffliche Vorstellung einer dichterischen Vision nachkommen. Weder wird der Mensch in die Natur aufgelöst, noch wird die Natur anthropomorph verzerrt. Leben und Entfaltung sind die Grundmomente, die beide Sphären mit einander verknüpfen. Da gewinnt ein Gespräch zwischen Rabindranath Tagore und Albert Einstein, das im Anhang mitgeteilt ist, ein ganz besonderes Interesse. Es handelt sich um das Wesen der Wirklichkeit. Tagore bejaht ausdrücklich den Menschen als Mitte der Wirklichkeit. Die Wahrheit selbst wird erst vom Menschen »realisiert«. Sie ist selber Wahrheit der menschlichen Existenz. Einstein stellt dem die übermenschliche »Objektivität« der Wahrheit entgegen, und zwar ausdrücklich als einen Glaubenssatz: Die Realität ist unabhängig von unserm Denken, »obwohl wir nicht sagen können, was das eigentlich heißt«. Diese Wirklichkeitslehre Einsteins ist sich bewußt die Grenzen exakter Erkenntnis zu überschreiten und selber ein Glaubenssymbol zu sein, wobei Einstein ausdrücklich den religiösen Charakter dieses Glaubens untertreibt. Leider erfahren wir über diese Religion der Wirklichkeit bis jetzt noch nichts Näheres.

Zwingli

Die Lehre von Kirche und Staat bei Zwingli stellt *Alfred Farner* in einer sehr umfichtigen und interessanten Monographie dar /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Der Verfasser ist Jurist. Um so bemerkenswerter ist die Feinheit, mit der er den theologischen Fragen nachspürt. Besonders erleuchtend scheint uns zu sein, was er für das viel diskutierte Verhältnis von unsichtbarer und sichtbarer Kirche bei Zwingli beibringt. Die »unsichtbare« Gemeinschaft der Gläubigen findet das Organ ihrer Verwirklichung in den »Kirchhören«, den Kirchenhören, das heißt in der sichtbar konkreten Gemeinde, die sich um das Wort lehrt. Die Stelle, wo das Wort Gottes gelehrt wird, kann nach Zwingli nur eine sichtbare Gemeinde sein. Diese Betonung der sichtbaren Gemeinschaft dürfte auch Luther gegenüber etwas Originales haben. (Sie kommt bei Zwingli auch im besondern in der Sakramentsauffassung zum Ausdruck. Das Sakrament ist Wiederholung der Stiftung der Gemeinde. Dieser Ansatz ist freilich auch bei Zwingli selbst durch den Streit um die Abendmahls Elemente verdunkelt worden. Zwingli legt das Gewicht auf die sakramentale *Gemeinschaftshandlung*.) Interessant ist, was Farner zu dem viel umstrittenen Begriff des *corpus christianum* beibringt. Für das Mittelalter wird gegen Karl Holl diese Anschauung der organischen Einheit der "Christenheit" ausführlich belegt. Für die Reformation wird gegen Ernst Troeltzsch die Bedeutung dieses Begriffs negiert. Durch die Betonung des persönlichen Glaubens werde die Idee der geist-leiblichen Menschheitseinheit der »Existenz« ausgelassen. Sehr umfichtig sind Farners Ausführungen über die Staats- und Sozialethik Zwinglis. Die staatliche »Gerechtigkeit«, als Schutz der Ordnung und der Schwachen abgeleitet, empfängt ihre Richtpunkte von der Idee der »Liebe«, von der die Obrigkeit sich leiten lassen soll. Zwingli hat vom Täufern den Willen zur sozialen Reform übernommen. Der Bearbeiter dieser Rundschau darf wohl auf einen kurzen Zwingliaufsatz hinweisen, den er November 1931 in der Zeitschrift *Neuwerk* veröffentlichte.

Totenliste

Am 17. März 1931 starb in Pisa der Kardinal *Pietro Maffi*, im Alter von 72 Jahren. Er gehörte am Vatikan zu den Kongregationen der Riten und der Studien. Er publizierte viele kosmographische und naturwissenschaftliche Arbeiten, auch ein Werk über die Kosmographie Talfos.

Kurze Chronik

Der englische Sammler Chester Beatty erwarb aus unbekannter Quelle 190 Papyrusblätter, die wahrscheinlich aus einer christlichen Kirchen- oder Klosterbibliothek Ägyptens herrühren. Sie enthalten unter anderem die ältesten, bisher bekannten Manuskripte der *griechischen Bibel* und stammen aus dem 2., 3. und 4. Jahrhundert nach Christus; sie geben das 1., 4. und 5. Buch Moses, das Buch Elther, die Propheten Jesaja, Jeremija, Hesekiel und Daniel, das Buch Jesus Sirach, die 4 Evangelien, die Apostelgeschichte, die Briefe des Paulus an die Römer, Philipper, Kolosser und Theffalonicher, die Offenbarung des Johannes und das apokryphe Buch Henoch wieder. Im Gegensatz zu den bekannten Handschriften, die bis zum 4. Jahrhundert fast stets in Rollenform vorliegen, sind diese Manuskripte in Kodexform gehalten; man nahm bisher an, daß solche in so früher Zeit überhaupt nicht existierten. \diamond Der Privatdozent für Altes Testament und Palästinakunde an der Universität Marburg *Hans Wilhelm Hertzberg* wurde dort zum außerordentlichen Professor bestellt. Hertzberg war eine Zeitlang als Propst an der Erlöserkirche in Jerusalem und als Verwalter des Deutsch-Evangelischen Palästinainstituts tätig. \diamond An der Universität Marburg wurde ein Ordinariat für Sozialethik errichtet, das mit *Georg Wünsch*, dem bekannten Verfasser der protestantischen Wirtschaftsethik, besetzt wurde. \diamond Als Nachfolger Johannes Bauers übernahm *Renatus Hupfeld*, bisher in Rostock, den Lehrstuhl für Praktische Theologie an der Universität Heidelberg. \diamond Sein Nachfolger in Rostock wurde der Vorsteher des evangelischen Johannistifts in Spandau *Helmuth Schreiner*, bekannt durch seinen Versuch einer evangelischen Sexualethik /Spandau, Verlag des Evangelischen Johannistifts/.

Literatur

Aus dem Schrifttum des nachbiblischen Judentums bieten Nahum Norbert Glatzer und Ludwig Strauß ein *Jüdisches Lesebuch*, unter dem Titel *Sendung und Schicksal* /Berlin, Schockenverlag/. Talmud, Midrasch, chaldische Legende liefern den feinsinnig ausgewählten Stoff. \diamond In einer gelehrten Unterfuchung behandelt *Josef Wohlgenuth* die Wertung des Tiers im alten Judentum /Frankfurt, J. Kauffmann/. Besonders betont wird die liebende Fürsorge für das Tier. (Sie stellt den Anfang einer Ethik dar, die mehr sein will als die Regelung des Verhaltens der Menschen unter einander.)

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Deutsche Gegen-
wartskunst

Mit der von der Leitung der Nationalgalerie in Berlin durchgeführten Ausstellung neuerer deutscher Kunst, die im Januar in Oslo stattfand und dann in Köln gezeigt wurde, ist durch das Auswahlprinzip eine Kunstauffassung betont worden, die für die Verwirrung unserer Zeit charakteristisch ist und dem Geist des Neuschaffens widerstrebt. Man glaubt einem Tagesempfinden dienen zu müssen, das sich durch eine gedankenlose Betonung und falsche Ausprägung des nationalen Gedankens kennzeichnet, und man kultiviert einen in seiner Überheblichkeit subalternen Rassenwahn (der dem wahren Wesen der Nation entgegengesetzt ist). Man weist heute auf Edvard Munch als großes Vorbild hin, verliert sich aber in eine haltlose Kunst"politik", wenn man programmatisch nur solche deutschen Künstler berücksichtigt, die »nicht als Schüler und Folger der Franzosen« erscheinen, also ein in höchstem Sinn wirkendes produktives Element ausschaltet. Das Endergebnis der Ausstellung war, daß nur bekannte ältere Künstler wie Oskar Kokoschka, Ernst Ludwig Kirchner, Emil Nolde, Karl Schmidt-Rottluff und andere als repräsentativ gelten können, während der "unbeeinflusste" Nachwuchs im wesentlichen nur mehr oder minder leere Nachahmungen dieser Meister aufbringt. Durch solchen sinnlosen Reglementierungsversuch werden die Tattachen verfälscht, und das muß sich auf das zukünftige deutsche Kunstschaffen unheilvoll auswirken. Es erübrigt sich auf die führende Bedeutung der französischen Kunst und auf die mit der Osloer Ausstellung gegen sie versuchte Wertminderung weiter einzugehen. Die Bildende Kunst Frankreichs ist nicht deshalb groß, weil sie diesen oder jenen Stil als gewissermaßen landeseigenen für sich buchen kann, sondern weil sie immer erneut außerordentliche künstlerische Werte herauszustellen vermag und von diesen ganz selbstverständlich an Künstler anderer Nationen abgibt. Wir haben gegenwärtig in Deutschland eine ganze Anzahl von Künstlern, die aus wahrhaftem künstlerischen Verantwortungsbewußtsein heraus die aus Frankreich kommenden großen Anregungen verarbeitet haben und auf diese Weise zu ihrer künstlerischen Eigenart gelangten. Sie wurden von Oslo ferngehalten, obwohl kein Kunstempfinden ihr Werk als ein fremdartiges oder gar

schülerhaft von außen bestimmtes bezeichnen würde. Die Fragwürdigkeit repräsentativ-nationale Kunst auf Grund einiger Formelemente bestimmen zu können wird dadurch schon dokumentiert. Vollends noch, wo es sich in diesem Fall nur um nachimpressionistische deutsche Kunst handeln sollte, die durchaus nicht mit einer engen Vorstellung vom expressionistischen Sehen und Ausprägen übereinzusetzen ist, wie sie bei der Zusammenstellung der Osloausstellung maßgebend war. In Oslo sah man, wie aus den Äußerungen der norwegischen Zeitungen hervorgeht, in den Werken dieser Ausstellung, bei aller Bewunderung einzelner Leistungen, durchaus keine spezifisch deutsche Kunstform. Bei uns wird man sich deshalb dagegen zu wehren haben ein fast schon schematisch gewordenes Blickfeld als deutsche Gegenwartskunst aufzukroyiert zu erhalten. Der mit bewußter Stellungnahme gegen Frankreich unternommene Versuch einer künstlerischen Selbstgenügsamkeit oder Selbstgerechtigkeit erledigt sich damit von selbst. Die künstlerischen Werte lassen sich nicht von Ablichten bestimmen, die außerhalb ihrer Wesenseigentümlichkeit an sie herangetragen werden. Gerade die deutschen Künstler waren meist sehr gesunde Nutznießer fremder Anregungen; die deutsche Kunst der Gegenwart bildet, zu ihrem und der Welt Glück, keine Ausnahme von dieser Regel.

Kollwitz:
Totenmal

In der Nationalgalerie in Berlin wurden im Juni die Steinausführungen der beiden Figuren gezeigt, die Käthe Kollwitz für den deutschen Soldatenfriedhof in Effen bei Dixmuiden geschaffen hat, zur Erinnerung an ihren dort ruhenden Sohn. Vor einem Jahr konnte man die Modelle in Berlin schon in der Ausstellung der Akademie der Künste sehen; sie sind dort jetzt auch im Kronprinzenpalais, im Übergangsraum zum Schinkelmuseum, aufgestellt. Mehr noch als die Modelle offenbaren die in belgischem Granit ausgeführten Gestalten, wie diese einzigartige Künstlerin tief Persönliches und notwendig Allgemeines zu einer großen Einheit zu schließen vermag. Das artistische Können, eine Überführung des Formgefüges in strengste Geschlossenheit, fällt bei ihr nicht auf; es ist wie selbstverständlich da, damit die beiden knienden Gestalten: der Mann in die Weite, die Frau in die Tiefe sehend, das aussprechen, was sie aussprechen sollen: die unauflösliche Verbindung von Ewig-Neuerndem mit Unerfetzlich-Einmaligem.

Früher wäre eine solche Grabmalsform zu herb erschienen. Heute erkennt man, daß Käthe Kollwitz ein Grabmal schuf, das für jedermann verbindlich die Sprache der Klage und der ernstesten Besinnung zugleich ausdrückt. Die beiden Figuren flankieren nun in Belgien, frei gegen den Himmel gestellt, den Eingang zu dem Friedhof, dem nur schlichte Kreuze das Gepräge geben. In ihrer Konzentration auf einfach-menschliche Empfindung und mit ihrer monumentalen Einfachheit sind sie das beste Zeugnis übernationalen Kunstgeistes, sie führen die Völker zusammen.

Genter Altar Am 6. Mai vor 500 Jahren wurde in Gent der berühmte Altar der Brüder Hubert und Jan van Eyck in der Kirche Saint-Bavo der Öffentlichkeit übergeben. In Gent fand deshalb jetzt eine Reihe von Feiern statt. Tatsächlich bedeutete die Aufstellung dieses Altars im Jahr 1432 einen selten großen Wendepunkt in der europäischen Kunst- und Geistesgeschichte. Während in Italien Giotto di Bondone in seinen Wandmalereien den überlieferten Schematismus des Mittelalters abstreifte und der neuaufkommenden Kunst der Renaissance die Wege wies, sind im Norden die Brüder van Eyck die großartigen Wegebahner dieses die Naturbeobachtung in den Mittelpunkt des Schaffens stellenden Stils. Das Genter Altarbild ist das erste bedeutende Tafelgemälde, das überhaupt geschaffen wurde. Über das Leben der Brüder van Eyck, zumal des ältern Hubert, sind nur annähernde Daten bekannt. Dagegen steht fest, daß der von dem Genter Bürger Jodocus Vydt in Auftrag gegebene Altar von Hubert van Eyck begonnen und nach seinem Tod von dem jüngern Bruder Jan im Jahr 1432 vollendet wurde. Es ist das einzige beglaubigte Werk der beiden Brüder, deren Namen auf ihren Geburtsort Maeseyck zurückzuführen ist. Der Genter Flügelaltar wurde die gewaltigste Schöpfung der nordischen Malerei des 15. Jahrhunderts. Heute lieht man in Gent den ganzen Altar, nicht mehr allein die feste Mittelwand, deren 3 obere Tafeln Gott-Vater, Maria und Johannes den Täufer darstellen, während unten auf der Breitwand die Anbetung des Lammes und der lebendige Wallerbrunnen aus der Offenbarung Johannis gezeigt wird. (Die ursprünglich dazugehörigen Doppelflügel waren lange Zeit in Berlin und Brüssel, und zwar die unteren Paare und das innere obere Paar im Berliner Kaiser - Friedrich - Museum,

das äußere obere Paar im Brüsseler Museum.) Der Inhalt des ganzen Werks ist die Geschichte des menschlichen Seelenheils vom Sündenfall bis zur himmlischen Herrlichkeit, wie sie sich dem Stifterpaar, das auf der untern Außenseite der Berliner Flügel knieend dargestellt ist, erschließen soll. Das übliche Thema der Zeit also. Grundfätzlich neu und gewaltig dagegen die Auffassung und Darstellung, die mit den allmählich leer werdenden Formen des Mittelalters aufräumte und eine Meisterleistung mit den Mitteln der neuen Weltanschauung schuf. Alles findet man da, was von etwas ganz Neuem und von einer freieren Lebensempfindung der Menschen spricht. Selbst in den Hauptgestalten: Gott-Vater, Maria und Johannes, die noch am ehesten an Mittelalterliches anklagen, überwiegt die individuelle Charakterisierung. Am augenfälligsten ist das neue Naturempfinden, sogar Aktdarstellungen nach dem Modell sieht man. Fast wie von selbst ist eine Linien- und Luftperspektive da; mit der Freude am eindringlichen Gestalten von wirklichen Menschen findet sich auch ein landschaftliches Empfinden ganz natürlich ein. Ein gesunder Wirklichkeitsinn triumphiert, die lebendige Freude am Dasein tritt deutlich in den Vordergrund.

Illustration Mein Vorurteil gegen diese Zeit nennt *Karl Rössing* eine Veröffentlichung von 100 Holzschnitten /Berlin, Büchergilde Gutenberg/. In einer kurzen Einleitung betont Rössing, daß es ihm nicht um die Bspöttelung des Spießbürgers geht sondern um die Festnagelung einer verlogenen und gewissermaßen mit kultureller Sendung sich brütenden Betriebsamkeit, der er damit den letzten Tritt geben will. Gewiß sind die Themata des Künstlers nicht neu. Bemerkenswert aber erscheint seine Technik des Holzschnitts, die fast an Holztisch denken läßt; die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen sie aus der Kopfleiste, die Rössing für den vorigen Band dieser Zeitschrift (1932 I) gezeichnet hat. Mag er in der Stärke der Formulierung beispielsweise an George Grosz nicht heranreichen, so bringt er mit seiner Technik doch etwas fertig, was Grosz schwerlich erreicht hat: nämlich künstlerische Arbeit und Allgemeinverständlichkeit in einer Weise zu verbinden, in der keins von beiden zu kurz kommt, ganz und gar unter Verzicht auf Plattheiten, die einem weniger gewissenhaften Künstler in diesen Dingen nahe lägen.

Totenliste Anfang Januar starb in Königsberg in Preußen der Maler *Karl Bublitz*, im Alter von 66 Jahren. Von ihm stammen nach alter Art repräsentative Bildnisse oltpreußischer Persönlichkeiten. Ende Februar starb in Düsseldorf der Maler *Ernst te Peerdt*, im Alter von 80 Jahren. Schon um 1880 setzte er sich, ohne Kenntnis des französischen Impressionismus, mit dem Problem der Freilichtmalerei auseinander. In seinen zahlreichen Landschaften zeigt er eine ganz selbständige Art des impressionistischen Sehens. Theoretisch trat er mit einer Schrift *Das Problem der Darstellung des Moments der Zeit /1898/* hervor.

Kurze Chronik Das Britische Museum in London erwarb eine bedeutende Statue des *lumerischen* Kunstkreises, eine auf 2400 bis 2300 vor Christus datierte Plastik. \diamond In der Zwölfbotenkapelle des Züricher Grossmünsters hat man bei Renovierungsarbeiten Malereien und Inschriften aus dem 13. und 14. Jahrhundert entdeckt. Besonders wichtig ist ein romanischer Christus und ein großangelegter dreigeteilter Fries. Die Bilder weisen eine gewisse Stilverwandtschaft mit der Manessischen Handschrift in Heidelberg auf. \diamond Im Münster zu Breisach in Baden hat man alte Wandbilder freigelegt, die wahrscheinlich von der Hand *Martin Schongauers* stammen. Stilgeschichtlich gehören die Wandgemälde, das Weltgericht darstellend, in die Zeit ums Jahr 1490; Schongauer selbst war jedenfalls von 1489 bis zu seinem Tod im Jahr 1491 in Breisach tätig. \diamond Am 21. August wurde *Frida Schottmüller* 60 Jahre alt. Als Kustos am Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin (sie ist die erste Frau, die die Museumsverwaltung anstellte) hat sie für die Berliner Museen das Führungswesen besonders ausgebildet. Durch die geistige Art ihrer Führung und Vorträge hat sie auf die Öffentlichkeit stark eingewirkt und ihr auch Verständnis für scheinbar fernliegende Dinge der alten Kunst beigebracht. Sie hat wertvolle eigene Forschungen über die Bildende Kunst der italienischen Renaissance und des Barocks angestellt, wobei sie sich namentlich mit der Kleinplastik und den Gebrauchsgeräten beschäftigte. Sie veröffentlichte auch Monographien über Donatello, Fra Angelico und Chodowiecki. Schottmüller ist eine der besten Kräfte, über die die deutsche Kunstwissenschaft heute verfügt.

Literatur Mitunter stellen rein literarischgeschichtliche Publikationen nicht unwichtige Beiträge zur Kunstgeschichte der Vergangenheit dar. Dies ist auch der Fall bei einer von Paul Wahl herausgegebenen Veröffentlichung *Wilhelm Müllers Rheinreise von 1827 /Dessau, Walther Schwalbe/*. Der Dichter Wilhelm Müller ist eigentlich nur für den Literaturhistoriker von Interesse, sein Tagebuch der Rheinreise dagegen ist ein wesentlicher Beitrag zur Bereicherung unserer Kenntnis von der Kunst der Romantik. Die Bedeutung dieser Veröffentlichung wird noch durch die Wiedergabe einiger bisher unbekannter Bilder erhöht.

Vortragskunst / Felix Stölinger

Tonfilmoper Der Tonfilm hat in einigen Meisterwerken, an deren Spitze die noch nicht übertroffenen Klanggedichte René Clairs stehen, eine ihm eigne Form entwickelt, in der die wesentlichen Forderungen, die aus seiner Natur hervorgehen, erfüllt wurden. Aus einem unablässigen Strom optischer Bewegungen lösen sich klingende Bewegungen ab, die dem Werk nicht kommentierend hinzugefügt sind, sondern aus ihm organisch erwachsen. Diese vollkommenste Verwirklichung der Tonfilmidee ist freilich nur dann möglich, wenn das Werk nicht den Ton um des Tons und Worts willen gebraucht sondern ihm schon vor der Realisierung verbunden ist. Nur wenn die Idee des Tonfilms schon aus sich selbst tönt, wirkt der Klang nicht hinzugefügt sondern ist das Sujet selbst. Eine solche Formulierung schließt selbstverständlich nicht Werke aus, die als Tonfilmchaufpiele und -opern auftreten. Das Entscheidende wird stets darin bestehen, daß nicht eine Oper statt auf der Bühne nun im Film erscheint, sondern daß sie von sich aus Tonfilm ist. Kann man den Tonfilm als freies, bewegtes, klingendes Gebilde denken, so gewiß auch in Formen, die beiläufig dem entsprechen, was man auf der Bühne Oper nennt. Ganz unmöglich ist nur die Vorstellung, daß eine Oper dadurch zur Tonfilmoper wird, daß man sie "verfilmt". Was daraus entstehen kann, ist vorauszu sehen: eine Verstümmelung der Oper, eine Zerstörung ihrer musikalischen und dramatischen Form, der Ersatz dessen, was ursprünglich ein Ganzes war, durch eine uferlose Filmzenerie, deren Eigenentwicklung durch die ursprüngliche Opernmusik immer wieder Grenzen ge-

zogen werden. Damit verliert aber gerade der Film seine schönste Überlegenheit über die an die Bühne gebundenen Werke. Ein solches Zwittergebilde wird niemals die Freiheit und Vollkommenheit einer Eigenerschöpfung besitzen. Wenn ihm aber nun gar ein Werk von der unvergänglichen Lebensfülle der *Verkauften Braut* geopfert wird, so müßte schon eine ganz ungewöhnlich phantasiervolle Verfilmung des Dramatischen den Zuhörer wenigstens zum Teil für die unvermeidlichen Eingriffe in die musikalische Gestaltung entschädigen. Unterstellt, daß überhaupt ein solcher Eingriff annehmbar ist, muß man aber das, was der Tonfilm von Max Ophuels an Smetanas Meisterwerk verübt hat, erlaunlich finden. Für die Zerstörung der herrlichen Oper (die freilich mehr oder weniger auch die meisten deutschen Aufführungen mit ihren Kürzungen bewirken) ist kein Ersatz durch den Film entstanden. Die Umwandlung der Handlung hat sie um alle menschlichen Werte gebracht, ja selbst aus der Pointe, nämlich dem scheinbaren Brautverkauf, eine schwer verständliche Intrige gemacht. Um die Möglichkeiten filmischen Lebens zu bereichern, sind zahlreiche Figuren umgewandelt worden, stets nur um eines Gewinns willen, der sich als Verlust erweist. So ist der Bauernsohn Hans in einen Bariton gewandelt und obendrein ein Postillon geworden, obwohl allen Filmbeluchern die in den letzten Jahren gesehenen Postkutschenbilder und Hetzjagden auf Pferden über Landstraßen gewiß reichlich über sind. Und warum das? Um das Duett zwischen Kezal und Hans auf trampelnden, sich jagenden Pferden sitzen zu lassen. Die satanische Heiterkeit, die dieses Bekenntnis eines Menschen einleitet, der von Frauenvermittlung lebt, aber selbst an der Frau heimlich leidet, wird als Cowboymusik gedeutet. Da aber auch die Aufführung weit unter dem vom deutschen Tonfilm bereits erreichten Niveau zurückbleibt, und die gerade bei einer Opernmusik so wichtige Tonwiedergabe vielfach versagt, ist der Film mit Recht abgelehnt worden. Eins hat dieser Film freilich erwiesen: die prinzipielle Möglichkeit einer Tonfilmoper. Nur müßte eine solche eben geschrieben werden. Die Lösung ist nur die als Tonfilmoper konzipierte Originalschöpfung.

Cabareto- rette

Die angebliche Renaissance der Operette, die wir seit Jahren erleben, hat bisher nur Revuen und monströse Bearbeitun-

gen hervorgebracht, die mit Operette nichts zu tun haben. Sie waren schlechthin geistlos. Die Opernbühne hat die Operette mit falcher Luftigkeit aufgeführt, die Operettenbühnen haben sie massiv vergrößert. Es bleibt das Verdienst des Berliner Cabarets der Komiker nach dem ersten gelungenen Versuch einer Cabaretoper nun eine Cabaretoperette gebracht zu haben, den geistvollsten und amüsantesten Abend, den seit langem eine Berliner Kleinkunsthöhne geboten hat. Franz von Suppés *Schöne Galathee*, von Wilhelm Grosz brillant erneuert und ergänzt, wurde eine Offenbachiade ohne jede tote Stelle. Mit dieser Erneuerung hat Kurt Robitschek in glänzender Aufführung nicht nur das Werk sondern auch sein Cabaret erneuert, das aus dem Erfolg des ganzen Programms Mut schöpfen wird, trotz Zenlur aus der Zeit an Satire herauszuholen, was darauf wartet ausgesprochen und belacht zu werden.

Französisches Kino

Der Bearbeiter dieser Rundschau hat im Sommer auf einer Reise nach Frankreich einen Abend in einem Straßburger Filmtheater verbracht, der noch lange zu seinen erfrischendsten Filmereinerungen gehören wird. Der belebende Eindruck ging von 3 Elementen aus: vom Film, vom Publikum und von der Reklame. Der Hauptfilm des Abends war *La nuit à l'hôtel*, der in der Inszenierung Leo Mittlers eine Fülle prächtiger Talente vereinigte. Wie gut, wie natürlich wurde gespielt, und wie war doch der stilistische Einfluß des klassischen französischen Theaters in vielen Zügen der Gestaltung unverkennbar. Auch das in jenem Stück notwendige gesellschaftliche und luxuriöse Element wurde mit einer Natürlichkeit wiedergegeben, die sich sehr angenehm von den grade bei solchen Filmen üblichen Vergrößerungen des Amerikanismus abhob. Aber so gut und lebendig dieser deutsch-französische Film war, die eigentliche Überraschung des Abends waren doch die auf dem Programm nicht genannten geschäftlichen Einschaltungen, die Tonfilmreklamen. Wie himmelweit sind da die Franzosen voran. In einem Berliner Kino sind die Reklamen eine Belästigung des Publikums, das gezwungen wird langweilige Ankündigungen über sich ergehen zu lassen; nur selten werden diese meist unbeweglichen Texte durch eine Filmgeschichte ersetzt, die unterhält. In Straßburg waren die Reklamefilme das Amüsanteste, obgleich das Programm noch einige kleinere Filme, darunter ei-

nen humoristischen mit dem berühmten Dranem bot. Im Reklameteil war schlechthin alles bemüht die Zuhörer unterhaltend mit den geschäftlichen Mitteilungen bekannt zu machen. Liefen nur Texte, so wurden sie von hübscher Jazzmusik begleitet; wurden Mitteilungen gemacht, so von Komikern oder Conférenciers, die allerlei Anekdoten und Scherzworte dazwischen streuten. Das Publikum betrachtete diesen Teil des Programms gar nicht als unvermeidliche Störung sondern amüsierte sich. Irgendwelche Plumpheiten und Vereinfachungen fehlten in diesem Volkskino gänzlich. Alle wirklich geistreichen und hübschen Einfälle wurden mit einer verständnisvollen Heiterkeit aufgenommen. Das Publikum war nicht still, es erfüllte den Saal mit der nie erlöschenden Unruhe eines verhaltenen Sprechens, Plauderns, Lachens, das aber doch niemals als Lärm wirkte, eben weil es eine feine und Schwirrende Resonanz dessen war, was von der Filmwand in den Zuschauerraum tönte. Auch die Ausdehnung der Wochenschau erschien vorteilhaft gegenüber dem deutschen System, das zwar mehr Titel bietet, aber von allem nur einen Moment.

Kurze Chronik In Paris fand ein *internationaler Schallplattenwettbewerb* statt. Den Columbiaplatten wurde der 1. Preis im Gesamtklassement zuerkannt, unter besonderer Berücksichtigung der beiden Chansons *Parlez-moi d'amour* und *Dans la fumée*, die Lucienne Boyer singt. Die Platte wurde als die in ihrer Kategorie beste jemals geschaffene Aufnahme bezeichnet und ist tatsächlich ein Meisterwerk klanglicher Zartheit. ◊ Die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 647) gemeldete Berufung Gertrud von Eylerens als *Anfängerin* an die Berliner Funkstunde ist infolge des üblichen Proteststurms von Organisationen, die diese Stellung für berufslose Schauspieler reklamierten, rückgängig gemacht worden. Eyleren war für die Anlage im Berliner Sender durchaus geeignet. Auch die Berufung einer Frau war sachlich richtig. Die Popularität der Anfängerinnen von Rom, Mailand, Warschau zeigt, wie viel den Rundfunkhörern eine schöne Frauenstimme zu sagen hat. Keinesfalls kann der Verzicht auf eine notwendige Leistung mit angeblich sozialen Rücksichten begründet werden. Das schadet schließlich dem wirklich Sozialen am meisten. ◊ Die *Wiederholung wertvoller Sendungen* in kurzer Aufeinanderfolge zu verschiedenen Sendezeiten hat nun auch, nach dem Vorbild zahl-

reicher ausländischer Sender, der Berliner Sender eingeführt. Auch die Benutzung der Stunde nach Mitternacht für besondere Sendungen, die sich vor allem an geistige Hörerschaften wenden, ist gut. ◊ Das Berliner Konservatorium Klindworth-Scharwenka hat als erste deutsche Musikschule ein *Institut für Mikrophonforschung* eingerichtet. Es wird auf allen Gebieten der Vortragskunst, aber auch der Komposition, Regie und Dramaturgie, die Probleme des Rundfunks und Tonfilms studieren und lehren. ◊ Anfang November wird unter der Leitung Felix von Weingartners in Paris zum erstenmal ein *französisches Brahmsfest* stattfinden. Es wäre zu wünschen, daß Deutschland auch ein französisches Musikfest veranstaltete. Noch immer ist die moderne französische Musik in Deutschland wenig bekannt. Es täte der Musikübung beider Länder gut, wenn sie mehr von einander wüßten. ◊ Der Organist der Thomaskirche in Leipzig *Günther Ramin* wurde Nachfolger Walter Fischers an der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin. ◊ Am letzten französischen Nationalfeiertag wurde *Yvette Guilbert* von der Regierung zum Ritter der Ehrenlegion gemacht.

Literatur

In Wien erscheint seit einigen Monaten eine Musikzeitschrift unter dem Titel 23, der offenbar einen Kameradenkreis dieses Umfangs repräsentieren will. Die durchweg anonym veröffentlichten Beiträge haben alle zum Ziel durch rücksichtslose Polemik das Wiener Musikleben von den Verfilzungen der Koterien zu befreien, die in der Wiener Musikkritik besonders aufdringlich sind. Der Schutz des neuen Schaffens ist diesem jungen sympathischen Kämpferkreis nicht minder wichtig. Manche Proben, etwa das, was die Neue Freie Presse über Verdis Don Carlos bringt, zeigen eine reichlich komische Rückständigkeit an. ◊ Die *Gliederung der Rundfunkhörer* nach Weltanschauungen führt auch zu einer weltanschaulich gegliederten Zeitschriftenliteratur. Mit besonderer Freude ist festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im *Volkfunk*, dem offiziellen Organ des Arbeiterradiobunds /Berlin, Volksfunkverlag/, eine ganz moderne Zeitschrift besitzt, die über das rein Radielle hinaus Beiträge und Bilder aus aller Welt bringt. Es ist erfreulich, daß diese Parteipublikation nicht den üblichen, etwas muffigen Provinzcharakter hat, sondern großstädtische Lebendigkeit mit der Pflege der Arbeiterinteressen zu verbinden weiß.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Preissituation Trotz allen Verfluchen durch Schutzmaßnahmen die Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu heben hat sich die Preisentwicklung für Agrarprodukte der allgemeinen durch die Krise diktierten starken Abwärtsbewegung in den letzten Jahren nicht entziehen können. Während der allgemeine Großhandelsindex von seinem Höchststand mit rund 140 im Jahr 1928 auf ungefähr 95 in der Gegenwart gesunken ist, zeigt der Agrarindex, der 1927 bereits seinen Höchststand mit ungefähr 138 erreichte, einen sogar noch etwas stärkeren Rückgang auf rund 90 in der Gegenwart. Bemerkenswert ist jedoch, daß das Tempo des Preisabfalls von Agrarprodukten und allgemeinem Preisniveau nicht gleich geblieben ist, sondern daß bis 1930 die Agrarpreise stärker gefallen sind als der Großhandelsindex. 1931 gingen dagegen die landwirtschaftlichen Preise im Durchschnitt nur noch um rund 8%, der Großhandelsindex dagegen um 11% zurück. Gegenüber dem Stand im Januar 1932 hat sich das Niveau der landwirtschaftlichen Preise bis in die Gegenwart nur noch um rund 2 bis 3% gelenkt, während der Rückgang des allgemeinen Preisniveaus ungefähr doppelt so stark war. Es hat also eine gewisse relative Annäherung der landwirtschaftlichen und der sonstigen Preisbewegung stattgefunden.

Innerhalb der Agrarerzeugnisse ist jedoch die Preisbildung außerordentlich uneinheitlich. So standen die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel, insbesondere Getreide, bis in die jüngste Zeit auf rund 115 bis 120% der Vorkriegszeit, während Schlachtvieh zeitweise auf unter 70% des Vorkriegspreises gedrückt wurde. In der Mitte stehen Vieherzeugnisse (Butter, Milch, Eier und anderes) mit knapp 90% des Vorkriegsstands. Die Gruppe Futtermittel, in der in- und ausländische Futtermittel zusammengefaßt sind, und deren Preise auf rund 90 bis 95% stehen, ist in sich vor allem aufzuspalten in die Ölkuchen einerseits, deren internationaler Preisfall sich wohl nahezu voll auf dem deutschen Markt auswirkt, und die wieder mehr der Getreidegruppe zuzurechnenden und durch die Getreidezwangmaßnahmen im Preis gehaltenen Abfallfuttermittel von Getreide. Der auffallende Gegensatz zwischen der Preisbewegung pflanzlicher Erzeugnisse und der Veredelungsprodukte zeigt die großen Schwierigkeiten, unter denen jetzt be-

sonders die Veredelungserzeugung zu leiden hat. Man wird sich fragen, weshalb überhaupt eine so starke Differenzierung zustandekommen konnte, eine Differenzierung, die so groß ist, daß sie zweifellos nicht durch etwaige besondere Kostenlenkung auf dem Gebiet der Veredelungserzeugung bedingt sein kann. Die Antwort ist relativ einfach: An pflanzlichen Nahrungsmitteln, insbesondere Getreide, hatte Deutschland insgesamt bisher einen, wenn auch in den letzten Jahren dauernd abnehmenden Einfuhrbedarf. Solange ein solcher besteht, ist es nicht übermäßig schwer durch zollpolitische und einfuhrhemmende Maßnahmen die Preise hochzuhalten, das insbesondere bei Waren, deren Verbrauch weitgehend zur Sicherung des Existenzminimums notwendig, also nicht infolge Preishochhaltung einschränkbar ist (Brot). Weitgehend regulierbares Angebot und ziemlich unelastische Nachfrage machten bisher die Stützung der Getreidepreise weit über Weltmarktniveau möglich. Es ist nun aber andererseits die Kaufkraft aller Verbraucher eine beschränkte Größe, die sich während der Krisendauer ständig verkleinert. Naturgemäß muß das auch seine Rückwirkungen auf die für Nahrungsmittel zur Verfügung stehende Geldsumme jeden Haushalts haben. Diese muß ebenfalls zurückgehen, wenn auch der prozentuale Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den Gesamtausgaben einer Familie in solchen Zeiten steigt. Die Folge der verhältnismäßig starken Ausgaben für die wichtigsten unentbehrlichen Lebensmittel bei gleichzeitig rückläufiger Kaufkraft ist, daß naturgemäß für alle diejenigen Nahrungsmittel, die nicht unmittelbar zur Erhaltung des Lebens erforderlich sind, die Ausgaben besonders eingeschränkt werden. Bisher hat sich dies aber viel weniger dahin ausgewirkt, daß der Verbrauch an Butter, Eiern, Fleisch und so weiter entscheidend zurückgegangen ist, sondern darin, daß die Preise scharf abgestürzt sind, weil die einmal vorhandenen oder bereits im Produktionsprozeß befindlichen Edelerzeugnisse dem Verbrauch zugeführt werden müssen, und weil überhaupt die Umstellung oder Einschränkung vieler Produktionsprozesse in der Landwirtschaft, auch wenn sie rechnerisch unrentabel werden, nur sehr langsam möglich ist. Wie regulierbares Angebot und unelastische Nachfrage die Getreidefützung bisher gestatteten, mußte die starke Elastizität der Nachfrage bei gleichzeitig viel schlechterer Regulierbarkeit (Erreichung der Bedarfsdeckung aus inländi-

ischer Erzeugung bei Fleisch zum Beispiel) zu der Katastrophe auf den Veredlungsmärkten führen. Mancher wird trotzdem erwarten, daß sich innerhalb nicht allzu langer Zeit dieses Mißverhältnis von selbst dadurch korrigiert, daß die Landwirte eben von der Veredlungsproduktion abgehen, dadurch das Angebot an Butter, Fleisch, Eiern vermindern, so daß sich dann allmählich die Preise den Veredlungskosten, das heißt vor allem den Preisen der Futtermittel, also in der Hauptfläche den pflanzlichen Rohstoffpreisen, anpassen. Wenn bisher von einer solchen Anpassung so gut wie nichts zu bemerken ist, so einmal, weil die zyklische Bauffe der Schweinepreise noch immer nicht überwunden ist, dann aber auch wegen der obenerwähnten natürlichen Schwerfälligkeit des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses, der lange Zeit braucht. Doch auch, wenn diese Einschränkung, wie sie beispielsweise bei der Schweinehaltung jetzt eingeleitet ist, weitere Fortschritte macht, braucht sich noch nicht das ganze Agrarpreisniveau auf, sagen wir, 110 und 120 % zu heben. Wir stehen in guten Erntejahren bereits an der Grenze der Bedarfsdeckung, können eventuell sogar Überchüsse an Getreide insgesamt aufweisen. Kommt hierzu noch eine Verringerung des Getreidebedarfs, beispielsweise für Schweine, so ist es durchaus denkbar, daß die bisher günstigen Preisverhältnisse für viele pflanzlichen Erzeugnisse ungünstig beeinflußt werden. Die Entwicklung der Getreidepreise in den letzten Wochen unter Einwirkung sehr günstiger Ernteaussichten und Ernteschätzungen, die bereits zu einer Senkung von rund 10 bis 20 % führte, liegt in dieser Richtung. Eine wirklich nachhaltige Besserung der Lage in der Landwirtschaft wird eintreten, wenn Konsum und Nachfrage bei allgemeiner Wirtschaftsbelebung neue Antriebe erhalten.

Düngerverbrauch

In den letzten Jahren geht der Düngerabatz an die deutsche Landwirtschaft ständig zurück, so insbesondere der Absatz des für die Erzeugung wichtigsten Stickstoffs von 430 000 Tonnen im Jahr 1928-1929 auf 357 000 Tonnen im Jahr 1930-1931 und 310 000 Tonnen im Jahr 1931-1932, also um mehr als $\frac{1}{4}$ gegenüber dem Höchststand. Auch der Verbrauchsrückgang an Kali ist sehr beträchtlich. Der Absatz betrug im jetzt abgelaufenen Wirtschaftsjahr nur noch 560 000 Tonnen gegen 700 000 Tonnen 1 Jahr und 783 000 Tonnen 2 Jahre

vorher. Es ist jedoch bemerkenswert, daß trotz diesem außerordentlich starken Rückgang, an den im Frühjahr bereits Befürchtungen eines bevorstehenden Hungerjahrs 1932-1933 geknüpft wurden, die Ernte diesmal wenigstens für Getreide eine Rekordernte zu werden scheint. Man kann aber daraus nicht schließen, daß hierin ein Beweis für die Schädlichkeit der Kunstdüngung liegt. Der gute Ernteausschlag wurde durch die ganz außerordentlich günstigen Vegetationsverhältnisse während der Wachstumszeit, zu einem kleinen Teil aber auch durch eine Anbauausdehnung, hervorgerufen. Die Getreidefläche hat sich nämlich seit 1925 bis 1932 um mehrere Hunderttausend Hektar vergrößert, das heißt, dem Rückgang der Roggen- und Haferanbaufläche steht eine wesentlich stärkere Ausdehnung der Weizenfläche und auch eine Ausdehnung der Wintergerste fläche gegenüber. Nach den bisherigen Schätzungen ist anzunehmen, daß die Getreideernte um ungefähr 2 bis 3 Millionen Tonnen über der des Vorjahrs liegen und damit ungefähr dem Einfuhrbedarf des Vorjahrs entsprechen wird.

Veranstaltungen Anfang Juni veranstaltete die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ihre 38.

Wanderausstellung in Mannheim. Wenn auch die Belchickung der Ausstellung mengenmäßig hinter der mancher früheren Ausstellungen zurückblieb, waren doch interessante und für die Landwirtschaft wichtige Neuerungen zu sehen. Die Firma Lanz hat für kleinere Betriebe neben ihrem schon lange bewährten Bulldogschlepper einen kleinen Schlepper von nur 20 Pferdestärken und einen besonders großen Ackerschlepper von 38 Pferdestärken herausgebracht. Der Fordsonschlepper wurde diesmal auch mit Roadlessraupen gezeigt. Daneben war bemerkenswert der Versuch einen normalen Fordlastkraftwagen auf Schlepper umzubauen. Da der Umbau nur 5 Minuten dauern soll, kann die Maschine je nach Bedarf als Schlepper oder als Lastkraftwagen verwendet werden. Doch liegen über diese Maschinen noch keine Erfahrungen vor. Zur Erleichterung der Ernte wurde, zum erstenmal, ein deutscher Mähdreher von den Deutschen Industrierwerken Spandau vorgeführt. Er besteht nicht aus einer einzigen Maschine wie die amerikanischen Mähdreher sondern aus einem normalen Binder mit einem kleinen Breitreher. Man kann die Kombination auch trennen, Binder und Drehermaschine für sich verwenden.

Totenliste Am 29. Februar starb *Karl Steinbrück*, Professor und Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Halle, 63 Jahre alt.

Am 9. März starb, im Alter von 57 Jahren, *Hugo Mieke*, Ordinarius der Botanik an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. Neben seinen wissenschaftlichen Arbeiten verfaßte er auch Leitfäden der Botanik für Studierende.

Am 10. März starb in Stettin *Hermann Birlchel*, Direktor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, im Alter von 48 Jahren, an den Folgen eines alten Herzleidens. Er hatte seit dem Jahr 1925 dort sein Amt inne.

Am 31. März starb in Hohenheim, im Alter von 55 Jahren, *Margarete von Wrangell-Andronikow*, seit 1923 Professorin für Pflanzenernährungslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim; bis zum Krieg war sie hauptsächlich in England tätig. Sie befaßte sich vor allem mit der Frage, wie die Bodennährstoffe mobilisiert und der Pflanzenernährung dienlich gemacht werden können. Sie gehörte als Wissenschaftlerin zu den besten ihres Faches.

Am 4. Mai starb in Berlin der Rittergutsbesitzer und -pächter *Arthur Schurig-Markee*, fast 63 Jahre alt. Er war in Deutschland der hervorragendste Vertreter der modernsten Großlandwirtschaft. Er trieb auf seinen in der Nähe von Berlin gelegenen Gütern intensiven Gemüsebau. Für ihn gab es gar keine traditionellen Gebundenheiten. Alle Neuerungen wurden ausprobiert. Die sonst so schwerfällige Betriebsorganisation war bei ihm so beweglich, daß er sich allen Konjunkturen anpassen konnte (wobei er sich freilich auch manchmal verrechnete). Die Belichtung seiner Betriebe gehörte zu dem Interessantesten, was man in der deutschen Landwirtschaft sehen konnte. Sein Nachfolger wird es schwer haben sie ebenso virtuos zu bewirtschaften.

Kurze Chronik Im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel im Reich und in Preußen wechselten auch die beiden wichtigsten *deutschen Landwirtschaftsministerien* ihre Leiter. An Stelle Martin Schieles, eines ausgesprochenen Vertreters der ostdeutschen Wirtschaft, der kaum gedacht hätte, daß er einmal von rechts statt von links gestürzt werden würde, wurde Magnus von Braun, bisher Präsident des Reichsverbands der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Raiffeisen, Reichsernäh-

rungsminister; auf den Posten des Staatssekretärs wurde an die Stelle Hermann Heukamps Fritz Muffehl gerufen. Das Preußische Landwirtschaftsministerium wird kommissarisch durch den Staatssekretär des Reichsernährungsministeriums verwaltet; der Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium Hans Krüger, der sich insbesondere durch seine Förderung der Siedlungsbewegung bekannt gemacht hat, wurde in den einseitigen Ruhestand versetzt. Ebenfalls im Juli wurde zum Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, welcher Posten seit der Berufung Otto Kleppers zum Finanzminister nicht wieder besetzt war, Hans Helfferich, bisher Oberregierungsrat im Reichsernährungsministerium, bestellt. ◊ Der Privatdozent für Agrikulturchemie an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin *Paul Vageler* wurde dort außerordentlicher Professor. Seine *Bodenkunde* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ ist in mehreren Auflagen verbreitet; er verfaßte ferner ein 2bändiges Werk *Kationen und Wasserhaushalt des Bodens* /Berlin, Julius Springer/. ◊ Zum Nachfolger des verstorbenen Botanikers *Hugo Mieke* wurde *Walter Mevius* an die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin berufen. ◊ An der Universität Breslau *habilitierte* sich *Leopold Krüger* für Tierzucht.

Literatur Eine Arbeit *John Herbert Burgmans* *Die Agrarkrise in den Vereinigten Staaten* /Berlin, Haude & Spener/ schildert die Preisentwicklung seit 1920, untersucht Produktionskosten und anderes, um schließlich die Heilungsmöglichkeiten der Agrarkrise zu erörtern. Aus einer Skepsis gegenüber Versuchen das Überschußproblem durch Preismanipulationen zu überwinden kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die Auswirkungen der Agrarkrise für die Landwirtschaft noch lange zu spüren sein werden. ◊ In einer Dissertation behandelt *Schewket Ralchid* die türkische Landwirtschaft als Grundlage der türkischen Volkswirtschaft /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. Er zeigt, daß sich die türkische Landwirtschaft in ihrer Entwicklung nicht einseitig nach ausländischen Vorbildern richten kann sondern infolge der besonderen Verhältnisse der Türkei (schlechte Verkehrsverhältnisse und dadurch häufig Unmöglichkeit des regionalen Austausches, niedriger Bildungsgrad) zu einer Mannigfaltigkeit der Produktion gezwungen ist. Besondere Bedeutung hat nach ihm der gartenmäßige Anbau von Spezialitäten.

Innenkolonisation / Harri Bading**Siedlungs-
politik**

Am 19. April wurde in einer Besprechung sämtlicher an der Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung beteiligten Reichsminister beschlossen die bei der Abwicklung der Osthilfe anfallende, auf 2 Millionen Morgen geschätzte Fläche zu beledeln. Der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes sah vor, da nicht genügend finanzielle Mittel zur unmittelbaren Barablösung zur Verfügung standen, das Siedlungsland in einer Form zu übernehmen, die eine 10jährige Stundung des Kaufpreises ermöglichte. Außerdem sollte der Übernahmepreis, um den künftigen Siedlern nicht von vornherein eine untragbare Rentenlast aufzubürden, auf 50 bis 60% des Einheitswerts festgesetzt werden. Jedoch sollten die Realkreditinstitute, wenn dieser Wert unter ihren Forderungen blieb, im Interesse des Pfandbriefmarkts entschädigt werden. Gegen diese Pläne erhoben die Besitzer der nach Ansicht der Reichsregierung nicht mehr sanierungsfähigen Güter heftigen Protest, und der Reichspräsident stellte sich auf ihre Seite. Diese Meinungsverschiedenheit gehörte auch zu den Gründen, die für den Rücktritt der Regierung Brüning angeführt wurden.

Der Vorwurf der Enteignung, der dem Gesetzentwurf gemacht wurde, ist nun freilich durchaus zu Unrecht erhoben worden. Wie der ehemalige Reichsminister Hans Schlange-Schöningen in der Kölnischen Zeitung ausführte, war die Vorschrift, daß auch gegen den Willen der Gläubiger ein Betrieb unter gewissen Umständen vom Staat übernommen werden kann, nur in einem unmaßgeblichen Referentenentwurf enthalten. Und daß unter gewissen Umständen, nämlich aus allgemeinwirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen, eine Hintansetzung privater Rechte berechtigt ist, kann selbst ein noch so bürgerlich Denkender nicht bestreiten. Doch müssen gegen die Pläne der vormaligen Reichsregierung: in 1 oder 2 Jahren eine derartig große Fläche in Kleinsiedlungen aufzuteilen, erhebliche Bedenken erhoben werden. Die Regierung Brüning hielt es für erstrebenswert einen möglichst großen Teil der industriellen Arbeitslosen in der Landwirtschaft anzuliedeln. An sich ein Gedanke, der hier schon viel früher vertreten wurde. Aber bestehen denn heute Möglichkeiten einer Siedlung beträchtlichen Umfangs? Die Frage der Umsiedlung industrieller Arbeitskräfte steht in engem Zusammenhang mit der Frage der Mög-

lichkeit einer Produktionsausweitung durch Errichtung neuer Betriebe. Die Produktionsausweitung erfordert wiederum eine Steigerung der Nachfrage. Wie wird sich nun die Nachfrage nach Lebensmitteln in den nächsten Jahrzehnten gestalten? Die Bevölkerungsbewegung läßt keinesfalls eine Vermehrung, eher eine Verringerung, bestenfalls ein Gleichbleiben der Nachfrage nach Lebensmitteln als wahrscheinlich erscheinen. Nur durch eine Kaufkraftsteigerung der Verbraucher könnte eine Verstärkung der Nachfrage entstehen. Die Kaufkraftentwicklung hängt aber von der allgemeinen Wirtschafts- und Außenpolitik ab. Mit einer raschen Steigerung der Kaufkraft kann keinesfalls gerechnet werden, so daß im günstigen Fall nur mit einer langsamen Zunahme der Nachfrage nach Agrarprodukten zu rechnen ist. Auf der anderen Seite hat die agrarische Produktionskraft durchaus steigende Tendenz, was sich in einer Erhöhung der Verkaufsmengen und in der rapiden Senkung des Einfuhrbedarfs zeigt. Angesichts der noch nicht ausgenutzten Produktionsreserven ist die gänzliche Beseitigung des Einfuhrbedarfs, soweit er überhaupt von der deutschen Landwirtschaft ersetzt werden kann, möglich, ohne daß die Ackerfläche vermehrt oder die Zahl der Milchkühe oder der Legehühner gesteigert zu werden braucht. Da auch der Export an landwirtschaftlichen Erzeugnissen kaum ausbaufähig sein dürfte, ist bei dem konstanten Angebotsdruck mit einer anhaltenden Steigerung der Agrarpreise nicht zu rechnen. Bei einer wesentlichen Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung würde sich daher nur eine größere Menge Menschen in das gleiche Einkommen teilen müssen, wodurch dann der Lebensstandard der Landwirtschaft verringert werden würde.

Es entsteht nun die Frage, was mit dem nicht mehr sanierungsfähigen Großgrundbesitz geschehen soll. Große Teile Ostdeutschlands werden auch weiterhin auf den Getreidebau angewiesen sein, weil sie bei der nicht unbegrenzten Aufnahmefähigkeit der Verbraucher an Veredelungsprodukten ihre Produktionsrichtung nicht ändern können. In allen Gegenden, die aus klimatischen und wirtschaftlichen Gründen für die Errichtung von Siedlungen nicht unbedingt geeignet sind, sollte man daher die jetzigen Betriebsgrößen belassen, da kleinere Siedlungen sich nicht die Vorteile der Maschinenanwendung zunutze machen können, so daß sie weit höhere Produktionskosten haben. Die nicht mehr sanierungsfähigen

Großgrundbesitzungen sollte daher der Staat übernehmen, sie aber nicht auflösen sondern in genossenschaftlich betriebene, unter Aufsicht von staatlichen Betriebsüberwachungsgesellschaften stehende Großbetriebe umwandeln. Die Regierung Brüning hat den Fehler gemacht das Siedlungsproblem allein unter dem Gesichtspunkt der An siedlung möglichst vieler Menschen lösen zu wollen. Es kann aber nur gelöst werden, wenn Rücksicht auf die Produktionsgrundlage genommen wird.

Stadttrand-siedlung

Um die Erwerbslosigkeit zu vermindern, wurde am 6. Oktober 1931 eine Notverordnung erlassen, nach der die Klein-siedlung in der Umgebung von Städten besonders gefördert werden soll. Ein Reichskommissar wurde eingesetzt, und ein Fonds von 48 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, der später auf 73 Millionen Mark erhöht wurde. Der Plan war zunächst von dem Gedanken geleitet städtische Erwerbslose auf kleinen Grundstücken anzufetzen, um ihnen die Möglichkeit zu geben sich eine Existenz als Gärtner zu schaffen. Hierdurch hoffte man an den bisherigen Geldunterstützungen einparen zu können. Die Äußerungen der Sachkenner, die bei Bekanntwerden dieser Pläne darauf hinwiesen, daß es für die Erwerbslosen gänzlich ausgeschlossen sei sich mit Hilfe einer Vorstadtsiedlung eine vollgültige Existenz zu schaffen, und der Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die sich beide dagegen wandten, daß den angeetzten Erwerbslosen die Unterstützung später gesperrt werden könnte, bewirkten, daß auch amtlicherseits als Ziel der vorstädtischen Klein-siedlung nicht mehr die Schaffung einer Existenzgrundlage sondern die eines Wohnhauses mit Garten, dessen Ertrag die Beschaffung des Lebensunterhalts erleichtern soll, hingestellt wurde. In der Arbeiterklasse stieß das Projekt auf Mißtrauen. Die Aussicht an einer verkehrungsgünstig gelegenen Stelle des vorstädtischen Raums in einem äußerst primitiven Häuschen zu wohnen und dazu noch die Besorgnis der Barunterstützung trotz allen gegenteiligen Versicherungen verlustig zu gehen führten dazu, daß sich viel weniger Erwerbslose und Kurzarbeiter zur Übernahme eines vorstädtischen Siedlungshauses bereitfanden als man annahm. Bis zum 1. August 1932, an welchem Tag der Reichskommissar die Betreuung der Stadttrand-siedlung an das Reichsarbeitsministerium übergab, sind insgesamt

27 000 Klein-siedlerstellen bewilligt worden und in Ausführung begriffen. Außerdem wurde die Errichtung von 80 000 Kleingärten gefördert, für die nach der Notverordnung ebenfalls Reichsmittel als Zuschüsse gewährt werden. Für die Bereitstellung von Kleingartenland und dessen Verteilung an Erwerbslose hatten sich besonders die Freien Gewerkschaften eingesetzt, weil sie den Standpunkt vertraten, daß mit den vorhandenen Mitteln einer möglichst großen Anzahl von Erwerbslosen geholfen werden müsse. Da zudem die Klein-siedlung nur einer gegenüber der großen Zahl von Erwerbslosen kaum ins Gewicht fallenden Zahl von Arbeitslosen eine Existenz bieten kann, sei es vernünftiger zunächst auf die Errichtung massiver Häuser zu verzichten und lediglich den Erwerbslosen, die es wünschten, Gartenland nebst einem kleinen Zuschuß zur Verfügung zu stellen, damit sie sich betätigen und einen gewissen Teil ihres Nahrungsmittelbedarfs selber produzieren können.

Wenn auch bisher einige gute Erfahrungen einzelner Kommunen mit der Stadttrand-siedlung gemacht sind, so ist das nur ein Beweis für die altbekannte Tatsache, daß ein Arbeiter mit eigenem Garten besser die Zeit der Arbeitslosigkeit übersteht als ein Arbeiter, der nur über eine städtische Mietwohnung verfügt. Jedoch wird hierdurch noch nicht die Frage entschieden, ob es angebracht ist eine derartige Siedlung in großem Maßstab zu betreiben. Der Gedanke, der den Anhängern solcher Siedlungen vorschwebt, ist der, daß man auf diese Weise die Arbeitslosigkeit allmählich zum Verschwinden bringen könne. Das ist eine Utopie. Alle Arbeitslosen als Stadttrand-siedler anzufetzen ist unter Beibehaltung geordneter Verhältnisse finanziell unmöglich. Noch utopischer ist der Gedanke für einen möglichst großen Teil der Industriearbeiterchaft solche Siedlungen zu schaffen, um damit Kurzarbeit einführen zu können. Hierzu wären Mittel notwendig, die es sich gar nicht einmal lohnt auszurechnen, so unaufringbar sind sie. Real gesehen, wird also mit der Stadttrand-siedlung zunächst nur einem Bruchteil der Arbeitslosen geholfen. Die Lage dieser Siedler wird aber, je mehr ihre Anzahl wächst, verschlechtert. Die Siedler werden versuchen einen Teil ihrer Produktion zu verkaufen, was bei dem Angebot auf dem Markt für deutsches Freilandgemüse zu völlig unrentablen Preisen führen muß. Die Lage dieser Grünlandproletarier wird also stets äußerst gedrückt sein.

Veranstaltungen Auf dem *Krisenkongreß* des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (siehe die Rundschau Sozialpolitik, 1932 I Seite 525) am 13. April stellte Albert Kreuzer als Vorstandsmitglied des Landarbeiterverbands Forderungen der Landarbeiter zum Arbeitsbeschaffungsprogramm auf. Die in der Landwirtschaft vor sich gehende Strukturwandlung führe zu immer größerer Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft. Ebenso werden bei der Aufteilung von Gütern zu Siedlungszwecken zahlreiche Landarbeiter freigelegt. Daher sei zu fordern, daß alle arbeitslos werdenden Landarbeiter bei der Siedlung berücksichtigt werden.

Vom 16. bis zum 19. Mai fand in Danzig der 34. Bundestag der *Deutschen Bodenreformer* statt. Von den zahlreichen Vorträgen sei der Otto Auhagens über die russische Agrarrevolution und ihre Lehre für die deutsche Landwirtschaft erwähnt. Die Stalinsche Politik bedeute die Sozialisierung der Landwirtschaft. Der Erfolg sei ausgeblieben. Auf dem Land herrsche Unterernährung, teilweise sogar Hungersnot. Ein festes privates Besitzrecht mit einer notwendigen Umgestaltung nach bodenreformerischen Grundätzen biete die beste Gewähr für die Zukunftsentwicklung der deutschen Landwirtschaft, wenn auch die Anwendung kollektivistischer Gedankengänge für einzelne Zweige der Landwirtschaft zweifellos durchaus von Nutzen sein könne. Ferner sprach Adolf Damalchke über Bodenreform und Landwirtschaft. Die heutige Not der Landwirtschaft sei durch das bestehende Bodenrecht verursacht worden.

Totenliste Am 29. April starb in Frankfurt *Hans Kampffmeyer*, im Alter von 56 Jahren. Er war von Haus aus Architekt. Schon sehr frühzeitig beschäftigte ihn die Idee der Gartenstadtbewegung, die er dann gründlich verarbeitete. Er wurde Generalsekretär und Stellvertretender Vorsitzender der Gartenstadtgemeinschaft. Im Jahr 1911 berief ihn die badische Regierung als Landeswohnungsinspektor nach Karlsruhe. Nach dem Krieg fand Kampffmeyer, der nun internationalen Ruf in allen Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens genoß, in Wien als Leiter des Siedlungswesens ein ausgedehntes Tätigkeitsfeld. Als 1928 in Frankfurt der Internationale Verband für Wohnungswesen gegründet wurde, wurde er mit der Leitung des Generalsekretariats betraut, das nun den Verlust dieser hervorragenden Kraft zu beklagen hat.

Kurze Chronik Durch Kabinettsbefehl vom 3. Juni 1932 ist die Bearbeitung der landwirtschaftlichen Siedlungsangelegenheiten vom Reichsarbeitsministerium auf das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft übergegangen. Dort ist eine besondere *Abteilung für Siedlung und Osthilfe* unter dem Ministerialdirektor Ernst Reichard gebildet worden. ◊ Der durchschnittliche Kaufpreis für *Siedlungsland* war 1931 immer noch sehr hoch. Im Durchschnitt der ostdeutschen Provinzen betrug er 873 Mark pro Hektar. Am höchsten lag er in Niederschlesien mit 1058, am niedrigsten in der Grenzmark mit 652 Mark. Entsprechend dem Vorgehen des Reichs hat Preußen den Siedlern von den für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 zu entrichtenden Beträgen an Renten und Zinsen die Hälfte erlassen. ◊ Dem Statistischen Jahresbericht der Provinzialverwaltung *Ostpreußen* ist zu entnehmen, daß an Stelle des sonst fast alljährlich zu verzeichnenden Wanderungsverlusts, der noch im Jahr 1929 rund 20 500 Personen betrug, sich für 1931 ein Wanderungsgewinn in Höhe von rund 3900 Personen feststellen läßt. Davon entfallen allein rund 3300 Personen auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet: ein Beweis dafür, wie sehr die ostpreußische Bevölkerungsbewegung durch die jeweilige Lage der Wirtschaft im Reich ausschlaggebend beeinflusst wird.

Literatur Von der Unzahl der neuen, meist sehr oberflächlichen Publikationen über das Siedlungsproblem ist Land ohne Not von *Wilhelm Heilig* und *Alfred Beidatich* /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ eine der besten, weil sie sachlich bleibt. Die Verfasser stehen auf dem Standpunkt, daß eine Entlastung des Arbeitsmarkts durch Siedlung allein unmöglich ist, daß der Siedlungsgedanke nur in Verbindung mit der Arbeitsteilung fruchtbar werden kann. Sie bemühen sich die Rückwirkungen der Begriffe Arbeitsteilung und Zusatznahrung auf Sozialversicherung, derzeitige Mietsätze, Hypothekenmarkt, Bau- und Schlüsselgewerbe eingehend zu schildern. Die Behauptung, daß durch Arbeitsteilung und Siedlung die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann, wird freilich zwar auch nicht bewiesen. Die Tatsache, daß die industriellen Produktionsstätten in Deutschland nicht dort liegen, wo Boden zur Siedlung in größtem Umfang zur Verfügung steht, läßt sich nicht aus der Welt schaffen.